DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

193 17. JAHRGANG Oktober 2000 8,00 DM / 4,00 Euro

ÖKOSTROM VON UNTEN

»Move to Ökostrom«

... aber: Konsequent umsteigen heißt auch: Selbst organisieren, die Machtfrage stellen!

Der Atomnonsens (»Konsens« ist das falsche Wort, denn es gab gar kein Beteiligungsverfahren – alles Sache von Regierenden und Konzernen) hat den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke festgeschrieben. Der Ökostrommarkt entwickelt sich nur recht mühsam – und die großen Energieversorger sind wieder die cleversten: Sie spalten den Ökostromanteil aus dem bisherigen Mischstrom ab und verkaufen ihn nun teurer. HEW, HEAG und andere sind die Vorreiter dieser Strategie. Für die Umwelt kommt dabei gar nichts heraus. Aber für die Unternehmen.

Jörg Bergstedt, Redaktion Umweltschutz von unten ● Wer im Markt agiert, muss sich ihm anpassen oder wird darin umkommen. Dieses unumstößliche Gesetz hat in den vergangenen Monaten etliche Ökofirmen hinweggefegt. Diese Gefahr besteht auch beim Ökostrom. Es sei denn, die Machtfrage gehört dazu: Die Energiewende muss von den Menschen ausgehen, nicht vom Markt! »Ökostrom von unten« heißt das Projekt, das in diesem Herbst gestartet ist. Gesucht sind AkteurInnen in Städten und Regionen, die die Idee mit umsetzen. »Ökostrom von unten« geht weit über den platten Appell der Umstellung von Haushalten hinaus. Denn dass damit ein Atomausstieg erreichbar ist, ist genauso ein Märchen wie vor 15 Jahren die Idee, mit dem Abwaschen und Sortieren von Joghurtdeckeln die Rohstoffverschwendung zu besiegen.

Bei »Ökostrom von unten« geht es um alles: Energieerzeugung, Vermarktung und Umstellung von Häusern, öffentlichen Gebäuden, Betrieben usw. Grundlegendes Prinzip ist der Weg »von unten«. Das ist eine Machtfrage. Lokale Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften (Strom-EVG) sollen die Entscheidungen treffen. Bundesweit tragen die Ökostromanbieter diese Arbeit und organisieren den Stromein- und -verkauf, denn es wäre anstrengend, müsste jede Region eine eigene Firma, Buchhaltung, überregionale Vernetzung usw. organisieren. Die Strom-EVGs und die Ökostromanbieter sind Partner. Sie schließen einen Vertrag oder eine andere Vereinbarung über die jeweiligen Aktivitäten, Entscheidungsrechte usw. Dadurch werden die Regionen autonom, d.h. sie agieren selbstbestimmt, aber nicht losgelöst. Es geht nicht um sinnvolle Regionalmythisierung, sondern um selbstbestimmtes Handeln. Das Optimum wäre das schließliche Ziel: Überall haben die Menschen die Entscheidungshoheit über ihre Energiegewinnung erobert. Wind-, Wasser-, Solar- und Biomasseanlagen werden gemeinsam betrieben, die Netze gehören den BürgerInnen und die Öffentlichkeitsarbeit für die Ökostromumstellung wird zusammen durchgeführt.

Davon ist alles weit entfernt. Bislang startet »Ökostrom von unten« in ersten Regionen, wo Anti-Atom-Gruppen, Energiewendegruppen oder andere Interessierte, aber auch Wind-, Solar, Wasserkraft- oder Biomasse»fans« die Initiative ergriffen haben. Sechs Ökostromanbieter tragen die Idee bundesweit mit. Ihre Tarife, die regionalen Kontaktadressen, die möglichen Stufen von der ersten Idee zur Strom-EVG in einer Region und konkrete Tipps für den Aufbau von Neuanlagen füllen die Internetseiten des Projektes (http://move.to/oekostrom), die grundlegenden Informationen bietet dieser CONTRASTE-Schwerpunkt. Es geht um den Stromwechsel – aber der darf sich nicht auf das Wohnzimmer beschränken. Alles von der Steckdose bis zur Erzeugungsanlage muss erobert werden, weg von denen, die Energie als Profitgrundlage betrachten, ohne Rücksicht auf Verluste.●

Schafft 1,2,3 ... 1000 ... Millionen atomstromfreie Zonen! Mehr im Schwerpunkt auf Seite 6 bis 10 und unter http://move.to/oekostrom.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SCHWERPUNKTTHEMA:

Pro & Contra: Grünen Strom lieber verbrauchen oder produzieren? Seite 6
Ökostromqualität: Im Detail sehr verschieden Seite 6/7
Strom selber machen: Strom ohne Energiekonzerne, Atom- und Umweltverschmutzung? Seite 7/8
Schritt für Schritt: Ökostrom von unten durchsetzen Seite 8
Die Stromtarife Seite 9
Schritte zur Genossenschaftsgründung: Energiegenossenschaften gründen Seite 10

AUS DEM INHALT:

PROTESTE IN PRAG ERFOLGREICH
Mehr als 15.000 DemonstrantInnen aus ganz Europa protestierten Ende September erfolgreich gegen die Herbsttagung von IWF-und Weltbank in Prag: Die Herbsttagung wurde einen Tag früher als geplant abgebrochen und auch in bürgerlichen Medien wurde die Kritik an IWF und Weltbank öffentlich. Die Proteste gehen weiter – am 30. September befanden sich noch über 800 DemonstrantInnen in Prager Gefängnissen. Seite 2

FEUER AUF DEM HOLLERHOF
Ein schwerer Schlag für die BewohnerInnen des gemeinschaftlichen Wohn- und Arbeitsprojektes Hollerhof in Morsum: In der Nacht vom 5. Juni setzte ein Kabelbrand das Haus in Brand. Seite 3

KOMMUNE-INFO-TOUR
Gelegenheit zur Debatte zu den verschiedenen Konzepten von Kommunen bietet die »Kommune-Info-Tour 2000«, die am 5.11.2000 im Dresdner AZ »Conni« ihren Auftakt hat. Näheres auf Seite 3.

VERKEHR
2.110 DM zahlt muss jedeR EinwohnerIn unabhängig von der Wahl seiner Verkehrsmittel für das Autofahren bezahlen. Die beiden Verkehrsverbände UMKEHR e.V. und FUSS e.V. stellten im Juli 2000 die Ergebnisse einer Studie vor. Seite 4

BRD & TÜRKEI
Anfang Mai veröffentlichte die Kommission für Menschenrechtsfragen des türkischen Parlaments einen Bericht über von ihr recherchierte Folterpraktiken auf türkischen Polizeistationen und in den Gefängissen der Türkei. Wenige Wochen nach der Veröffentlichung traf sich ein kleiner, aber feiner Kreis grüner Politiker, um das Verhältnis zum NATO-Partnerland Türkei zu klären. Unser Beitrag von Monika Morres (AZADI) auf Seite 5.

SCHWARZFAHRER-KONGRESS
Kein Schwarzfahrer-Kongress ohne Verweis auf subsersive Aneignungstraditionen. Von den Rote-Punkt-Aktionen Anfang der 70er Jahre bis zu den Nulltarif-Kampagnen der Schwarze-Katze-Gruppen in den 80ern: Schwarzfahren war immer auch ein Synonym für direkte offene Widerstands- und Aneignungskonzepte. Seite 12

TON STEINE ERBEN
Fast auf den Monat genau vor 30 Jahren gründeten Ralph Möbius (genannt Rio Reiser) und Ralph Streitz in Berlin die Rockgruppe »Ton Steine Scherben«. Eine Buchbesprechung auf Seite 13.

www.contraste.org

D 8008

ÖKOBANKSANIERUNG: Kundenorientierung, Ablaufeffizienz und Risikominimierung...

... Die neue Dreigliederung der Ökobank

Die vorgesehene Kooperation der Ökobank eG mit der GLS Gemeinschaftsbank eG kommt nicht zustande. Im Juni 2000 hatten die Ökobank eG und die GLS-Gemeinschaftsbank eG eine enge Zusammenarbeit mit dem Ziel der Übernahme des Bankgeschäftes der Ökobank durch die GLS-Bank vereinbart. Die Suche nach einem Partner war für die Ökobank nach erheblichen Kreditausfällen und Problemen bei der Neubesetzung des Vorstandes notwendig geworden. Nach der Aufkündigung des Kooperationsvertrages durch die GLS wurde nun Wolfram Herath zum Vorstand bestellt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Mit *Wolfram Herath* hat die *Ökobank* seit neuem einen Vorstand, der als »Macher« auftritt. Er kann auf zwei erfolgreiche Sanierungen anderer Genossenschaftsbanken unter seiner Leitung zurückblicken. Herath zeigt sich überzeugt, auch die *Ökobank* ohne Fusion oder ein anderes Kreditinstitut als Kooperationspartner sanieren zu können. Für ihn ist – aus dem Umfeld des hessischen Prüfungsverbandes kommend – die Substanz als auch die eindeutige ökologisch-soziale Ausrichtung der *Ökobank* Grundlage dafür, schon im nächsten Jahr wieder schwarze Zahlen – »eine schwarze Null« – schreiben zu können.

Streitpunkt Kosten

Auch der Sicherungsfonds der genossenschaftlichen Banken unterstützt – zumindest seit neuem – diesen Weg. Dies geschieht nicht zuletzt, weil ihn die Eigensanierung wesentlich weniger kosten wird, als das Aufgehen der *Ökobank* in der *GLS-Bank*. Die Kosten werden als offizieller Grund für das Scheitern genannt. »Basis für die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen der *GLS-Bank* und der *Ökobank* war die Befreiung der *GLS-Bank* von Belastungen durch Altverluste der *Ökobank* und den Sanierungskosten,« so der Text der entsprechenden Pressemitteilung. »Eine solche Vereinbarung konnte jedoch nicht in ausreichendem Umfang erreicht werden. Der Kooperationsvertrag wurde daher von Seiten der *GLS Gemeinschaftsbank eG* mit Wirkung zum 30. September 2000 gekündigt.«

Die Gründe für das Aussteigen der GLS sind bestimmt vielfältiger und im einzelnen auch wohl nie ganz zu klären. Hintergründe dürften in den unterschiedlichen Unternehmenskulturen beider Alternativbanken zu suchen sein. Entsprechend soll der Widerstand bei den Mitarbeitern beider Institute mit der Zeit immer stärker geworden sein. Verständlicherweise – war doch eine Schließung der Frankfurter Zentrale vorgesehen und ein Konzept nicht in Sicht, wie die Arbeitsbelastungen für die GLS-Leute abzufedern gewesen wären. Generell dürfte eine Überforderung darin gelegen haben, dass eine wirtschaftliche kleinere Bank einen größeren Partner übernimmt. Insofern mußte die GLS auch in besonderem Maße darauf achten, keinerlei finanzielle Risiken zu übernehmen.

Interner Motivationsschub

Mit dem neuen Vorstand scheint der seit mehreren Monaten anhaltende Stillstand bei der *Ökobank* überwunden. Die klarere Perspektive könnte einen Motivationsschub bei den Mitarbeitern auslösen, da nun unstreitig ist, dass die *Ökobank* als der Anbieter in der ökologisch-ethischen Nische mit seiner gesamten Produktpalette erhalten bleibt. Um die Schieflage abzubauen, soll allerdings der seit Anbeginn so oft vermisste Servicegedanke verstärkt in den Vordergrund rücken. Dafür und für seine Forderung nach Verantwortungsbereitschaft und Effizienzorientierung dürfte Herath bankintern nicht immer auf Gegenliebe stoßen. Ähnliches gilt für die Kunden. Sie können vorerst nicht darauf hoffen, bei der *Ökobank* sogenannte Blanko-Kredite zu bekommen. Die Minimierung von Risiken wird in nächster Zeit bei der *Ökobank* zu den (un-)geschriebenen Gesetzen gehören.

In der sich abzeichnenden neuen Ausrichtung der *Ökobank* liegen vor allem Chancen. Dazu gehört nicht nur, das Bankgeschäft zukünftig mehr service- und marktorientiert zu führen. Auch ein fundamentaler Unterschied zur GLS kann als besondere Qualität verstärkt in den Vordergrund gestellt werden: Die Arbeit des Beirats als unabhängiges, in der Satzung abgesichertes Gremium der Genossenschaft, das politisch, ethisch, ökologisch und sozial durch seine Unabhängigkeit und die hohe Qualifikation der beteiligten Personen der *Ökobank* für ihre spezielle Ausrichtung Schärfe und Kontur und vor allem Glaubwürdigkeit verleiht ●

Proteste in Prag erfolgreich: Demonstranten erreichen gesetzte Ziele

IWF- und Weltbank-Gipfel frühzeitig abgebrochen!

Zwischen 15.000 und 20.000 antikapitalistische Demonstranten protestierten erfolgreich gegen die Herbsttagung von IWF- und Weltbank in Prag. Trotz des Verbotes jeglicher Demonstrationen setzten sie ihr Recht auf Rede- und Demonstrationsfreiheit gegen den Willen der Sicherheitskräfte durch und zogen in verschiedenen Zügen durch die Stadt.

Alper Sirin, »Linksruck« ● Sie erreichten ihr Ziel, die Tagung massiv zu stören, indem sie an strategisch wichtigen Punkten die Zufahrtswege zum Tagungsgebäude blockierten. Unter anderem wurde die Brücke mit der wichtigsten Zufahrtsstraße von Tausenden Aktivisten, darunter 3.000 von der Tendenz »Internationaler Sozialisten« aus ganz Europa sowie von 1.000 Aktivisten von der italienischen Gruppe »Ya Basta« über 2 1/2 Stunden erfolgreich blockiert. So konnten die Delegierten der Tagung am ersten Tag nicht wie ursprünglich geplant um 15 Uhr das Gebäude verlassen, sondern erst gegen 18 Uhr mit Hilfe eines Sonder-U-Bahn-Zuges. Auch der für den Abend geplante Besuch der Staatsoper von den Delegierten scheiterte, weil Tausende Aktivisten den Zugang blockierten.

Herabgelassenes Banner am Prager Konferenz-Zentrum am 25.9.2000

Erfolgreiche Proteste führen zu frühzeitigem Abbruch der Tagung

Die 11.000 Sicherheitskräfte konnten mit der Entschlossenheit der knapp 20.000 Demonstranten, darunter mehrere Hundert Gewerkschafter aus verschiedenen europäischen Ländern, nicht fertig werden und das Innenministerium war genötigt, die Kräfte auf 12.800 aufzustocken. Unbeeindruckt von dem brutalen Vorgehen der Polizei gingen die Proteste am Mittwoch weiter, so dass die IWF- und Weltbank-Tagung frühzeitig abgebrochen werden musste. *Hans Greimel* von der *Presseagentur AP* (vom 27.9.2000) berichtet: »Martin G. Dlamini, central bank governor from Swaziland, said he had canceled a business meeting outside the massive convention because he was told by authorities it was not safe.« Viele der Delegierten waren wegen der massiven antikapitalistischen Proteste verunsichert und beängstigt.

Geist von Seattle kommt nach Europa

Der Geist von Seattle wurde aus Sicht der Aktivisten jetzt nach Europa getragen. Ein weiteres mal wurde deutlich gemacht, dass die Auswirkungen der Politik von IWF, Weltbank und WTO brutale Auswirkungen auf Menschen und die Umwelt haben. Letztlich sind diese Institutionen nichts anderes als die Handlanger von transnationalen Konzernen und Banken. Neben den Forderungen nach Abschaffung dieser Institutionen und sofortiger Streichung der Schulden der »3. Welt« war eine der Parolen, die am häufigsten skandiert wurde, »People before Profits«.

Alex Callinicos, Professor für Politik an der York Universität in England machte bei einer spontanen Kundgebung vor Tausenden von Menschen auf dem Wenzelsplatz deutlich, dass der globale Kapitalismus, mit seinem Streben nach Profiten, für die weltweite Misere verantwortlich ist und dass er international grundlegend überwunden werden müsse. Nur so könne eine gerechte und auf den Bedürfnissen der Menschen basierende neue Gesellschaftsordnung aufgebaut werden.

Polizeibrutalität und Folter kehrt nach Prag zurück

Als Reaktion auf die erfolgreichen Proteste wurde die Polizei am Mittwoch und besonders am Donnerstag immer brutaler und setzte die Bürgerrechte außer Kraft. Die inzwischen (28.9.2000 15:00 Uhr) 859 Festgenommen dürfen niemanden anrufen (auch keinen Anwalt). 20 wurden bisher angeklagt. 30 von ihnen bekommen nichts zu essen und zu trinken. Einige, darunter ein Diabetiker, der keine medizinischen Mittel bekommen konnte, mussten unter freiem Himmel schlafen. Viele der Festgenommenen wurden verprügelt. In einigen Fällen wurden die Festgenommen so brutal misshandelt, dass Zähne und Knochen gebrochen wurden. In einem konkreten Falle war sogar Rassismus im Spiel, als 15 Mitglieder der »Internationalen Sozialisten« in einem Restaurant grundlos festgenommen wurden. 8 Nichtschwarze durften gehen, während 7 Schwarze die Nacht im Gefängnis verbringen mussten und einige von ihnen Knochenbrüche davontrugen.

10 Jahre nach der sanften Revolution gegen den Stalinismus kehren Folter und Polizeiwillkür nach Prag zurück. Es ist eine Schande, dass es in einem Land, in dem der ehemalige Bürgerrechtler *Vaclav Havel* Präsident ist, diese Zustände zurückgekehrt sind. *Vaclav Havel*, ehemaliger Aktivist beim Prager Frühling 1968 sollte sich schämen!●

Wir fordern:
- die sofortige Freilassung aller im Zusammenhang mit den Protesten gegen IWF und Weltbank Gefangenen aus den Prager Gefängnissen
- die sofortige Beendigung von Polizeiwillkür und Folter
- eine internationale Untersuchung der Vorfälle durch unabhängige Beobachter

Wir rufen alle demokratisch gesinnten Leute auf:
- Protestaktionen vor tschechischen diplomatischen Vertretungen durchzuführen
- Protestbriefe an Vaclav Havel zu schreiben

Presseerklärung »Linksruck« vom 29.9.2000

Die Prager Polizei beim wegschleifen der IWF-GegnerInnen

THÜRINGEN:

Eckpunkte für ein »Landesprogramm gegen Rassismus für Demokratie«

Redaktion Heidelberg ● Zur Zeit wird in den Medien und der Öffentlichkeit verstärkt über rechte Übergriffe berichtet und über Gegenmaßnahmen beraten. Das Thüringer »Bündnis gegen Rechts« hat Anfang September seine in einem Positionspapier zusammengefassten Überlegungen für Gegenmaßnahmen vorgestellt.

Am 27. Februar 2000 fand in Erfurt eine Demonstration der revanchistischen Organisation »Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands« statt. Viele insbesondere jüngere Menschen stellten sich dem Aufmarsch der 400 Neonazis in der Erfurter Innenstadt spontan entgegen. Sie wurden im Anschluss von Seiten der politisch Verantwortlichen als das eigentliche Problem des Tages und als Störer bezeichnet.

Bereits wenige Tage nach der Demonstration der Rechten gründete sich ein Bündnis zur Vorbereitung einer antifaschistischen Gegendemonstration am 11. März 2000 unter dem Titel »Aufrecht gehen – Courage zeigen«. Die Mitglieder des »Bündnisses gegen Rechts«, zu denen neben interessierten Einzelpersonen auch der Aktionskreis für Frieden, Landesverband Bündnis 90/Die Grünen, DGB-Bildungswerk, DGB-Landesbezirk, die Grauen, Elterninitiative, Infoladen Sabotnik Erfurt, Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, Jusos, Offenes antifaschistisches Plenum Erfurt, PDS-Landtagsfraktion, der PDS-Stadtverband, SchülerInnen und SchülervertreterInnen und der IVVdN/BdA gehört, beschlossen, nicht nach der Demonstration auseinander zu gehen, sondern langfristiger über Handlungsmöglichkeiten gegen die zunehmende Rechtsentwicklung zu diskutieren.

Hier wurde die Idee, Kriterien für ein »Landesprogramm gegen Rassismus – für Demokratie zu formulieren, aus der Taufe gehoben. Über Monate hinweg entstand so ein Positionspapier, das mit einer Veranstaltung am 17. Juni 2000 unter dem Titel »Braucht Thüringen ein Landesprogramm gegen Rassismus« einer erneuten Prüfung unterzogen wurde. Das überarbeitete Papier kann bezogen werden über: Bündnis gegen Rechts, c/o DGB-Haus, Rudolfstr. 47, Gebäude E2, D-99092 Erfurt, E-Mail: sekretariat@hbv-th.de●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2000

Das Zeitungsprojekt hat Geburtstag!

16 Jahre jung ist CONTRASTE mit dieser nun vorliegenden Ausgabe geworden. Leider muss die Geburtstagsfeier verschoben werden, denn das schon schon am Jahresanfang prognostizierte finanzielle Loch bedroht die Existenz des Projekts. 30 neue Abos (bereinigt) oder 24 Spenden zu je 100 DM werden benötigt, um uns beruhigt die Planung für das Jahr 2001 angehen zu lassen. Wir hoffen auf die Hilfe unserer LeserInnen und Vereinsmitglieder, um die Geburtstagskerzen noch in diesem Jahr anzünden

Im Monat September konnten wir einen einen Neueintritt in den Förderverein der CONTRASTE verzeichnen:
- Rote Hilfe Heidelberg, AG Freiheit für die politischen Gefangenen aus der RAF (120 DM)

Folgende Spende ging auf unserem Konto ein:
- Dr. Wilfried Litzau, Bremen, (100 DM)

Herzlichen Dank!

Der »Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens« bestellte zusätzliche Exemplare der Ausgabe Nr. 192 im Wert von 1.000 DM.

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 560 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 1.780 DM.

Wie immer sind auch Kündigungen nicht ausgeblieben, vier Abos wurden gekündigt (darunter ein Gründungsmitglied der CONTRASTE und zwei Leserinnen, die nach erfolgreichem Einstieg in eine Kommune nun das dort bestehende Einzelabo nutzen, um CONTRASTE weiterzulesen), zwei weitere mussten eingestellt werden, da wir ihren neuen Wohnort nicht mehr ausfindig machen konnten. Dadurch ergeben sich Mindereinnahmen von **480 DM** und bereinigt einen Mehrerlös von **1.300 DM**. Damit benötigen wir in diesem Jahr noch **2.329 DM**.

Derzeit verschulden wir uns mit jeder Ausgabe noch um ca. **212 DM**.

Endspurt...

Neuabos und Umstellungen auf Fördermitgliedschaften (Coupon nebenstehend) stabilisieren das Projekt CONTRASTE am dauerhaftesten. Werbezettel und Werbeexemplare stellen wir gerne zu Verfügung, Bestellungen über die Heidelberger Redaktion... Vielleicht könnt Ihr in Eurem Umfeld einige Leute für ein Schnupperabo begeistern bzw. eines spendieren. 10 DM für ein dreimonatiges Abo zum Kennenlernen sind sicher gut angelegt.

Anzeigenschaltungen

Freuen würden wir uns auch über Anzeigenschaltungen von selbstverwalteten Betrieben – Geburtstagsglückwünsche nehmen wir gerne entgegen.

Bunte Seiten 2001

Im Januar 2001 wird die überarbeitete Neuauflage vorliegen. Jede Vorbestellung hilft, unsere Deckungslücke zu schließen (30 DM zzgl. 4 DM Porto, Bestellungen an die Redaktionsanschrift).

Außerdem hoffen wir auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.! dp

Feuer auf dem Hollerhof

Phoenix!

Ein schwerer Schlag für die Bewohner des gemeinschaftlichen Wohnprojektes Hollerhof in Morsum: In der Nacht vom 5. Juni setzte ein Kabelbrand das Haus in Brand. Die ans Wohnhaus angrenzende Tenne brannte völlig ab. Das Wohnhaus selbst wurde nur teilweise angegriffen und vom Löschwasser in Mitleidenschaft gezogen.

Birgit Ahlswe, Redaktion Bremen-Umland ● Eine große und gut ausgestattete Werkstatt, Lagerraum und Möglichkeiten für Kunsthandwerk hätte die Tenne geboten. Möglichkeiten für neue Mitbewohner, die die Leute vom Hollerhof gerade suchen. Und jetzt vielleicht erst recht! Engagement, Leidenschaft für den Hof, handwerkliches Geschick, Ideen und Renovierungslust können sich hier frei entfalten.

Die alte Hofstelle ist insgesamt circa drei Hektar groß. Das Haupthaus wurde im Jahr 1915 gebaut. Dahinter liegen Stallungen, Scheune und Backhaus. Den Platz dazwischen schmückt eine stattliche Erle. Das Grünland bietet ebenfalls viele Möglichkeiten. Es wurde ein Kräutergarten angelegt mit mediteranen und heimischen Gewächsen. Ein verwunschener Garten schließt sich an, von dem der Blick auf das weitere Land geht. Die Landwirtin und Baumpflegerin *Hilla' Frings* hat hier eine Schichthecke angelegt. Dahinter erstreckt sich der Hühnergarten mit dem »Hühnerei« – einem alten Wohnwagen als Behausung für das Federvieh, dem »Schweineparadies«, sowie Pferde- und Rinderweide.

Schlaue Schweine, teuflischer Hahn und adliger Hund

Bis Ende 1999 wurde der Hollerhof als anerkannter Biobetrieb geführt. Der Anbau folgt biologischen Grundsätzen, und auch Permakultur wird ansatzweise versucht. Die Tiere sind alte Haustierrassen, deren Erhaltung sich der Holunderhof, so der hochdeutsche Name, verschrieben hat. Schlau und robust sind die drei Wollschweine, die sich hier artgerecht suhlen dürfen. Die indischen Laufenten fressen Schnecken. Der Laplêche-Hahn »Giuwo« regiert die Dresdner Zwerghühner und die Blausperber. »Giuwo ist chinesisch und heißt Teufel«, erklärt Robert. Der Hahn hat statt einem Kamm zwei Hörner. Robert ist seit einem Unfall schwerbehindert und hat auf dem Hollerhof eine BSHG-19-Stelle. Alle Bewohner haben eine Halbtagsbeschäftigung, so dass genug Zeit für die Arbeit zu Hause übrigbleibt. Andreas ist Altenpfleger. Helga arbeitet im Bioladen. Ihre drei Söhne sind Schüler, Liam arbeitet auf einem Biohof. Die neunte Mitbewohnerin ist Heilpraktikerin. Für den Hof-Adel sorgt der Hund »Sir Charles«.

Die Fünf vom Hollerhof: Hilla, Liam, Robert und Andreas mit »Sir Charles« (v. lks.). Gemeinsam mit ihren gerade nicht anwesenden Mitbewohnern suchen sie neue Leute, die sich auf dem großen Grundstück mit Hofgebäuden einbringen möchten. Außerdem werden Fördermitglieder gesucht, die das gemeinnützige Projekt mit einer Geldanlage unterstützen wollen. Foto: Birgit Ahlswe

Finanzierung

Alle Bewohner sind Mitglieder des Holunderhof e.V. Ihre anteilige Miete zahlen sie an den Verein. Niemand ist mit einer mehr oder weniger großen Einlage beteiligt. So wird eine finanzielle Hierarchie vermieden. 450.000,– DM hat der Hof gekostet. Finanziert wurde diese Summe durch ein Volldarlehn von *Aspirina D7 - Anschups-Pillen in Homöopathischen Dosen* für Projekte und Initiativen – eine Stiftung, die Projekte in alternativen sozialen Bereichen unterstützt. Der Hofverein ist gemeinnützig. Laut Satzung pflegt und erhält er den Holunderhof als Projekt gemeinschaftlichen Wohnens und stellt Raum für kunsthandwerkliche Arbeiten oder die Weiterverarbeitung biologischer Grundstoffe zur Verfügung.

Fördermitglieder können ihr Geld im Holunderhof e.V. anlegen. Sie werden regelmäßig über die Arbeit auf dem Hof informiert und natürlich auch zu den Festen eingeladen. Wer den Verein – besonders nach dem erlittenen Schaden – unterstützen oder fördern möchte: Spenden an Holunderhof e.V. Konto: 0007162306, BLZ: 250 100 30, Postbank Hannover, Stichwort: »Phoenix«, Spendenquittung im Verwendungszweck anfordern. Gesucht werden auch engagierte Leute, die auf dem Hollerhof mitleben wollen. Nähere Informationen: Hilla Frings, Tel. (0 42 04) 17 82 oder Birte Hinz, Tel. (0 42 04) 68 94 10.●

KOMMUNE-INFO-TOUR 2000

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Immer wieder gibt es Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die das Leben in der bürgerlichen Kleinfamilie nicht als einzig mögliche Antwort auf die Themen: Beziehung, Kinder, Altwerden oder Kranksein begreifen; Leute, die auf der Suche sind nach Solidarität und Ansatzpunkten zu widerständigem Leben.

Leh, Umbruch-Bildarchiv Berlin ● Eine Möglichkeit besteht darin, diese und andere Themen des Lebens kollektiv zu beantworten. Also das Leben in Kommunen, in Wohnprojekten, in besetzten Häusern oder auf Wagenplätzen zu organisieren.

Mit dem Begriff »Kommune« verbinden viele die altgewordene »68er-Bewegung«. Damals taten sich politisch Aktive in Stadt- und später in Landkommunen zusammen, um aus den bürgerlichen Konventionen auszubrechen, mit neuen Formen zu experimentieren. Meist beschränkten sich diese Projekte auf einen bestimmten Lebensabschnitt der daran Beteiligten.

Im Unterschied dazu sind die heute bestehenden Kommunen und Wohnprojekte Lebensentwürfe, in denen Menschen unterschiedlichster Ausprägung altersgemischt zusammen wohnen und/oder zusammen arbeiten. Durch gemeinsames Wirtschaften in eigenen Betrieben und Arbeitsbereichen ergibt sich Stabilität und Verbindlichkeit in den Projekten. So wollen sie Alternativen zur vorHERRschenden Gesellschaft entwickeln.

Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass die Weltwirtschaft auf freieste Marktentfaltung, Ausbeutung der Ressourcen und auf Gewinnmaximierung angelegt ist. In der Folge produziert sie globale Verelendung, ökologische Desaster und soziale Deregulierung. Für Millionen von Menschen wird die angestammte Heimat unbewohnbar und viele von ihnen sind weltweit auf der Flucht. Der Kampf gegen ausbeuterische und menschenverachtende Strukturen ist, – entgegen anderslautenden Gerüchten und Wunschvorstellungen –, noch nicht überflüssig geworden.

»Wir sind nicht so anmaßend zu denken, wir hätten die alleinseeligmachenden Konzepte in dieser Situation«, heißt es von Seiten der Kommune-Tour-Gruppe, »aber durch den Aufbau menschfreundlicher Lebensformen, gerechter Arbeitsverhätnisse, durch Abbau sexistischer und rassistischer Strukturen sowie der Infragestellung des alltäglichen Konsumverhaltens wollen wir nichts weniger als am Aufbau und am Erhalt einer gerechteren Welt mitwirken.«

Große Worte für kleine Schritte? Die Kommune-Info-Tour 2000 bietet Gelegenheit zur Debatte. KommunardInnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Finkenburg bei Bremen, der Kommune Buchhagen, der Feuerland-Kommune aus der Uckermark, der Olgashof-Kommune bei Wismar, dem Reinighof im Pfälzer Wald sowie dem Wohnprojekt Zorrow aus Berlin stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch.

Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben.●

Vorläufiger Tourplan:

Dresden: Sonntag, 5.11., 17 Uhr, im AZ »Conni«, Rudolf-Leonard-Str. 39, 01099 Dresden.
Leipzig: Montag, 6.11., 17 Uhr, Kulturzentrum »NATO« e.V., Karl-Liebknecht-Str. 46, 04275 Leipzig.
Erfurt: Dienstag, 7.11. ????
Schweinfurt: Mi, 8.11., 20 Uhr, Kulturwerkstatt »Disharmonie«, Gutermann-Promenade 7, 97421 Schweinfurt
Nürnberg: Donnerstag, 9.11., 20 Uhr, Stadtteilzentrum »DESI« e.V., Brückenstr. 23, 90419 Nürnberg.
Regensburg: Samstag, 11.11. ????
München: Sonntag, 12.11., 20 Uhr, »Rocker Box«, Blutenbergstr. 75, 80636 München.

ZEITUNGSSTERBEN:

Wir hören auf, um weiterzumachen

Das Schweizer Monatsmagazin für neue Politik (»MOMA«) stellt zum Ende des Jahres sein Erscheinen ein. Ein kleiner Stein mehr bricht aus der Nach-68er-Gegenöffentlichkeit in der Schweiz. Nachfolgend die Stellungnahme der Redaktion.

Das Verschwinden von MOMA aus der linken Schweizer Medienwelt wird keine große, aber eine tiefe Lücke hinterlassen. Symptomatisch ist es dennoch, denn mit MOMA verschwindet eine Publikation, die als Plattform und Forum über Partei- und Verbandsgrenzen hinweg nach den Perspektiven linker Politik fragte.

Gescheiterte Anstrengungen...

Seit der Lancierung von MOMA vor mehr als fünf Jahren war allen Beteiligten klar, dass es sich hier um ein politisches Projekt und nicht um ein gängiges Produkt handelt. Fast ausschliesslich in Gratisarbeit erstellt, lebt MOMA vom politischen Engagement seiner Redaktionsmitglieder. Kaum je wurde ein Honorar für Beiträge bezahlt. Einzig die Produktion der Zeitschrift wurde mit einer Teilzeitstelle finanziert. Als Ziel setzten wir, die Macherinnen, eine Dokumentation und eine Belebung der politischen Diskussion in linken, grünen, feministischen Kreisen – über die Gärtchen und Grenzen von Themen und Organisationen hinweg. Der Diskurs wurde zum Ziel, die Verständigung zum Programm. Dass ein solches Vorhaben sich nicht auf eine Massenbasis und breite Leserinnenschaft ausrichten kann, war allen klar. Aber selbst für uns war es immer wieder ernüchternd, wie wenig offene, grundsätzliche politische Diskussion in der Schweiz geführt werden, die wir dokumentieren könnten. Zwar gelang es uns immer wieder, zu zentralen Themen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung wichtige Leute für Redaktionsgespräche an einen Tisch zu bringen, aber die Verständigung endete meist am Tisch und im Heft. Selten strahlten diese Diskurse über die direkt Beteiligten hinaus in die linke Öffentlichkeit aus. Die Verständigung des rot-grün-lila-Spektrums über gemeinsame Ziele, gemeinsame Strategien, gemeinsame Politik fand kaum statt. Der Rückzug aus der Politik oder zumindest in die eigenen vier Wände der Partei, des Verbandes, der Organisation ließ auch MOMA im luftleeren Raum. Es fehlte der Sauerstoff politisch lebendiger Auseinandersetzung, der das Lesen von MOMA spannend machen könnte. Das Fehlen diskursiver Politik entzog MOMA den Boden der Leserinnen.

Die ständigen Aufrufe für Neuabos, die Hilferufe für Spenden und Geschenkabos belegen diese Probleme seit Jahren. Auch Ende 1999 war es wieder soweit: Wir haben angekündigt, dass die Zahl der Abos im Verlauf des Jahres 2000 um 300 steigen müsse, bis Mitte des Jahres das Zwischenziel von 150 Neuabos zu erreichen sei. Leider ist uns dies nicht gelungen. Damit fehlt der finanzielle Boden, um das Projekt MOMA auch als gedrucktes Produkt weiter zu be- und vertreiben.

... aber anhaltender Wille

Mit dem Produkt MOMA stirbt aber nicht das Projekt. Seit Anfang des Jahres sind wir intensiv daran, neue Konzepte und neue Projekte zu diskutieren. Der Anspruch der Beteiligten, politische Verständigung in einem diskursiven Forum zu ermöglichen, ist nicht erloschen. Im Gegenteil: Angesichts der Krise linker Politik scheint uns eine solche Plattform notwendiger denn je. Die Macherinnen von MOMA sind weiterhin bereit, sich und ihre Arbeit einem solchen Projekt zur Verfügung zu stellen. In den letzten Monaten wurden Kontakte geknüpft zu verschiedenen Organisationen, um gemeinsame Kooperationen zu eröffnen. Auch im MOMA selber lag unser Brief bei, in dem wir nach Partnerinnen suchten, um gemeinsam thematische Hefte zu produzieren. MOMA soll verbreitert werden, um auf strukturell und finanziell tragfähigerem Boden zu stehen. In den nächsten Monaten werden wir intensiv die angefangenen Gespräche weiterführen und versuchen, ein neues Projekt zu definieren, das dem alten Anspruch besser gerecht werden kann. Auch wenn der Vorstand also beschlossen hat, MOMA in seiner bisherigen Form per Ende des Jahres einzustellen, ist das hoffentlich noch nicht das Aus für unser Projekt. Wir laden alle Leserinnen herzlich ein, mit dabei zu sein, wenn wir ein neues Projekt aus der Taufe heben.●

Für Redaktion und Vorstand: Maja Wicki, Florian Wick, Roland Brunner

SAVE THE RESISTANCE!
READER GEGEN DEN SICHERHEITSWAHN
ZUR DEMO AM 14.10.00 IN LEIPZIG
BESTELLUNG:
BGR, c/o VL, PF 54
04251 LEIPZIG
FAX: 0341 3013269
BGR@MAIL.NADIR.ORG
5,- DM
AB 10 EX. 3,50 DM

IM VOLLTEXT UNTER:
WWW.NADIR.ORG/BGR

TEILNEHMER DES UMWELTVERBUNDES MÜSSEN ENTLASTET WERDEN

Verbände fordern Kostengerechtigkeit im Verkehr

Auch Fußgänger, Radfahrer, Bus- und Bahnbenutzer zahlen täglich etwa sechs DM für die vom Autoverkehr verursachten Kosten. Steuern und Krankenkassenbeiträge sind unter anderem deshalb so hoch, weil die Kosten für Unfälle, Gesundheitsschäden, Verwaltung, Polizei und Justiz auf alle Einwohner umgelegt werden. Das sind die zentralen Ergebnisse einer Studie, die die beiden Verkehrsverbände UMKEHR e.V. und FUSS e.V. im Juli auf einer Pressekonferenz in Berlin vorstellten.

Redaktion Heidelberg ● Mit der vorgelegten Untersuchung wurde erstmals in Deutschland eine Bilanzierung der Autoeinnahmen und -kosten vorgenommen. Für das Untersuchungsjahr 1998 wurden Einnahmen, Wegekosten und externe Kosten zusammengetragen und pro Kopf der Bevölkerung umgelegt. Demnach muss jeder Einwohner Deutschlands, unabhängig von seiner persönlichen Verkehrsmittelwahl, immerhin 2.110 DM im Jahr für das Autofahren bezahlen.

»Die Einkünfte aus der Ökosteuer erbringen lediglich drei Prozent der ungedeckten Kosten des Pkw-Verkehr«, stellte *Stefan Lieb*, Autor der Studie, fest. Nicht nur deswegen sollten sich die Autofahrer auf höhere Kraftstoffpreise einrichten. Die Benzinpreise haben die allgemeine Preisentwicklung der letzten Jahrzehnte nicht mitgemacht. So hat sich der Benzinpreis seit 1960 verdreifacht, der Preis einer durchschnittlichen Busfahrt dagegen verzehnfacht. Wäre der Kraftstoffpreis der Inflationsrate der anderen Konsumgüter gefolgt, kostete der Liter Benzin heute 2,70 DM.

Nach Ansicht des Sprechers der neun im Trägerkreis »Kostengerechtigkeit im Verkehr« zusammengeschlossenen bundesweiten Umwelt- und Verkehrsverbände, *Karl-Heinz Ludewig*, sind nicht die Autofahrer, sondern die Menschen, die sich im Umweltverbund bewegen, die »Melkkühe der Nation«. Sie zahlen für den Autoverkehr, bekommen aber nur dessen Nachteile zu spüren. »Umweltgerechte Mobilität darf nicht länger bestraft werden!«, forderte er.

Vorgeschlagen wird von den Initiatoren, die wahren Kosten des Autoverkehrs über den Benzinpreis zu erheben und an alle Bewohner Deutschlands gleichmäßig wieder zu verteilen. »Wer dann noch Auto fahren will, zahlt einen gerechten Preis«, so der Sprecher, »die Anderen bewegen sich umweltfreundlich und sparen Geld.«

Auf einem der vorgestellten Plakate wurde die Zukunft schon vorweggenommen. Eine Gruppe von Fußgängern, Radlern und Bahnfahrern öffnet einen mit Gold gefüllten Kühlschrank unter dem Motto: »Seit wir die Autofahrer nicht mehr aushalten, können wir viel besser haushalten!« Ein Aktionspaket, das bei den Initiatoren erhältlich ist, umfasst die Broschüre mit der Bilanz des Personenverkehrs und den »Motor-Mythen«, die Argumentationshilfe »Umwelt statt Motorwelt«, die sich mit den Argumenten des ADAC und dem Thema »Auto und Umwelt« beschäftigt sowie die vier Plakate zur Kampagne. Das Paket kostet soviel, wie der Pkw-Verkehr jedem von uns nach einem Wochenende schuldet: 12.– DM.●

Kontakt: UMKEHR/FUSS e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin, Tel. (0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72, E-Mail: info@umkehr.de

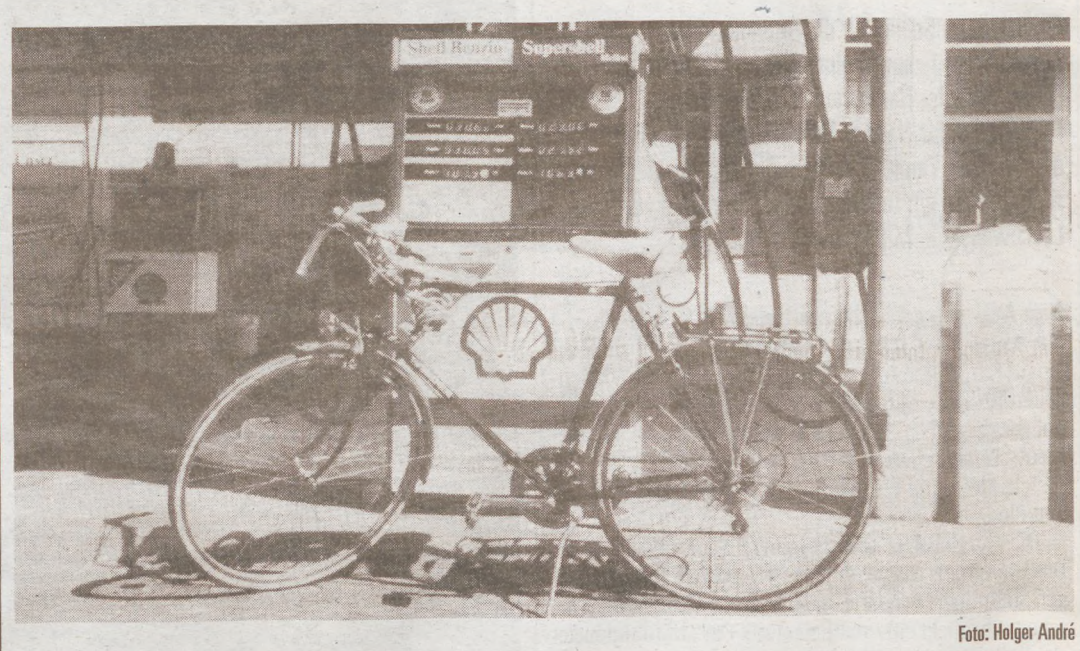


Foto: Holger André

Hintergrundinformation

Fakten zur Bilanz des Personenverkehrs in Deutschland

Der Pkw-Verkehr verursacht jährlich in Deutschland 212 Milliarden DM an Kosten, davon sind nur ca. 39 Milliarden durch Steuereinnahmen gedeckt. Die verbleibenden 173 Milliarden DM sind die ungedeckten Kosten der Autofahrer, die alle Einwohner Deutschlands tragen müssen.

Bahn und Bus verursachen lediglich rund 20 Milliarden DM an Kosten, davon ist über die Hälfte durch Einnahmen gedeckt. Auch relativ gesehen ist der Bus & Bahn-Mix für uns alle preisgünstiger: Jeder Personenkilometer im Pkw kostet mit 23 Pfennigen dreimal so viel wie der im öffentlichen Verkehr mit 7,4 Pfennigen.

Höhe der Umlage

Legte man die Summe der Netto-Kosten des Pkw (ungedeckte Kosten des Pkw-Verkehrs abzüglich der ungedeckten Kosten von Bus und Bahn) auf den Kraftstoffverbrauch der Pkw von 1998 um, müsste der Zuschlag 3,53 DM pro Liter Kraftstoff betragen. Unter Ansatz des Schlüssels, dass Minderjährige den halben Satz bekämen, erhielten Erwachsene jährlich 2.190 DM pauschal als Öko-Bonus überwiesen.

Deutsche Bahn AG will weniger Kunden

Die Deutsche Bahn AG plant, bis zum Jahr 2003 jede vierte Fernverbindung zu streichen. Damit will sie ein »marktorientiertes Angebot« schaffen, in dem lediglich Zugverbindungen bestehen bleiben, die »sich rechnen«. Etwa 10 Prozent des Zugangebots soll demnach gestrichen und die Hälfte der auf der Streichliste stehenden Fernzüge sollen durch zusätzliche Regionalzüge ersetzt werden. In Mecklenburg-Vorpommern will die Deutsche Bahn fast alle Interregio-Verbindungen streichen.

Die GRÜNE LIGA, größter ostdeutscher Umweltverband, protestiert gegen dieses Schrumpfbahnkonzept. »Es ist nicht tragbar, dass sich die Bahn aus ihrer Verantwortung für eine flächendeckende Grundversorgung stiehlt«, so Inge Stenzel, Verkehrsexpertin der GRÜNEN LIGA. »Die Verantwortung darf nicht auf die Länder abgewälzt werden.«

Mit den jüngsten Sparplänen der Bahn wird für alle deutlich, was Bahnprivatisierung heisst: Ausrichtung des Unternehmens nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen auf Kosten einkommensschwacher Bahnkunden und des Flächennetzes. Die Gemeinwohlverpflichtung darf nicht aufgegeben werden. Da der Staat jährlich für die hohen Kosten des Automobilverkehrs aufkommt (zwischen 70 und 200 Milliarden Mark je nach Berechnungsgrundlage), ergibt sich nach dem Gleichberechtigungsprinzip seine Verpflichtung zur Gewährleistung der öffentlichen Mobilität für alle, die selbst nicht Autofahren können oder wollen. »Da aus ökologischen Gesichtspunkten und in Zeiten knapper Finanzmittel eine Doppelfinanzierung nicht möglich ist, fordern wir von der Politik eine Finanzumschichtung zugunsten der Bahn«, so Inge Stenzel, Verkehrsexpertin der GRÜNEN LIGA. »Nur wenn diese in einem fairen Wettbewerb der Verkehrsträger ihre ökologischen Vorteile auch ausfahren kann, hat die lange geforderte Verkehrswende eine Chance.«

Der Autoverkehr kann langfristig nicht das Verkehrsmittel der ersten Wahl sein, weil er für folgende Kriterien keine aushaltbaren Lösungen bietet: Natur- und Flächenverbrauch, Wohnumfeld- und Stadtverträglichkeit, Lärmschutz, Gesundheits- bzw. Unfallrisiko. Die Bahn muss auch für Menschen mit niedrigem Einkommen attraktiv sein und sollte gegenüber dem Autoverkehr eine ernstzunehmende Konkurrenz werden. Deshalb fordert die GRÜNE LIGA mit ihrer aktuellen Kampagne: »Bahnpreise senken! – Bessere Bahn zu fairen Preisen«: Flächenbahn erhalten, Tarife vereinfachen.●

Lufthansa-Weltpartnertag auf der Expo

Aktionsbericht von [über die grenze] München ● Viel hatte sich der Konzern ja nicht ausgedacht für der »Weltpartnertag« auf der Expo. Kein Programm, keine Werbegeschenke, nicht mal eine Internet-Präsentation auf der offiziellen Expo-Seite. Nur ein Hinweis in der expo-Zeitung auf den in Halle 13 stehenden Flugsimulator und darauf, dass es möglich ist, auf der expo Flüge zu buchen und einzuchecken. Selbst unser Lieblingsmotto »Flughöhe Null«, das die Lufthansa noch vor ein paar Monaten auf der expo zu präsentieren gedachte (um damit die Zusammenarbeit mit der DB zu würdigen), war inzwischen fallengelassen worden – nichts spektakuläres also mehr.

Wahrscheinlich hätten die meisten BesucherInnen schlichtweg die Lufthansa und ihren Partnertag übersehen, wären sie nicht abends am Eingang von einer Gruppe nett in blau-orange gekleideter Damen und Herren begrüßt worden. Mit freundlichem Lächeln wurden den BesucherInnen Plastiktüten im Lufthansa-Design in die Hand gedrückt mit »Informationsmaterial über die Lufthansa« darin. Dass auf den Plastiktüten eine »deportation class« beworben wurde und sich in den Tüten Kampagnenzeitung, »Sicherheitshinweise«, eine Presseerklärung des Niedersächsischen Flüchtlingsrates und ein Proasyl-Flyer befanden, merkten die wenigsten gleich – umso erstaunter dürften die meisten daheim beim auspacken gewesen sein. Die Tüten gingen jedenfalls weg wie die warmen Semmeln, schneller, als die »kein mensch ist illegal«-AktivistInnen mit dem eintüteln nachkamen.

Nach eineinhalb Stunden – ca. 2.500 Tüten waren verteilt – kamen endlich zwei Herren von der Lufthansa (die aber mit ihren hellgrün-hellgelb gestreiften Krawatten zu dezent karierten Hemden nicht halb so gut aussahen wie wir). Sie versuchten, uns das Verteilen der Tüten zu verbieten, was ihnen aber mangels Kompetenz nicht gelang und auch den expo-Sicherheitsdienst konnten sie nicht gleich zum Einschreiten überreden.

Anerkennen mussten die Lufthansa-Herren aber doch den Witz und die Professionalität der Aktion. Und dass wir mehr Aufwand betreiben würden für den Partnertag als sie, gab der eine, der aus der Presseabteilung war, unumwunden zu. Geärgert hat es sie trotzdem sichtlich. Eine gefüllte Tüte nahmen sie natürlich auch noch mit und wir beendeten nun die Aktion, als schließlich doch noch die Polizei auftauchte und etwas von unangemeldeter Versammlung faselte und wir vorsorglich das Material in Sicherheit bringen wollten.

Es war eine schöne Aktion mit guter Zusammenarbeit zwischen dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und »kein mensch ist illegal«-AktivistInnen aus Göttingen, Hannover und München.

Tüten für weitere Aktionen gibt es beim Flüchtlingsrat Niedersachsen. Hervorragend geeignet für Aktionen auf Messen, Flughäfen, Bahnhöfen, Fußgängerzonen .... Kontakt: buero@fluerat-nds.comlink.apc.org

Die Kampagnenzeitung deportation.class wurde in einer aktualisierten Neuausgabe wieder aufgelegt. Neben einigen Artikeln, die schon in der letzten Zeitung gedruckt waren, wird dort der bisherige Verlauf der Kampagne gewürdigt.
Bestellungen bei: AG3F@oln.comlink.apc.org

NABU NRW fordert:

Abfallentsorgung muss wieder auf die Tagesordnung aller Kommunen

Welche Einsparpotenziale bei der Entsorgung von Abfällen noch ausgeschöpft werden können, zeigt ein aktuelles Gutachten, dass das ÖKO-Institut Darmstadt im Auftrag der Umweltverbände BUND, Das Bessere Müllkonzept und Naturschutzbund NABU NRW erstellt hat.

Daten aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf bildeten die Basis für die Analyse. Als Referenz für die Beurteilung dienten bundesweite Recherchen zu vorbildlichen Abfallkonzepten und damit auch tatsächlich erreichbare Ziele und realistische Restabfallmengen. »Auch wenn die Bestandsaufnahme und die davon abgeleiteten Empfehlungen am Beispiel des Regierungsbezirks Düsseldorf gezeigt werden, sind die Ergebnisse auf alle Städte und Gemeinden übertragbar«, betont Willi Hennebrüder, vom NABU Landesfachausschuss Energie-Abfall-Chemie. Das Gutachten des ÖKO-Instituts zeige nach seiner Auffassung deutlich, dass in einer Vielzahl der Kommunen die Restabfallmengen noch wesentlich reduziert werden können. Das bundesweite Einsparpotenzial wird vom NABU auf mindestens 30% geschätzt. Es gibt laut Gutachten z.B. im ländlichen Raum vorbildliche Kommunen, die Restabfallmengen von nur 75 kg pro Einwohner und Jahr erreichen, gleichstrukturierte Kommunen anderenorts weisen aber oftmals noch mehr als die doppelte Menge auf. Hier ist Handeln angesagt.

Günter Dehoust, Abfallexperte des Öko-Instituts: »Durch die zielstrebige und konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen kann mehr zum Schutz der Umwelt erreicht werden, als durch sehr aufwendige und teuere Verfahren zur Behandlung der Reste. Die Ergebnisse des Gutachtens zeigen deutlich, dass noch dringender als Vorgaben zu der Art der Abfallbeseitigung solche Regelungen gebraucht werden, welche Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen zu ergreifen sind.«

Angesichts der Ergebnisse fordert der NABU alle Kommunen auf, das Thema Abfallentsorgung wieder auf die aktuelle Tagesordnung zu setzen. Aus Gründen der Ressourcenschonung und zur weiteren Verminderung der Umweltbelastung müssten alle vorhandenen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Finanzielle Gebührenanreize stellt das ÖKO-Instituts in seinem Gutachten als besonders wirkungsvoll heraus. Kommunen mit vorbildlichen Konzepten belegen, dass die Bioabfallmenge durch Eigenkompostierung um 50 % und mehr vermindert werden kann. Die Studie führt Positivbeispiele zu Projekten und Maßnahmen aus der gesamten Bundesrepublik an. Jede Kommune hat so die Möglichkeit eines Vergleichs ihrer Restabfall- und Wertstoffmengen und kann sehen, durch welche Maßnahmen sie selbst noch eine Verminderung erreichen kann. Das Gutachten enthält auch einen aktuellen Vergleich der Entsorgungswege Müllverbrennung und Mechanisch biologische Aufarbeitung (MBA). Hier kommt das ÖKO-Institut zu dem Ergebnis, dass die MBA-Technologie durchaus eine Alternative zur Müllverbrennung ist. Die Studie kann zum Preis von DM 20,– (inkl. Porto u. Verp.) bestellt werden: NABU NRW, Merowinger Str. 88, D-40225 Düsseldorf●

SOZIOKULTUR: Öffentliche Ausschreibung

Fonds Soziokultur 2001

Der Fonds Soziokultur fördert zeitlich befristete Projekte, in denen neue Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur entwickelt und erprobt werden. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielhaft sein für andere soziokulturelle Projekte und Einrichtungen. Damit will der Fonds Soziokultur einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen ermöglichen. Vorbehaltlich der Verabschiedung des Bundeshaushaltes steht dem Fonds im Haushaltsjahr 2001 für diese Aufgabe voraussichtlich ein Etat von 950.000 DM zur Verfügung, der von der Kulturstiftung der Länder aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien bereitgestellt wird.

Kulturelle Initiativen, Zentren und Vereine, die im nächsten Jahr ein soziokulturelles Projekt durchführen und im ersten Halbjahr 2001 mit ihrem Vorhaben beginnen möchten, können ab sofort Förderanträge stellen. Einsendeschluß ist der **1. November 2000** (es gilt das Datum des Poststempels). Mitte Januar 2001 entscheidet das Kuratorium des Fonds abschließend über die eingegangenen Anträge.

Auch in einzelnen Bundesländern gibt es Fonds zur Förderung soziokultureller Projekte. Daher werden die Antragsteller aus den betreffenden Bundesländern im Interesse einer stärkeren Ressourcenbündelung und kooperativen Kulturfinanzierung ausdrücklich ermutigt, sich mit ihren Projektanträgen zusätzlich auch an diese Länderfonds zu wenden.

Die Anschriften der Länderfonds, nähere Informationen zur Ausschreibung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 2001 können über die Geschäftsstelle des Fonds oder über folgende Internet-Adresse bezogen werden:
www.soziokultur.de/fonds

Im Frühjahr 2001 wird der Fonds Soziokultur eine weitere Mittelausschreibung veröffentlichen. Darin werden (zum Stichtag **1. Mai 2001**) Projektträger zur Antragstellung aufgerufen, deren Projektvorhaben in der zweiten Jahreshälfte 2001 beginnen sollen.●

Fonds Soziokultur e.V., Weberstr. 59a, D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 201 67 35, Fax 201 67 36

BRD & TÜRKEI

Menschenrechtspolitik der rot-grünen Zivilgesellschaft

Anfang Mai diesen Jahres veröffentlichte die Kommission für Menschenrechtsfragen des türkischen Parlaments einen Bericht über von ihr recherchierte Folterpraktiken auf türkischen Polizeistationen und in den Gefängnissen der Türkei. Wenige Wochen nach der Bekanntgabe der Dokumentation soll sich der »jungen Welt« vom 27. Mai zufolge ein kleiner, aber feiner Kreis grüner Politiker um den Außenamts-Staatssekretär Ludger Volmer getroffen haben, um das Verhältnis zum NATO-Partnerland Türkei zu klären.

Fotos auf dieser Seite: Bildarchiv 3.WELT Saar

Monika Morres (AZADI) ● Hierbei soll aber weniger die Lage der Menschenrechte Thema gewesen sein, vielmehr sei es um die wirtschaftliche und militärische Entwicklung und Zusammenarbeit beider Länder gegangen. Schließlich muss das deutsche Großkapital, das sich durch das Nein zum Panzergeschäft düpiert gezeigt hatte, wieder beruhigt werden. Bundeskanzler Schröder hatte das gegenüber dem *Berliner Tagesspiegel* vom 22. Oktober 99 so erklärt: »Es gibt Leute, denen aus dem Bauch heraus jegliche Waffenlieferung eigentlich zuwider ist. Weil sie mit guten Gründen sagen, Waffen würden für den Krieg genutzt. Das ist so eine Haltung, die man als Regierungschef gegenüber einem Bündnispartner kaum einnehmen kann.«

Historischer Schulterschluss von Schily & Kanther: PKK bleibt Schurkenpartei

Ob dies auch der Grund ist, weshalb sich die rot/grüne Bundesregierung hinsichtlich des PKK-Verbots wie ihre Vorgängerin unnachgiebig zeigt? Bundesinnenminister Otto Schily wird bei seinen Besuchen in der Türkei dem Amtskollegen Tantan die deutsche Verlässlichkeit in dieser Frage zugesichert und von der Türkei erweiterte Menschenrechts»garantien« bei der Behandlung abgeschobener Personen erbeten haben. Dem Innenminister geht es darum, Abschiebungen von kurdischen »Straftätern« und Personen, die im Zusammenhang mit der »PKK und anderen Terrororganisationen« an Straftaten beteiligt waren, leichter durchführen zu können. Grundlage hierfür sind Vereinbarungen zwischen seinem Vorgänger Kanther und dessen Ministerkollegen Mentese von 1995. Wie die türkischen Sicherheitskräfte allerdings »Garantien« auslegen, macht nicht nur der Bericht der türkischen Parlamentskommission deutlich, sondern auch eine Dokumentation des Flüchtlingsrats Niedersachsen von Anfang Mai. Dieser recherchierte erneut 13 Fälle, in denen abgeschobene kurdische AsylbewerberInnen von türkischen Sicherheitskräften gefoltert und massiv misshandelt wurden. Die Behörden beschuldigten einige Kurden, in Deutschland mit der PKK zusammen gearbeitet zu haben. Großes Interesse zeigt der türkische Staat auch an Informationen über das Wanderkirchenasyl. Eine abgeschobene Kurdin z.B. berichtet, dass sie von Angehörigen einer Anti-Terror-Einheit verhört und gefoltert worden sei. Immer wieder habe man sie nach Namen von angeblichen TeilnehmerInnen am Kirchenasyl in Deutschland befragt.

Der alltägliche Abschiebeterror

Aber auch diese beschriebenen Fälle haben in der Asyl- und Flüchtlingspolitik der rot/grünen Bundesregierung zu keinen fundamentalen Änderungen geführt – etwa in Form eines Abschiebestopps. Im Gegenteil: Bundesinnenminister Schily setzt die »das Boot ist voll«-Kampagne rechter und konservativer Kreise fort. Am 26. Juni erklärte er gegenüber der Berliner Zeitung, man müsse unterscheiden »zwischen Zuwanderung, die die Sozialklassen erheblich belastet und Zuwanderung, die unseren wirtschaftlichen Interessen entspricht«. Zudem müsse die Zahl der Asylbewerber drastisch gesenkt werden, um Platz zu machen für »qualifizierte Zuwanderer«. Ausdruck dieser technokratischen und menschenverachtenden Kosten-Nutzen-Politik ist die Durchsetzung von Abschiebungen in Folterstaaten wie die Türkei. Der Kabarettist Dieter Hildebrandt hatte sich in seiner Sendung Scheibenwischer vom 12. April mit der wiederholten Abschiebung des kurdischen Familienvaters aus Wiesbaden, Abdulcabbâr Akyüz, beschäftigt, der aus Furcht vor Folter in der Türkei untertauchen musste. Das Verhalten der verantwortlichen Personen kommentierte Hildebrandt am Schluss seines Beitrags: »Vielleicht wollen die nachträglich in die SS eintreten. Man weiß es nicht.« Nach heftigen Attacken und Drohungen gegen Hildebrandt aus den Reihen der Wiesbadener CDU, bekräftigte Hildebrandt wenige Wochen später seine Auffassung gegenüber der Frankfurter Rundschau: Ihn erinnere es an »Gestapo-Methoden«, wenn frühmorgens Menschen abgeholt und in ein Land abgeschoben würden, in denen ihnen Misshandlungen, Verfolgung und Folter drohen.

Wenn irgend möglich, wird abgeschoben

Keine Skrupel zeigen auch die Berliner Abschiebebehörden. Im Zusammenhang mit den Protestaktionen von Kurdinnen und Kurden am israelischen Generalkonsulat und am griechischen Konsulat in Berlin im Februar letzten Jahres aus Anlass der Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Öcalan, wurde Hunderten DemonstrantInnen mit ihrer Ausweisung gedroht. Wie das *Solidaritätskomitee für die kurdischen politischen Gefangenen in Berlin* am 2. Juni in einer Erklärung bekannt gab, sind derzeit in Berlin mindestens 15 Ausweisungsverfahren vor dem Verwaltungsgericht anhängig.

Wie bereits im vergangenen Jahr stützt sich die Senatsverwaltung auch jetzt auf den § 47 II, Ziffer 3 Ausländergesetz. Danach kann ausgewiesen werden, wer sich aus einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung heraus an Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen beteiligt. In einem solchen Fall muss er oder sie nicht unbedingt von einem Strafgericht verurteilt worden sein. Im konkreten Fall genügt der Behörde, das die Kurd(inn)en auf dem Gelände der Konsulate waren. Die Ausweisung bedeutet aber auch den Entzug des Aufenthaltsstatus. Dabei ist unerheblich, ob jemand Asylberechtigte/r ist, Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention oder über eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Ehe mit einer deutschen Person verfügt. Sollte das Gericht in all diesen Fällen keine Abschiebungshindernisse anerkennen, droht den Betroffenen tatsächlich die Abschiebung in die Türkei. Die Besetzungs- und Protestaktionen im vergangenen Jahr in vielen Städten der Bundesrepublik wurden in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt und von einem Großteil der Medien mit einer äußerst rassistischen Berichterstattung begleitet. Den türkischen Behörden sind die Geschehnisse also hinreichend bekannt. Darüber hinaus erhalten sie aufgrund des Strafnachrichtenaustausches offiziell Informationen und Daten über in der BRD politisch aktive Kurdinnen und Kurden, mithin auch von den Demonstrierenden vom Februar 1999.

Dies betrifft auch die sieben Angeklagten aus dem Leipziger Prozess, die am 16. Mai zu mehrjährigen Haft- sowie einer Bewährungsstrafe verurteilt und zur Halbstrafe aus der Haft entlassen worden sind. Bei ihnen handelte es sich um sieben von ursprünglich 73 Gefangenen, die sich wegen der Konsulatsbesetzung in Leipzig im Februar letzten Jahres in Haft befanden. Da die Asylverfahren einer Reihe von Angeklagten aus den Prozessen noch nicht abgeschlossen sind, bleibt auch hier abzuwarten, wie die Gerichte entscheiden werden.

Rot-grüner Pluralismus: Vom deutschen ins türkische Gefängnis

AZADI liegt aktuell der Fall des kurdischen Gefangenen Seydi D. vor, der wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu über drei Jahren Haft verurteilt worden war und der nun zur Halbstrafe entlassen werden soll. Jedoch nicht in die Freiheit, sondern in die Folterkeller der Türkei. Begründet wird diese Ausweisungsabsicht mit der Höhe des Strafmaßes und einer behaupteten Gefahr »für die Allgemeinheit« und »für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland«, die angeblich von dem Gefangenen ausgehen soll. Die gesetzliche Grundlage hierfür bildet der § 51 Abs. 3 des Ausländergesetzes. Sagt der erste Absatz noch, dass »ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden (darf), in dem sein Leben oder seine Freiheit« u.a. wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist, hebt der dritte Absatz dessen Schutz auf, »weil er wegen einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist«. Die Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts steht noch aus. Hinter dieser Doppelbestrafung steckt der staatliche Rachegedanke und eine Strategie, die alle »AusländerInnen« davon abhalten soll, sich in diesem Land politisch zu organisieren und zu betätigen und womöglich die Politik der jeweils amtierenden Bundesregierung zu kritisieren.

Ein weiteres Mittel der Mehrfachbestrafung hat sich die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ausgedacht. Sie stellt den teilweise zu Haftstrafen verurteilten BesetzerInnen des griechischen Konsulats in Düsseldorf vom Februar 1999 die Kosten für Ermittlungen und den Polizeieinsatz in Rechnung. Hierfür will sie insgesamt über 50.000 DM haben. Die Beträge, die sie von den Betroffenen verlangt, ändern sich je nach Anzahl der weiteren verurteilten »Mittäter«. Inzwischen ist sie bei über 8500 DM pro Person angekommen. Derweil sind die ErmittlerInnen weiterhin landesweit auf der Suche nach Beteiligten an den Besetzungen. Um fündig zu werden, gehen sie auch in die Sozialämter und legen den Angestellten ausgewertetes Fotomaterial zur Identifizierung von Personen vor, um im nächsten Schritt deren Wohnungen polizeilich durchsuchen und die Betroffenen ED-behandeln zu lassen.

Schröder, Fischer: Der Feind steht links

Es vergeht kaum ein Tag in Deutschland ohne Meldungen über Brandanschläge auf Unterkünfte von AsylbewerberInnen und tätliche Angriffe auf Menschen mit der Folge lebensgefährlicher Verletzungen. Dass es in vielen Fällen nicht dabei bleibt, zeigt die erschreckend hohe Zahl getöteter Menschen durch Faschisten. In der Mai/Juni-Ausgabe der Zeitschrift Der *Rechte Rand* beschreibt u.a. Helmut Schröder den »Umgang der neuen Bundesregierung mit Morden von rechts«. Recherchen der PDS-Bundestagsfraktion zufolge sind in dem Zeitraum seit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 bis Ende 1999 über 110 Tote zu beklagen. Die Bundesregierung hingegen bilanziert »nur« 24 Opfer rechtsextremer Gewalt. Wie ihre Vorgängerin verharmlost und beschönigt offenbar auch die rot/grüne Koalition die Gefahr, die von neofaschistischer Gewalt ausgeht. Seit Jahren schon machen antifaschistische Initiativen und Gruppen auf die Gefährlichkeit der Organisierung von Neonazis aufmerksam.

Dies trifft auch auf das Kapitel Neonazis und ihre »Kameradschaften« in deutschen Gefängnissen zu, das als Problem seit langem bekannt ist, eine konsequente Bekämpfung bisher aber nicht zur Folge hatte. Werden z.B. kurdische Gefangene kontrolliert, schikaniert und diffamiert, können Neonazis, die wegen Volksverhetzung oder Angriffe auf Ausländer in Haft sind, ihre Hetz- und Hasspropaganda im Knast ungehindert fortsetzen. Dies bestätigte auch ein Bericht des *TV-Magazins Panorama* vom 22. Juni. »Heil Kameraden« schreibt demzufolge ein Häftling aus Brandenburg für die rassistische Skin-Zeitung *Blood and Honour:* »Die neueste Ausgabe hat uns ohne Probleme seitens der Staatsknechte erreicht.« Oder in der JVA Hameln: Dort kann ohne Schwierigkeiten die Nazi-Postille *»Reaktion 88«* angefertigt und verschickt werden. Panorama kommt zu dem Schluss, dass aus zahlreichen Gefängnissen »üble Propaganda regelmäßig und ungehindert abgedruckt wird« und »der Kontakt zwischen den rechtsextremen Aktivisten und den Gewaltverbrechern im Knast generalstabsmäßig organisiert ist.«

Es zeugt von Kontinuität, dass die Gefahr durch Rassisten und Neonazis ignoriert oder heruntergespielt wird, der Staat aber gleichzeitig alle Kräfte gegen ihm unliebsame Bevölkerungsgruppen und Organisationen mobilisiert. Das wird beispielhaft deutlich an der Durchsetzung des Verbots kurdischer Organisationen, der Verfolgung kurdischer Aktivist(inn)en und den großen Anstrengungen, Migrant(inn)en das Leben hier unerträglich zu machen.●

Die Autorin ist Mitarbeiterin von AZADI (zu deutsch: Freiheit). AZADI ist der Rechtshilfeverein für politisch verfolgte KurdInnen. Spendenkonto: Ökobank Frankfurt BLZ 500 901 00 Kto-Nr. 5 400 279. InteressentInnen sind die meist zweimonatlich erscheinenden Rechtshilfeinformationen empfohlen. Probeheft gibt es kostenlos gegen 3 DM Porto bei: AZADI, Lindenthalgürtel 102, D-50935 Köln; Telefon (02 21) 923 44 97, Fax 923 44 99 e-mail: Azadi@t-online.de Internetseite: www.nadir.org/azadi/

PRO & CONTRA

Ökostrom von unten

Grünen Strom lieber verbrauchen oder produzieren?

– Ökostromkunden werden getäuscht

Ökostrom gibt es nicht nur in vielen Varianten, er ist auch grundlegend umstritten. Und das ist gut so, denn das kritische Hinterfragen gehört zu jeder Aktivität, damit sie nicht betriebsblind zum Selbstzweck wird, sondern die gewünschten Ziele erreichen kann. Etliche AkteurInnen aus dem Bereich der regenerativen Energie lehnen Ökostrom zur Zeit ganz ab. Einer der bekanntesten ist Wolf von Fabeck vom Solarenergie-Förderverein.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Im Text »Grünen Strom lieber verbrauchen oder produzieren? Ökostromkunden werden getäuscht« schreibt er in seinem Solar-Rundbrief: »Am Anfang war die gute Absicht. Viele Menschen sind bedrückt von der Vorstellung, dass ihr Stromverbrauch zur Belastung der Umwelt, zum Waldsterben und zur Klimakatastrophe beiträgt. Sie möchten deshalb nur Strom verbrauchen, der diese Nebenwirkungen nicht hervorruft. Zu diesem Zweck sind sie bereit, »Grünen Strom« zu kaufen und dafür einige Pfennige mehr zu bezahlen. Das Gegenteil wird erreicht: Doch diese gutwilligen Menschen geben ihr Geld zumeist vergeblich aus. Schlimmer noch, sie erreichen durch ihr Opfer sogar das Gegenteil von dem, was sie zu erreichen hoffen. Sie werden somit getäuscht. Bedauerlicherweise ist diese Täuschung nicht etwa die Ausnahme, sondern die Regel und sie ist durch die gültigen Gesetze gedeckt. Es gibt überhaupt nur eine kleine Handvoll Ökostromhändler, die an der grandiosen Täuschung nicht beteiligt sind (deren Angebote werden hier nicht beurteilt).«

Diese grundlegende Kritik basiert auf der Annahme, dass es weder unendliche Kräfte noch unendlich viel Geld gibt, um den regenerativen Energien zum Durchbruch zu verhelfen. Geld, das in teureren Strom gesteckt wird, würde beim Neubau neuer Energieanlagen fehlen, so Wolf von Fabeck. Er vergleicht die Situation mit und ohne Ökostrom:

»**Variante 1**: Was würde geschehen, wenn es keinen Ökostromhandel gäbe? Der bundesdeutsche Strom-Mix enthält schon seit einiger Zeit (neben dem Hauptanteil von Braunkohle und Atom) auch etwa 4% Anteile aus alten Wasserkraftwerken, die im Eigentum der großen Stromversorger stehen, sowie einen zunehmenden Anteil (zur Zeit etwa 2%) aus privaten Wind-, Biomasse- und Solaranlagen, die ins öffentliche Netz einspeisen. Bis vor kurzem wurde dieser Strom-Mix ohne Rücksicht auf seine Bestandteile verkauft. Dabei wurde ein Mischpreis aus den Gestehungskosten für Atomstrom, Braunkohlestrom, Wasserkraftstrom und sonstigem Ökostrom gebildet und in Rechnung gestellt.

Variante 2: Was geschieht, wenn es Ökostromhandel gibt? Hier wird den gutwilligen Ökostromkunden versprochen, sie würden zukünftig nur umweltfreundlichen Wasserkraftstrom oder anderen Ökostrom erhalten, wenn sie dafür freiwillig ein paar Pfennige Zuschlag zahlen. Der Stromverkäufer kassiert sodann von den Ökostromkunden einen höheren Strompreis als den bisherigen Mischpreis. Den übrigen Kunden (denen egal ist, wie ihr Strom erzeugt wurde), kann der Stromverkäufer zum Ausgleich einen niedrigeren Strompreis für ihren »Egalstrom« berechnen.«

Und Fabeck fügt die Frage an: »Hat der gutwillige Ökostromkunde diesen Effekt wirklich gewollt? Möchte er wirklich, dass seine Mehrzahlung den Strom für die Stromverschwender noch billiger macht? Möchte er anderen die Möglichkeit geben, billiger werdenden Strom noch bedenkenloser zu verschwenden? Dies war mit Sicherheit nicht seine Absicht! Bis hierher also der desillusionierende Vergleich zwischen einem Strommarkt ohne Ökostromhandel und einem Strommarkt mit Ökostromhandel.« Fabeck folgert aus seiner Analyse, daß es wichtiger sei, in den Ausbau der Energieanlagen zu investieren als in den Ökostromverbrauch.

Entgegnung: Ökostrom produzieren UND verbrauchen!

Per Leserbrief an den Solar-Rundbrief, abgedruckt auch in den *»Ö-Punkten 3/2000«* stellt *Jörg Bergstedt* vom *Institut für Ökologie* (Projekt »Ökostrom von unten«) Fabecks Analysen in Frage. Allerdings stimmt er etlichen kritischen Punkten zunächst zu: »Es ist keine Frage: Die aktuellen Kampagnen für Ökostrom bergen kaum einen politischen Anspruch. An vielen Orten wird der liberalisierte Markt hochgejubelt – und die VerbraucherInnen werden wieder einmal zu den Verantwortlichen für die Rettung der Umwelt gemacht, während die Konzerne weiter per Atom- und Kohletechnik selbige ruinieren dürfen. Ein solcher Blickwinkel erinnert frappierend an die Mülltrenn-Kampagnen (»Joghurtdeckel abwaschen und zur Alusammelstelle bringen rettet die Umwelt«) vor zehn oder 20 Jahren. Falsch waren die auch damals. Denn Umweltschutz kann nicht losgelöst von den realen Machtverhältnissen und von der Analyse der Zerstörungsursachen und -verursacher umgesetzt werden. Doch die Hoffnung, dass diese Fehler endlich einmal überwunden werden, scheint durch die aktuelle Ökostromwerbung leider eher enttäuscht zu werden. Die von Ökostromanbietern bis zu Anti-Atom-Gruppen suggerierte Möglichkeiten, durch das Umstellen auf Ökostrom im eigenen Haus könne der Atomausstieg erreicht werden, ist unverständlich, falsch und insofern schädlich, weil sie irreführend vielen Menschen genau dieses als entscheidende Maßnahme gegen Atomstrom und Klimazerstörung nahelegt. Das kann andere Aktivitäten verhindern! Noch schlimmer sind die Ökostromangebote von Stromkonzernen, die ihren ohnehin vorhandenen Ökostromanteil im Mischstrom nur

Foto: Ali Paczensky/Zenit

»abspalten«, um ihn dann als Ökostrom teurer zu verkaufen. Das bringt gar nichts, weil der übrigbleibende Strom nur noch dreckiger wird, aber insgesamt keine Kilowattstunde Atomstrom verdrängt wird.«

Dennoch sei die generelle Kritik am Ökostrom falsch. Denn es gebe nicht »den« Ökostrom, sondern inzwischen viele verschiedene. Zudem seien Veränderungen möglich – und nötig: »Meines Erachtens geht es nicht darum, zum Ökostrom »Ja« oder »Nein« zu sagen bzw. ihn als entscheidende Anti-Atom-Aktion hochzujubeln, sondern es geht darum, eine Form des Ökostroms zu finden, die den ökologischen und gesellschaftlichen Zielen, die damit verbunden sind, nahe kommt – und gleichzeitig die Werbung für den Ökostrom zu verbinden mit den weiterhin nötigen Aktivitäten für den Schutz der Umwelt, die Selbstbestimmung der Menschen und das Ende der Atomenergie. Daran mangelt es bei den bestehenden Ökostromkampagnen – aber das ist kein Beweis dafür, dass es nicht ginge.

Ganz im Gegenteil:

1. Die Umstellung auf Ökostrom kann erhebliche Finanzmittel für neue regenerative Energieanlagen (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse) freisetzen. Insofern stimmt das Argument »Entweder Geld für neue Anlagen oder für Ökostrom« nicht. Nötig dafür ist aber, dass die Einnahmen für den Ökostrom für neue Energieanlagen ausgegeben werden.
2. Ökostrom kann, statt den liberalisierten Markt zu beschwören, ein kleines Stück der notwendigen Veränderung von Machtverhältnissen sein – nämlich dann, wenn Produktion und Verbrauch von Strom dezentral entschieden werden.
3. Insofern enthält auch der Ruf nach mehr Neuanlagen und der Jubel über das Energieeinspeisegesetz viele Verkürzungen, verlässt er sich doch ausschließlich auf politische Rahmenbedingungen und das Gute in herrschenden PolitikerInnen. Das aber ist, so lehrt die Geschichte, noch nie gut gegangen. Deshalb muss mit dem Neubau von regenerativen Energieanlagen auch die Machtfrage gestellt werden: Nicht nur »Wie wird der Strom erzeugt?«, sondern auch »Wer erzeugt ihn?«. Gefragt sind BürgerInnen-Energieanlagen, Versorgungsnetze, die den Menschen selbst gehören und von ihnen verwaltet werden, sowie VerbraucherInnengemeinschaften, die den Bezug von Ökostrom gemeinsam und selbst organisieren.«

Als Fazit wird dann benannt: »Weder die platte Formel »Ökostrom macht den Atomausstieg« noch die ebenso platte Losung »Mehr regenerative Energieanlagen – egal wo und von wem« halten einer Analyse der Gründe von Umweltzerstörung und Ausbeutung stand. Atomenergie ist nicht nur die Folge des Wunsches nach billigem Strom, sondern von Machtstrukturen, die die Durchsetzung von Großkraftwerken ebenso erst ermöglichen wie von Gentechnik, Flughäfen, Autobahnen oder weltweiten Ausbeutungsstrukturen. Sie zu knacken, ist schwer genug. Aber so zu tun, als wären diese Gründe nicht vorhanden, ist blauäugig. Für die Durchsetzung der Gentechnik ist z.B. völlig uninteressant, ob die Mehrheit der Menschen das überhaupt will oder ob sich viele für bewusste, gentechnikfreie Ernährung entscheiden.«●

ÖKOSTROMQUALITÄT

Im Detail sehr verschieden

Sechs Firmen mit acht festen Angebotstarifen sowie oftmals Flexibilität für Betriebe, GroßverbraucherInnen usw. beteiligen sich an der Kampagne »Ökostrom von unten«. Unterschiedlich sind aber nicht nur die Tarife – für selbstorganisierte Energiepolitik sind auch ihre Besitzstrukturen, Mitspracherechte, die Unterstützungsformen für regionale Arbeit und neue Energieanlagen wichtig. Die bestehenden Gütesiegel im Ökostrombereich schaffen keine Transparenz über diese Punkte. Zu fordern sind detaillierte Informationen, nicht nur »Ja/ Nein«, wie bei einem Label immer üblich – zumal die Kriterien streitbar sind.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Im Rahmen von »Ökostrom von unten« sind daher sieben Fragestellungen entwickelt worden, nach denen die Qualität von Ökostrom und Ökostromanbieterfirmen vorgestellt werden sollen. Die Übersicht über die Ökostromtarife und -anbieter findet sich, ständig aktualisiert, unter der Internetadresse http://move.to/oekostrom.

Eine Vorauswahl hat die Projektgruppe »Ökostrom-von-unten« getroffen:

1. Unternehmen, die Atom- oder anderen Großkraftwerksstrom vertreiben oder mit Atomkonzernen verquickt sind, werden grundsätzlich abgelehnt.
2. Unternehmen, die den Ökostrom nur aus dem bisher schon vertriebenen Mischstrom (z.B. wenige Prozent Windstrom, der in ihrem Versorgungsgebiet eingespeist wird) »abspalten« und dann teuer verkaufen, fördern die regenerative Energie nicht, sondern machen nur bessere Geschäfte. Solche eine Geschäftspolitik, die keine einzige Atom-Kilowattstunde verdrängt, lehnt die Gruppe ebenfalls ab.

Die folgenden sieben Fragen zeigen, worum es bei der Qualität von Ökostrom geht – kein einziger Ökostromanbieter bietet derzeit bei allen Fragen die optimale Situation. »Ökostrom von unten« bedeutet daher auch ein ständiges Ringen um die Verbesserung der Ökostromqualität. Das jedoch muß niemanden abhalten, denn die sechs Partner bei »Ökostrom von unten« sind durchaus auch jetzt schon glaubwürdige Ökostromanbieter.

Nur regenerativer oder Mischstrom?

Regenerativer Strom ist solcher aus Wind-, (kleinen) Wasser-, Biomasse und Solarstromanlagen.

100% regenerativ: Einige Ökostromanbieter garantieren 100%igen Regenerativ-Strom, also nur aus diesen Quellen.

50% regenerativ, 50% KWK: Eine weitere Variante ist, eine Zusammensetzung von mindestens der Hälfte aus regenerativem Strom zu garantieren und den Rest aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (Blockheizkraftwerke).

Weitere Unterschiede: Einige Stromanbieter garantieren einen Mindest-Solarstromanteil. Andere legen sich bei der Kraftwärmekopplung auf Gaskraftwerke fest. Unterschiede gibt es bei der zulässigen Größe von Wasserkraftwerken und bei der Frage, ob auch Deponiegas oder Geothermie als Stromquelle gelten.

Empfehlungen

Eigentlich scheint die Sache klar: 100% regenerativ ist die richtige Entscheidung. Das ist auch so, allerdings gibt es sie nur in Verbindung mit dem Aufpreismodell – und dann wird es unklarer, denn dort erfolgt die Stromlieferung weiterhin durch ein Versorgungsunternehmen, das auch Atom- oder anderen Großkraftwerksstrom vertreibt (siehe »Aufpreismodell oder Stromwechsel?«).

Bei den weiteren Beschränkungen können Einzelpunkte sehr wichtig sein, z.B. die Frage der maximalen Größenordnung neuer Energieanlagen. Riesige Windparks, große Staustufen in Flüssen oder intensive Landwirtschaft zum Zwecke der Biomassegewinnung sind alles andere als umweltgerecht.

Empfehlung im Rahmen von »Ökostrom von unten«: Prüfen, ob durch einen Vertrag zwischen regionaler Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft und dem Ökostromanbieter die Stromqualität für KundInnen in der Region verbessert oder eine direkte Nutzung der Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in der Stadt oder Region erreicht werden kann. Das würde aus »Ökostrom von unten« eine erweiterte Variante »Energie von unten«.

Alt- oder Neuanlagen?

Kommt der Ökostrom (ob nun 100% oder im 50:50-Modell) aus Altanlagen, die ohnehin bestehen, oder aus Neuanlagen, die zusätzlich gebaut werden.

Nur Neuanlagen: Das bedeutet, dass von Beginn an aller Strom nur aus Neuanlagen kommt. Allerdings ist die Definition strittig: Als Neuanlagen gelten entweder neu gebaute Anlagen oder welche bis zu einem bestimmten Alter. Neuanlagen können sehr unterschiedlich umweltgerecht sein – vor allem große regenerative Anlagen haben oft viele Nebenwirkungen und stoßen auf geringe Akzeptanz.

Strom auch aus Altanlagen, Einnahmen (ganz oder z.T.) in Neuanlagen: Da Neuanlagen nicht so schnell errichtet werden können, beziehen viele Ökostromanbieter ihren Strom aus Altanlagen, errichten aber mit den Gewinnen oder einem Teil derselben neue Wind-, Wasser-, Solar- oder Biomasseanlagen.

Auch oder nur Altanlagen: Der Strom kommt aus Altanlagen, es werden keine zusätzlichen regenerativen Energieanlagen gebaut. Bei den Altanlagen können gezielt solche ausgewählt werden, die ohne die Kooperation mit dem Ökostromanbieter stillgelegt würden, da der Strom ansonsten nicht verkaufbar wäre (wegen der Konkurrenz billigeren Atomstroms).

Empfehlungen

Eine Stromgewinnung nur aus Neuanlagen ist klar das Beste. Betrieblich läßt sich das aber am Beginn kaum umsetzen – höchstens über den Trick, auch schon gebaute Anlagen als »neu« zu werten, wenn sie noch recht jung sind. Wichtiger ist daher, darauf zu achten, daß möglichst viel der Einnahmen in möglichst umweltgerechte Neuanlagen gesteckt wird. Wieweit auch die Rettung von Altanlagen, die sonst stillgelegt würden, positiv zu bewerten ist, muß im Einzelfall entschieden werden.

Empfehlung im Rahmen von »Ökostrom von unten«: Die regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften schließen dort, wo die Förderung nicht klar geregelt oder zu gering ist, Verträge mit den Ökostromanbietern ab über gesonderte Förderungshöhen in der Region. Im Vertrag geregelt werden könnte für die Region auch ein höherer Anteil an Strom aus Neuanlagen und das Vorgehen bei der Rettung/Sanierung von Altanlagen.

Aufpreismodell oder Stromwechsel?

Hier gibt es zwei Möglichkeiten, Aufpreis und Stromwechsel.

Aufpreismodell: (auch »Spendenmodell« genannt) In diesem Fall erfolgt kein vollständiger Stromwechsel. Die StromverbraucherInnen melden sich beim Ökostromanbieter an, tatsächlich werden sie aber weiter vom regionalen EVU beliefert. Die StromverbraucherInnen zah-

Fortsetzung nächste Seite

STROM SELBER MACHEN

Ökostrom von unten

Strom ohne Energiekonzerne, Atom- und Umweltverschmutzung?

Diese Utopie spukt noch immer durch die Köpfe in der Alternativszene. Nimmt man Broschüren zur Hand, die um die Zeit der Energiekrise entstanden sind, sieht man kräftige Burschen in Latzhosen Landwirtschaft betreiben. Im Hintergrund nudelt das Windrad auf dem selbstgeschweißten Mast. Bauanleitungen kursierten, wie man sich mit einer alten Lichtmaschine und Kugellagern vom Autofriedhof vom Netz unabhängig machen könnte.

Roland Schnell, Redaktion Umweltschutz von unten ● Ein Vierteljahrhundert später sind die Windkraftanlagen turmhoch, stehen auf dem freien Feld oder zu »Windparks« gruppiert. Sie könnten zwar locker das Dorf hinter dem Hügel versorgen, aber dem gehören sie nicht. Anonyme Investoren aus der fernen Großstadt haben ihr sauer erspartes Geld einem Fonds anvertraut, der eine Rendite verspricht, die über dem liegt, was man auf sein Sparbuch bekommt. Der Strom geht natürlich ins Stromnetz. Darin mischt er sich mit dem Atomstrom, mit Strom aus Braunkohlekraftwerken und was die Energiekonzerne sonst gerade am Netz haben.

Der Anteil regenerativer Energie ist nur eine statistische Größe. Was als »Grüner Strom« teuer bezahlt aus der Steckdose kommt, ist eine virtuelle Größe. Der Typ mit der Latzhose hat längst seinen Bart geschoren und sein mittlerweile schütteres Haupthaar auf wenige Millimeter gekürzt. In feines Tuch gewandet sitzt er im Aufsichtsrat und entwickelt Projekte. Da auf dem Festland der Wind viel zu schwach und unregelmäßig weht, hat man »offshore« seine Claims abgesteckt. Dort kommen einem auch nicht dauernd irgendwelche Vogelschützer in die Quere. Einfach nur lästig diese bärtigen und langhaarigen Typen. Aber man hat ja beim »Bürgerdialog Kernenergie« abgeschaut, wie man die Öffentlichkeitsbeteiligung zu seinen Gunsten manipuliert und die Platzhirsche in der Lokalpolitik mit gezielten Zuwendungen auf seine Seite bringt. Schließlich opfert man sich auf für die Umwelt.

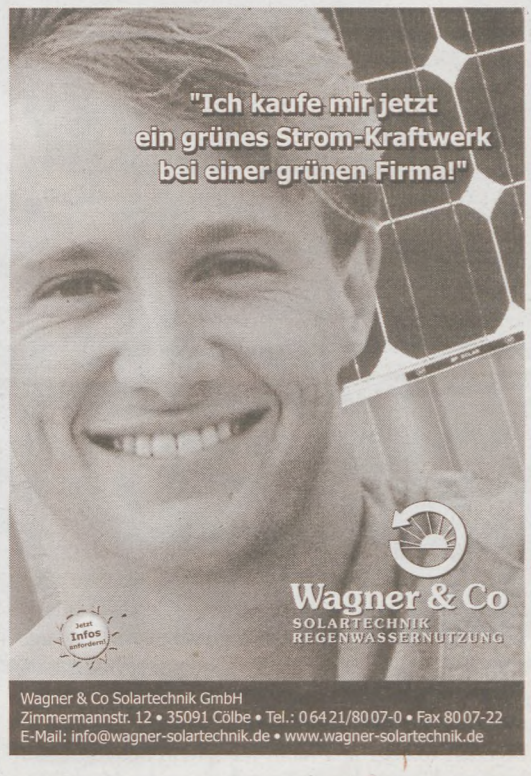
Foto: Dietmar Gust

Erneuerbare Energien sind zu einem Millionengeschäft geworden. Schon lange geht es nicht mehr um eine lokale, dezentrale Energieversorgung durch eine schonende Nutzung der lokal verfügbaren Ressourcen. Es wird alles immer größer, weil der Ingenieur anfassen kann was er will – je größer die Einheit wird, umso niedriger sind die spezifischen Kosten. Windkraftanlagen, deren Flügel bereits ein Fußballfeld überspannen, immer höhere Staudämme. Die Freunde des Solarstroms haben immer noch die Vision nicht abgeschrieben, dass sie eines Tages die Sahara bepflastern können. Die nie versiegende, mit jedem Wachstum des Verbrauchs mithaltende Energiequelle wäre Realität. Und sie schiene, im Gegensatz zur Kernenergie, die genau unter diesen Prämissen vor gut 50 Jahren propagiert wurde, relativ sauber.

Die Solaranlage, die man sich auf das Eigenheim schrauben soll, ist nur das Vorgeplänkel für das ganz große Ziel. Hunderttausend Dächer sollen eine Nachfrage nach Solarzellen schaffen, die dazu führt, dass es sich für die großen Chemie- und Halbleiterfirmen endlich lohnt, massiv in das Solargeschäft einzusteigen. Die bisher eher manufakturartige Herstellung von Solarzellen soll automatisiert werden.

Die Preise würden sinken, riesige Produktionskapazitäten würden aufgebaut, so dass man endlich mit den Sonnenzellen dorthin gehen könnte, wo die Sonne länger und kräftiger scheint. Wasserstoff in riesigen Pipelines wird die Energie nach Europa bringen. Dann fahren die Autos mit Wasserstoff, was Umweltminister Trittin schon jetzt ganz toll findet. Weil der Wasserstoff so schön sauber verbrennt (es entsteht tatsächlich nur Wasser) ist der 300 PS BMW ein Ökoauto. Wer wollte es da noch wagen, den Individualverkehr zurückzudrängen, der ja außer Abgasen auch noch durch Lärm und einen immensen Flächenverbrauch die Umwelt belastet. Natürlich wäre es auch denkbar, die Busse mit Wasserstoff fahren zu lassen. Aber welches kommunale Verkehrsunternehmen, das in den liberalisierten Markt gestoßen wird, wagt sich noch an solche Experimente? Millionen Kraftfahrzeuge auf Wasserstoff umzustellen ist ein Geschäft, gegenüber dem der Einbau von Katalysatoren seinerzeit nur Peanuts waren.

Anzeige



Sinnvolles wird sabotiert!

Dabei ist es durchaus nicht so, dass es nicht technisch ausreichend entwickelte und ökonomisch tragbare Alternativen gäbe. Nur sie werden gezielt sabotiert. Es ist unter Fachleuten kein Thema, dass Verbrennungsmotoren mit gereinigtem Pflanzenöl betrieben werden könnten. Jeder landwirtschafliche Betrieb könnte auf einem Teil seiner

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

len einen Aufpreis auf den bisherigen Strompreis, der an den Ökostromanbieter geht und den dieser zumindest teilweise für neue regenerative Energieanlagen ausgibt. Zudem garantiert er, daß pro Jahr mengengleich mit dem Verbrauch an Ökostrom Strom aus regenerativen Quellen eingespeist wird. Diese Variante ist auch in den neuen Bundesländern möglich, da Ökostromeinspeisung und Verbrauch entkoppelt sind. Aufpreisregelungen sind meist einfacher, schneller umsetzbar und setzen sofort Fördergelder für neue Anlagen frei.

Besonderheit: Bei Kooperationen zwischen Stadtwerken und Ökostromanbietern erfolgt die Anmeldung sogar über das EVU, das wiederum für den Ökostromanbieter handelt und den Ökostrom oft unter eigenem Namen verkauft. Damit bleiben die Stadtwerke in ihrer dominanten Stellung, andererseits können so einfacher UmsteigerInnen gewonnen werden, wenn sie innerhalb »ihrer« Stadtwerke zu einem glaubwürdigen Stromangebot wechseln.

Stromwechsel: Es erfolgt eine Ummeldung zu einem Ökostromanbieter. Dieser speist den verbrauchten Strom zeitgleich ein, insofern ist hier die tatsächliche rechnerische Abkoppelung vom Mischstrom mit Atomstromanteil konsequenter. Der Ökostromanbieter zahlt an die Netzbetreiber (Besitzer der Stromleitungen) eine Durchleitungsgebühr. Diese Form ist in den neuen Bundesländern nicht möglich, weil dort der Strom immer einen hohen Braunkohlestromanteil haben muss, also kein Ökostrom wäre.

Empfehlungen

Keine Frage: Der Stromwechsel ist langfristig der konsequentere Weg, weil er den Stromversorgern, die auch mit Atomstrom handeln, die KundInnen vollständig entzieht. Andererseits ist das Aufpreismodell vielerorts, vorallem in den neuen Bundesländern, einfacher oder billiger. Bei Kooperationen mit Stadtwerken oder glaubwürdigen Ökostromangeboten von diesen sollten Demokratisierungen festgeschrieben werden, z.B. dass die zusätzlichen Einnahmen in einem demokratischen Prozess in Neuanlagen investiert werden.

Die Machtfrage

Die Machtfrage kann zweierlei gestellt werden. Zum einen bezogen auf den Wechsel weg von solchen Firmen, die auch Atom- bzw. Großkraftwerksstrom anbieten. Zum anderen bezogen auf die Mitbestimmung innerhalb der Ökostromanbieter. »Ökostrom von unten« will die Verknüpfung: Konsequenter Ökostrom und Mitbestimmung der ErzeugerInnen und VerbraucherInnen bei der Ökostromvermarktung. Dabei sind verschiedene Modelle denkbar.

Firma im (Mit-)Besitz der regionalen AkteurInnen: Bei Aktiengesellschaften oder Genossenschaften können die AkteurInnen aus den regionen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften MitbesitzerInnen werden.

Vertragsabschluß Region-Anbieter in einem Vertrag zwischen Strom-EVG und Ökostromanbieter: In einem Vertrag, der auch andere Dinge regeln kann, räumt der Ökostromanbieter den regionalen AkteurInnen Mitspracherechte bei den Entscheidungen in der jeweiligen Region ein, z.B. bei der Öffentlichkeitsarbeit, Entscheidung über neue Anlagen usw.

Empfehlungen

Die Ausblendung der Machtfrage ist bislang typisch für den Umweltschutz. So werden gute Aktionen immer wieder zum Scheitern gebracht. Ökostromfirmen können ihre Geschäftspolitik ändern oder aufgekauft werden – in der Marktwirtschaft geradezu alltäglich.

Empfehlung im Rahmen von »Ökostrom von unten«: Klare Vorkehrungen treffen, damit nicht alle Arbeit umsonst ist. Am günstigsten dürfte ein Vertrag sein, um die Handlungsvollmacht der regionalen Strom-EVGs zu sichern. Sie entscheiden in ihrer Region in einem transparenten Prozeß unter Beteiligung der BürgerInnen (so sollte es im Vertrag festgeschrieben sein!) über:

- neue Anlagen
- die Art von Ökostrom-Werbung
- Beteiligungsmodelle, Finanzierungen.

Der Ökostromanbieter teilt allen KundInnen in der jeweiligen Region die Aktivitäten und Mitgestaltungsmöglichkeiten über die regionale Strom-EVG mit. Außerdem erhalten sie Vetorechte bei Veränderungen der Besitzverhältnisse der Ökostromanbieter und der Zusammensetzung des Ökostroms.

Förderung neuer Anlagen

Die Ökostromanbieter unterstützen den Neubau von Energieanlagen sehr unterschiedlich.

Eigene Energieanlagen: Einige Ökostromversorger bauen eigene Energieanlagen, deren Strom sie dann verkaufen. Dies ist kombiniert mit dem Stromwechsel-Modell, da ja nur dann wirklich eigener Strom verkauft wird.

Förderung von Anlagen Dritter: Aus eigenen Mitteln, z.T. in festgelegten Sätzen pro verkaufter Kilowattstunde, werden Anlagen Dritter gefördert. Diese speisen den Strom dann beim regionalen EVU ein (Aufpreismodell) oder liefern direkt an den Ökostromanbieter (Stromwechsel-Modell).

Keine oder unklare Verhältnisse: Einige Ökostromanbieter fördern und bauen keine Neuanlagen. Andere haben Fördersätze festgelegt, die keine verläßliche Basis bieten, d.h. es besteht die Gefahr, daß keine Förderungen erfolgen.

Empfehlungen

Je besser neue Anlagen gefördert werden, desto besser.

Empfehlung im Rahmen von »Ökostrom von unten«: Wenn die bestehenden Fördersätze nicht ausreichend erscheinen, kann ein Vertrag zwischen Ökostromanbieter und regionaler Strom-EVG Verbesserungen für die jeweilige Region festschreiben (z.B. höhere Sätze an den Einnahmen aus dem Stromverbrauch in der Region).

Stromlieferung in den Osten?

Eine Schutzverordnung für die Braunkohle und das störrische Verhalten der Monopolversorger (z.B. VEAG) erschweren im Osten den Stromwechsel zu regenerativen Energien. Nutzbar ist zur Zeit nur das Aufpreismodell. Es gibt jedoch intensive Bemühungen, die Situation zu verändern – entweder über rechtliche Änderungen oder über Druck auf die Versorgungsunternehmen, Ökostrom durchzuleiten.

Aktuelle Entwicklung: Wahrscheinlich wird in den nächsten 1-2 Jahren die Durchleitung von Ökostrom auch im Osten möglich.

Empfehlungen

Ein kompletter Stromwechsel zu einem Ökostromanbieter ist aktuell nicht möglich. Angeboten werden nur das Aufpreismodell von Naturstrom, ein Umstieg auf Teil-Ökostrom oder Vorverträge. Das macht aber nur Sinn, wenn es mit politischem Engagement verbunden wird: Der Braunkohleschutz muß weg! Peinlich für eine rotgrüne Regierung, auch hier zu schlafen.

Empfehlung im Rahmen von »Ökostrom von unten«: Politische Aktionen machen!!!

Datentransparenz

Woher kommt der Strom (Anlagentypen, regional ...)? Wieviele KundInnen gibt es wo? Was verbrauchen sie?

Solche Fragen transparent zu machen, ist wichtig. Schließlich sollen Glaubwürdigkeit und die Identifikation über eine konsequente Ökostromlieferung aus Anlagen, die in der Region stehen und dort möglicherweise vielen Menschen zusammen gehören bzw. von diesen mitdiskutiert wurden, die Idee von »Ökostrom von unten« verbreiten.

Empfehlungen

Empfehlung im Rahmen von »Ökostrom von unten«: In einem Vertrag zwischen Ökostromanbieter und regionaler Strom-EVG sollte festgeschrieben werden, dass die Daten über Stromverbrauch und -gewinnung insgesamt sowie in der Region regelmäßig mitgeteilt oder z.B. im Internet einsehbar gemacht werden. ●

SCHRITT FÜR SCHRITT:

Ökostrom von unten

Ökostrom von unten umsetzen

Städte und Regionen stehen im Mittelpunkt des Geschehens. Hier können und sollten die Runden (interessierte Einzelpersonen, Energieinitiativen, Anti-Atom-Gruppen, AnlagenbetreiberInnen usw.) entstehen, von denen die Impulse ausgehen – für die Umstellung von Wohnungen, Häusern, öffentlichen Gebäuden, Betrieben usw. sowie für die Gewinnung der Energie aus neuen Wind-, Wasser-, Solar- und Biomasseanlagen. Unter http://move.to/oekostrom ist eine aktuelle Liste der Regionen einzusehen, in der schon Gruppen aktiv sind, »atomstromfreie Zone« existieren« usw.

Foto: Filippo Tritto

Redaktion Umweltschutz von unten ● Es gibt vielfältige Möglichkeiten für Aktivitäten in Städten und Regionen. Jede Region kann anders aussehen, die AkteurInnen in den Regionen entscheiden über alle Schritte, über Umfang, Namen und Details ihrer Kampagne. Mögliche Ideen und Schritte sind:

Regionale Runden aufbauen: »Ökostrom von unten« ist ein Prozess von unten, der möglichst viele Menschen, auf jeden Fall aber alle Beteiligten und Interessierten zu den Mitbestimmenden machen will. ErzeugerInnen von Ökostrom, von der Windanlage bis zum Solarstrommodul auf dem Hausdach, gehören genauso dazu wie alle StromkundInnen und letztlich alle Interessierten von der Anti-Atom-Kämpferin über die Solarbastlerin bis zum biomasseproduzierenden Landwirt.

»Atomstromfreie Zone(n)« finden: Ein oder auch einige Orte werden ausgewählt, die als öffentliche Anlaufstellen dienen und so auch Werbung machen. Umwelt- oder Kulturzentren, Kinos, ausgewählte Cafes oder Kneipen, Gemeindehäuser oder andere können passend sein. Diese Orte werden gekennzeichnet und in der Öffentlichkeitsarbeit benannt. Ziel ist, daß viele Menschen die »atomstromfreie Zone« bei einem Besuch dort wahrnehmen oder auch gezielt dort hingehen – und das es dort dann Informationen gibt zur Umstellung von Haushalten und Betrieben, zur Beteiligung an regenerativen Energieanlagen in der Region usw.

Veranstaltungen durchführen: In der »atomstromfreien Zone« oder andersorts kann bei Veranstaltungen über Ökostrom informiert werden. Dabei sollte das Thema nicht zu eingeengt betrachtet werden. Informationen zu Ökostromtarifen und -quellen sind ebenso wichtig wie Infoveranstaltungen zu Atomfilz, Machtstrukturen im Energiebereich usw.

Regionale Seminare und Austauschtreffen: Keine Stadt oder Region muss allein bleiben. Zwischen benachbarten Regionen und Städten kann ein Kontakt entstehen, gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch, Selbstorganisationsprozesse und gemeinsame Aktivitäten wie Vortragsreihen, Ausstellungen, Veröffentlichungen usw. sind denkbar.

Infozeitungen, Ausstellungen usw.: Sinnvoll wäre, zu Beginn des Projektes in einer Region und auch später immer wieder mal Informationsmaterialien breit zu streuen. Dazu können eigene Infozeitungen erstellt oder eine Kooperation mit bestehenden Medien begonnen werden, z.B. einer Umwelt- oder Kulturzeitung, Unizeitung usw. Auch Ausstellungen, die zu verschiedenen Orten wandern, sind eine gute Chance der Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier gilt: Ökostrom ist mehr als bloße Werbung für Umstellung. Es geht um Atomenergie, Großkraftwerke, die Machtstrukturen, ohne die das alles gar nicht möglich wäre, Energiepolitik und mehr, aber auch um neue Energieanlagen. So könnte jedes neue Energieprojekt, für das Mitgestaltende und GeldanlegerInnen gesucht werden, Anlaß für eine solche Öffentlichkeitsarbeit, z.B. in Form einer Infozeitung, sein.

Direkte Aktionen: Ohne die jahrzehntelange Arbeit der Anti-Atom-Initiativen wäre regenerative Energie nie zu einem Thema geworden. Das bleibt auch weiter so. Wer behauptet, jetzt komme es nur noch auf den Bau neuer Anlagen oder die Umstellung auf Ökostrom an, hat wenig politischen Weitblick. Direkte Aktionen gegen Atomenergie, vom Castor bis zur Urananreicherungsanlage, gegen die machtausübenden Stromkonzerne, neue und alte Großkraftwerke mit ihrer verschwenderischen Energieumwandlung sowie viele Bezugspunkte mehr brauchen die konkrete Aktion. Diese Aktionen schaffen die gesellschaftliche Diskussion, den Willen zur Veränderung. Ohne direkte Aktion findet verändernde Politik nicht statt!

Hilfe zur Selbsthilfe: Das bundesweite Projekt »Ökostrom von unten«

Die regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften (Strom-EVGs, d.h. Runden von StromkundInnen, -erzeugerInnen und alle anderen Interessierten aus einer Region/Stadt, die gemeinsam über Öffentlichkeitsarbeit, neue Anlagen usw. entscheiden) sind der Kern der Idee »Ökostrom von unten«. Sie können und sollten sich überall bilden – parallel zu den ersten Schritten. Es sind offene Runden ohne Hierarchien. Alle Beteiligten sind gleichberechtigt. Ziel ist es, immer mehr Menschen in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Vor allem bei neuen Energieanlagen gilt der Grundsatz: Möglichst hohe Beteiligung, möglichst hohe Akzeptanz und möglichst weitgehende Umsetzung als Gemeinschaftsprojekt z.B. vieler Menschen, die ihr Wissen, ihr Engagement und ihr Geld einbringen.

Doch die regionalen Runden sind nicht auf sich allein gestellt. Eine wichtige Hilfe sind die Ökostromanbieter. Ihre Beteiligung an »Ökostrom von unten« bedeutet, dass die Regionen sich viel Arbeit sparen. Statt eigene Firmen gründen zu müssen, suchen sie neue KundInnen für die an »Ökostrom von unten« beteiligten Ökostromanbieter. Diese wiederum helfen den regionalen AkteurInnen bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei Veranstaltungen und bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung neuer Energieanlagen. Darüber hinaus gibt es eine Vernetzung und direkte Hilfen für alle, die in den Regionen wirken, aus der Projektgruppe »Ökostrom von unten« heraus. Folgende Hilfestellungen sind konkret geplant (neue Vorschläge willkommen!):

Internetseite mit aktuellen Infos: Unter http://move.to/oekostrom sind ständig aktuelle Infos einzusehen zu den Ökostromangeboten, den Firmen, den verschiedenen Modellen von Ökostrom sowie den beteiligten Regionen mit ihren Projekten. Diese Internetseite kann auch Interessierten empfohlen werden oder sollte in den »atomstromfreien Zonen« für Außenstehende einsehbar sein.

Texte und Bilder für Öffentlichkeitsarbeit: Wer in der eigenen Stadt oder Region Öffentlichkeitsarbeit machen will, kann dafür Texte und Bilder bekommen. So ist es einfach, eigene Materialien zu erstellen. Besonders empfohlen seien die Tabellen zu den Ökostromtarifen. Aus ihnen läßt sich schnell ein A3-Faltblatt (oder zwei A4-Seiten) zusammenstellen mit der zweiseitigen Übersicht über die Tarife (wie hier in den »Ö-Punkten«, nur ständig aktualisiert) und weiteren Informationen aus der Region, zu Energieanlagen usw.

Ö-Punkte und Reader: Die Herbstausgabe der Zeitung »Ö-Punkte« mit Schwerpunkt »Ökostrom von unten« kann, solange der Vorrat reicht, für die konkrete Arbeit nachbestellt werden. Für alle, die bei »Ökostrom von unten« mitwirken wollen, gibt es die Ö-Punkte für 1 DM/Heft (ab 10 Hefte) plus Porto. Außerdem soll ein Reader entstehen, wo die verschiedenen Fragen und Möglichkeiten umfangreicher erläutert werden. Wir hoffen, ihn noch dieses Jahr herausbringen zu können. Er wird 12 DM kosten und bei der MAUS (MaterialAuswahl UmweltSchutz), Postfach 1818, D-36228 Bad Hersfeld zu bestellen sein.

CONTRASTE Nr. 193 mit dem Schwerpunktthema »Ökostrom von unten« kann nachbestellt werden. Einzelheft 3 DM, ab 10 Exemplare 1 DM/Heft plus Porto. Bestellungen an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, Tel. (0 62 21) 16 24 67, Fax 16 44 89, E-Mail: contraste@t-online.de. Der gesamte Schwerpunkt »Ökostrom von unten« kann auch im Internet heruntergeladen werden: www.contraste.org/oktober.

Vorträge und Seminare: Die Projektgruppe »Ökostrom von unten« und auch einige Ökostromanbieter bieten ReferentInnen an für Veranstaltungen. Zudem stehen sie für Seminare zur Verfügung. Eine besondere Empfehlung lautet, in den Städten die Aktion vorzubereiten, Kontakt zu benachbarten Regionen und Städten in der Sache zu suchen und dann in einer Großregion bzw. Bundesland ein solches Seminar zu veranstalten. Dort könnten intensiv die ganzen Hintergründe und Möglichkeiten von Ökostrom darlegen.

Direkte Beratung und Hilfen: Wer Fragen hat, kann bei den Ökostromanbietern oder bei der Projektgruppe anrufen. Oder mailen.

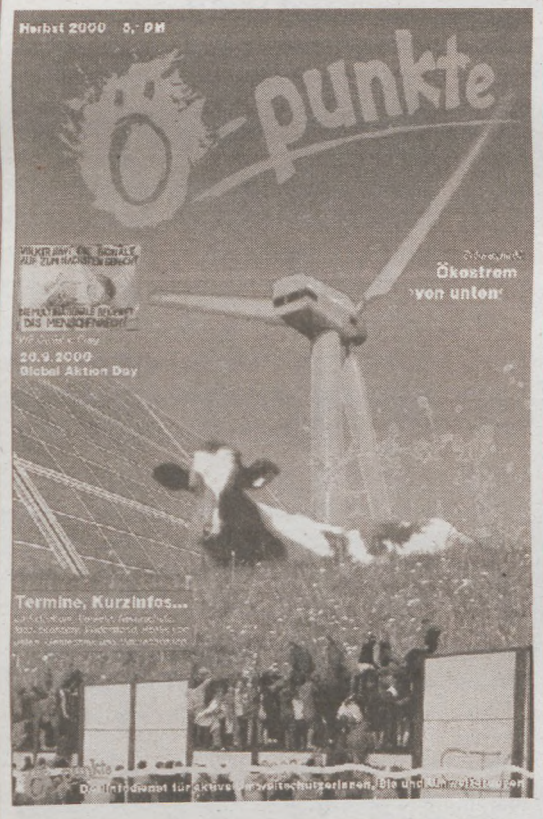
Hilfe bei Neuanlagenbau: Wer Wind-, Wasser-, Solar- oder Biomasseanlagen neu bauen will, kann von den Ökostromanbietern Hilfe erhalten – fachliche Tipps, Planungshilfe bis zu finanziellen Förderungen.●

Die Adresse der Projektgruppe:

Ökostrom von unten
c/o Projektwerkstatt
Ludwigstr. 11
D-35447 Reiskirchen-Saasen
(0 64 01) 90 32 8-3, Fax -5
oekostrom-von-unten@web.de
http://move.to/oekostrom

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Fläche Ölpflanzen anbauen, so wie früher auf einem Teil der Felder Hafer angebaut wurde, der Treibstoff für die Zugpferde. Eine kleine Ölpresse liefert den Sprit für Trekker und Mähdrescher, deren Motoren etwas modifiziert werden müssten.



Im August erschien die Schwerpunktausgabe »Ökostrom von unten« der Ö-Punkte. Das Heft kann zum Preis von 5 DM (ab 2. Heft je 2 DM, immer einmalig 2 DM Porto) bestellt werden bei der Redaktion »Ö-Punkte«, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen. Wer größere Mengen für die konkrete Projektarbeit benötigt, sollte die Bedingungen direkt abklären: oe-punkte@gmx.de, Tel. (0 64 01) 90 32 83.

Doch stattdessen wird mit einem Millionenetat der Biodiesel propagiert. Nicht das reine Rapsöl wird in den Tank gefüllt, sondern ein chemisch verändertes Produkt, der Rapsölmethylester, der so vielversprechend »Biodiesel« genannt wird. Den kann nicht jeder herstellen, sondern da sind wieder zentrale Strukturen im Spiel, die das Öl sammeln, verarbeiten und wieder verkaufen. Es sind die Saatgutkonzerne, die den Raps gentechnisch manipulieren, der Landhandel, die Mineralölindustrie. Der Bauer hat sowieso kein Interesse am Biodiesel, denn er bekommt den Diesel aus Erdöl deutlich billiger (Gasölbeihilfe) als der normale Kraftfahrer an der Tankstelle.

Dass das so bleibt, dafür hat der Deutsche Bauernverband seinen ganzen Einfluss in die Waagschale geworfen. So bleibt das alte Abhängigkeitsverhältnis. Die Landwirtschaft liefert den billigen Rohstoff und wie mit Nestlé oder Müllermilch ist es auch beim Pflanzenöl wieder die »Veredelungsindustrie«, wo die größte Wertschöpfung stattfindet.

In ähnlicher Weise wurden die Landwirte in das getrieben, was die Grünen heute euphorisch als »Biomasse« bezeichnen. Wer den Wald hat, soll billiges Holz heranschaffen. Das Biomassekraftwerk haben ganz andere gebaut, oft kamen sie aus der Windbranche und witterten neue profitträchtige Anlagemöglichkeiten. Damit es aber richtig rund läuft, nimmt man gerne etwas Altholz hinzu. Für Holz aus dem Wald muss man bezahlen, für Altholz, eigentlich Abfall, bekommt man etwas bezahlt.

Altholz kann sauber sein, es kann aber auch Holzschutzmittel, Lacke und anders Giftzeug aus der chemischen Hexenküche enthalten. Immer rein ins Biomasse-Kraftwerk. Und am besten ist es, wenn man dann auch noch die erhöhte Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien einstreichen kann. Mit einer Biomasse-Verordnung wollte die rot-grüne Bundesregierung hier Klarheit schaffen, aber die wirtschaftlichen Interessen haben über die ökologische Vernunft gesiegt. Es ist eine Verordnung zusammengeschustert worden, die nur einer Gruppe nützt: den Betreibern von Kraftwerken, die Holz, einschließlich Altholz, verbrennen, Dampf erzeugen und über eine Turbine Strom erzeugen. Alles andere, selbst wenn es objektiv ökologische Vorteile bieten würde, wird erschwert oder verhindert. Aber offensichtlich ist in dieser Regierung auch niemand fähig die größeren Zusammenhänge zu erkennen und die Weichen in Richtung einer »sanften Technologie« zu stellen.

Es war klar, dass die Kohl-Regierung jeden zarten Keim in diese Richtung ausgerupft hat, aber es ist schwer zu glauben, dass Grüne das fortsetzen. Bei Leuten, die sich schon länger mit regenerativen Energien beschäftigen, hört man immer wieder, dass gezielt Fördermittel in gewaltigem Umfang in völlig sinnlose Projekte geleitet wurden.

Ein Bereich, der in den letzten Jahren wahrlich fürstlich bedient wurde, war alles was mit dem sogenannten Elefantengras, wissenschaftlich Miscanthus sinensis, zusammenhing. Vor 10 Jahren verbreitete der Fernsehjournalist Franz Alt die Botschaft, mit Miscanthus seien alle Energieprobleme zu lösen. In seinem Buch »Schilfgras statt Atom« breitete er die Wunder aus, die diese einzelne, in Mitteleuropa nicht heimische Pflanze ermöglichen solle. Seltsamerweise stiegen gerade die Atomfans von der CDU massiv auf das ein, was ihnen das Wasser abgraben sollte. Der Forschungsminister und Atomfreund Riesenhuber teilte seinem Parteifreund Alt mit, dass er unverzüglich einige Millionen für die Miscanthus-Forschung bereitstellen werde. Jahrelang wurde geforscht um das herauszufinden, was Fachleute vorher gewusst hatten: Miscanthus wächst bei weitem nicht so üppig, wie versprochen, er braucht Wasser, Sonne, Dünger, neu zu entwickelnde Erntemaschinen, angepasste Kessel zur Verbrennung usw. Inzwischen ist die Euphorie abgeklungen, die letzten Miscanthus-Projekte werden lustlos abgewickelt. Erreicht wurde in der Sache nicht viel. Aber das wichtigste Ziel wurde erreicht. Es gab keine Fördermittel für wirklich vernünftige Projekte, weil alles vom Elefantengras aufgesogen wurde. Dabei gab es sogar schon Pflanzen, die vom Ertrag her mit Miscanthus locker mithalten können, die aber sehr viel genügsamer sind.●

Mehr Informationen zu Neuanlagenbau usw. unter http://move.to/oekostrom.

Ökostrom von unten:

Ökostrom von unten

Die Stromtarife

Die nachfolgende Zusammenstellung bietet eine Übersicht über die Stromquellen und -tarife der »Ökostrom-von-unten-Kampagne«. Damit jedoch beide Ideen, d.h. die der umweltgerechten Stromproduktion und die der regionalen Erzeugung und Mitbestimmung, verwirklicht werden können, geht es um mehr als die Auswahl des richtigen Stromtarifes. Nämlich:

Strom nach der folgenden Tabelle auswählen:
- A.1 Ökostrom pur&direkt (keiner!),
- A.2 Ökostrom pur&neu,
- B.1 Ökostrom pur&alt,
- C.1 Ökostrom 50:50&neu&direkt oder
- C.2 Ökostrom 50:50&neu.
- Kontakt aufnehmen mit der regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft (Anschriften über die Projektgruppe »Ökostrom von unten« (s. Kasten S.8). Stromumstellung über die regionale Anlaufstelle
- Oder über das Formular auf http://move.to/oekostrom

Und am besten selbst aktiv werden in dieser regionalen Runde, die sich auch um Neuanlagen kümmert!

Stand: August 2000

A. Ökostrom pur: 100% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 1. Stromwechsel (zeitgleiche Einspeisung)
A.1 Keine Anbieter!

A. Ökostrom pur: 100% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 2. Aufpreis (mengengleiche Einspeisung)
A.2
Preis/Bedingungen:
Strompreis: 34,5 Pf/kWh
(für NABU- und BUND-Mitglieder 34 Pf.)
Jahresgrundgebühr: 12 x 9,50 DM
Adresse: Naturstrom AG, Mindener Str. 12, D-40227 Düsseldorf
Tel.: 0211/77900-0, Fax -599
Email: info@naturstrom.de
Internet: www.naturstrom.de
Kündigungsfrist: Ein Monat zum Monatsende, erstmals 12 Monate nach Vertragsabschluß.

Naturstrom
(z.T. über ausgewählte Stadtwerke angeboten, dann unter anderem Produktnamen)
Stromqualität: Der einzige Strom mit 100% regenerativ aus Neuanlagen.
Aktuelle Zahlen (30.6.2000):
6.459 KundInnen
6,54 Mio kWh Verbrauch 6,6 Mio kWh eingespeist 0,029 kWh Solar, 2,14 kWh Wasser, 0,9 kWh Biogas, 3,5 kWh Wind.
Aufpreismodell: Die Naturstrom AG liefert über die »normalen« EVUs, d.h. deren marktbeherrschende Stellung wird nur teilweise aufgehoben. Bei den ausgewählten Kooperationen bleiben die Marktbeherrschung der Stadtwerke zwar unberührt, diese führen aber ein glaubwürdiges Ökostromangebot ein.
Förderung neuer Anlagen: Die Einnahmen aus dem Aufpreis gehen zu mind. 75 Prozent in die Förderung neuer Anlagen – als zusätzliche Förderung dort, wo die Vergütung nach EEG nicht ausreicht. Das schafft gute Voraussetzungen für Neuanlagen in den Regionen.
Datentransparenz: Die Herkunft des Stromes und die Gesamthöhe des Verbrauches sind im Internet abrufbar. Zudem gibt die Naturstrom AG ein regelmäßiges Info »naturstrom news« heraus.
Der Anbieter:
Naturstrom AG, Düsseldorf, Sitz in Düsseldorf. Diese Firma ist als Pionier in Sachen Ökostrom schon im April 1998 vor allem von aktiven Mitgliedern aus Umwelt- und Fachverbänden gegründet worden. Streubesitz der Aktien über 400 AktionärInnen.
Neue Bundesländer: Ökostromangebot auch im Osten.

B. Ökostrom pur: 100% regenerativ, auch alt (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 1. Stromwechsel (zeitgleiche Einspeisung)
B.1
EWS GmbH, Schönau
Preis/Bedingungen:
Strompreis: 29,58 Pf/kWh
Jahresgrundgebühr: 67 DM
Adresse: EWS GmbH, Neustadtstr. 8, D-79677 Schönau
Tel.: 07673/8885-0, Fax -19
Email: info@ews-schoenau.de
Internet: www.ews-schoenau.de
Kündigungsfrist: 14 Tage

»Watt Ihr Spart«
Der Strom kommt kommt zwar aus regenerativer Energie, aber auch oder nur aus Altanlagen.
Förderung von Neuanlagen: Mindestens 1 Pf/kWh wird in Neubau-Anlagen investiert.
Stromwechsel: EWS wird zum Stromanbieter.
Energiewerke Schönau (EWS):
Die »StromrebellInnen« aus dem Schwarzwaldort, die dort gemeinsam ihr Leitungsnetz gekauft haben und nun eine ökologische Strompolitik im Ort machen.
Die Machtfrage: In Schönau gehört sogar das Leitungsnetz einem von BürgerInnen gegründeten Stromversorger, ebenso die Energieanlagen im Ort. Paradebeispiel für »Umweltschutz von unten«! Überregional gibt es keine Beteiligungsmodelle an der Firma.
Neue Bundesländer: Kein Ökostromangebot im Osten.

B.1
unit energy
Preis/Bedingungen:
- Family: 29.90 Pf/kWh plus 18 DM/Monat
- Single: 35 Pf/kWh plus 5 DM/Monat

Adresse: unit energy, Hessenring 113, D-61348 Bad Homburg
Tel.: 01801/222999
Email: strom@unit-energy.com
Internet: www.unit-energy.com/german/ fasttrack/Default.htm
Kündigungsfrist: 1 Monat

unit[e] family und unit[e] single
Strom aus Wind und Wasser.
Stromqualität: Unit[e] hat für ca. 50 Mio DM Neuanlagen mit 11 GigaWatt Leistung gebaut, u.a. Windparks in Griechenland und Portugal. Der Neuanlagenbau ist Hauptaktivität der Firma. Aktuell wird aber noch ein Großteil des in Deutschland verkauften Stroms aus Altanlagen bezogen. Europaweit wird doppelt soviel Strom erzeugt wie verkauft.
Stromwechsel: unit[e] wird zum Stromanbieter.
Förderung von Neuanlagen: Bauen selbst in erheblichem Umfang.
Datentransparenz: Zahlen in Vorbereitung.
Unit energy europe und Unit energy stromvertrieb GmbH
Zusammen mit weiteren »Tochterfirmen« in vielen Ländern Europas aktiv. Für den Stromvertrieb ist nur die Stromvertriebs GmbH zuständig.
Die Machtfrage: Unit energy: Streubesitz vieler KleinaktionärInnen.
Unit energy Stromvertrieb: Im August 2000 zu 74% an den holländischen Konzern Nuon verkauft. Dieser strebt die Führungsrolle im regenerativen Strombereich europaweit an und ist alles andere als »von unten« orientiert.
Neue Bundesländer: Kein Ökostromangebot im Osten.

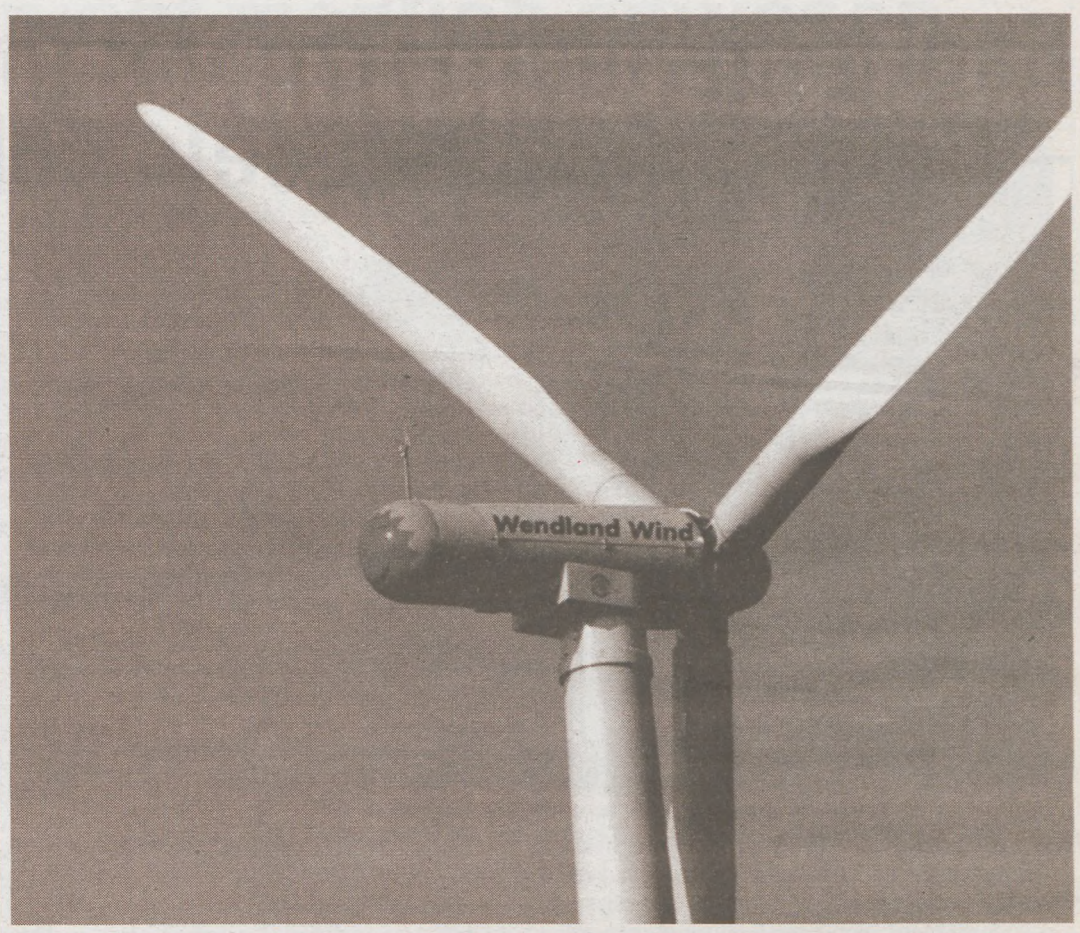
B.1
LICHTmann AG
Preis/Bedingungen:
Strompreis WINDline: : 32,39 Pf/kWh (Ost) bzw. 27,86 Pf/kWh (West) plus 13,61 DM/Monat
WATERline (West): 75,31 DM/Monat (für 3000 kWh jährlich), darüber 24,2 Pf/kWh
LICHTline (Ost): s.o., darüber 28,76 Pf/kWh
Adresse: Lichtmann AG, Postfach 70 03 65, D-60553 Frankfurt/Main
Email: info@lichtmann.de
Internet: www.lichtmann.de
Kündigungsfrist: 1 Monat zum Monatsende, frühestens 9 Monate nach Vertragsabschluß.

»WINDline«
Strom aus Windenergieanlagen.
»WATERline« (Ost: LICHTline)
Strom stammt aus großen Wasserkraftanlagen in Österreich, die wegen des billigeren Atom- und Kohlestromes nicht mehr allen Strom im Lande verkaufen können (laut Aussage der Lichtmann AG).
Im Osten: Mindestens 30% regenerativ. Demnächst soll 100% möglich sein.
Stromwechsel: Die Lichtmann AG wird zum Stromanbieter.
Förderung von Neuanlagen: Eigenanlagen erst später geplant, suchen Betriebe und andere AnlegerInnen für gemeinsame Anlagen.
Datentransparenz: Informationen über Herkunftsanlagen im Internet (funktioniert oft nicht), genaue Liste auf Anfrage.
Lichtmann AG
Eine kleine Firma im Besitz der MitarbeiterInnen. Bietet auch »normalen« Strom an. Kooperiert auch mit Firmen außerhalb ökologischer Ausrichtung.
Die Machtfrage: Nur wenige BesitzerInnen, daher gegen Aufkauf wenig geschützt. Langfristig geplant ist eine Aktienstreuung über MitarbeiterInnen, Energieerzeugern und -abnehmern.
Neue Bundesländer: Für Stromangebot im Osten gelten besondere Bedingungen und Preise (siehe oben).

B. Ökostrom pur: 100% regenerativ, auch alt (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse) 2. Aufpreismodell (mengengleiche Einspeisung)
Keine Anbieter!

C. Ökostrom light: mind. 50% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse), höchstens 50% aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) 1. Stromwechsel (zeitgleiche Einspeisung)
C.1
LichtBlick
Preis/Bedingungen:
Strompreis: 26,9 Pf/kWh
Jahresgrundgebühr: 12 x 9,50 DM
Sonderkonditionen für GroßkundInnen
Adresse: Lichtblick, Glockengießerwall 26, D-20095 Hamburg
Tel.: 01802-660660 (12 Pf/min, Mo-Sa 8-22 Uhr)
Email: info@lichtblick.de
Internet: www.lichtblick.de
Kündigungsfrist: 4 Wochen zum Monatsende, erstmals nach 3 Monaten

LichtBlick
Pauschaler Preis.
Stromqualität: Der Strom kommt zu höchsten 50% aus Kraft-Wärme-Kopplung. Nach Firmenangaben waren es 1999 35% KWK, zudem 25% Windenergie und 40% Wasserkraft.



Windmühle in Lüchow-Dannenberg – politischer Anspruch und regenerative Energiegewinnung kombiniert Foto: Dieter Schaarschmidt

Stromwechsel: LichtBlick wird zum Stromanbieter.
Förderung von Neuanlagen: Lichtblick garantiert mindestens 25% des Gewinnes für den Bau von Neuanlagen. Das ist eine unsichere Basis, da die verfügbaren Mittel von der Höhe des Gewinns abhängen – also auch ganz oder gering ausfallen können.
Datentransparenz ?
LichtBlick – die Zukunft der Energie GmbH
Eigenständige GmbH. Gesellschaftsanteile:
Sal. Oppenheimer (Bank): 65%
Familie Saalfeld (Firmengründer): 25%
MitarbeiterInnen: 10%
Die Machtfrage: In der Entstehungsgeschichte gab es einige Wirrungen ud Gerüchte, da der Firmengründer bei einem anderen Firmenprojekt (Vasa Energy) mit dem Atomkonzern Vatenfall kooperierte. Inzwischen ist diese Verbindung beendet. Fragwürdig erscheint die Kooperation mit B.A.U.M., einem Zusammenschluss von Firmen wie Daimler, Sandoz, Mobil Oil usw., der Öko-Managementberatung für Unternehmen macht und politisch für ökokapitalistische Ideen eintritt.
Neue Bundesländer: Kein Stromangebot im Osten.

C.1
Greenpeace energy
Preis/Bedingungen:
Strompreis: 34,95 Pf/kWh
Jahresgrundgebühr: 12 x 9 DM plus 65 DM Meßpauschale
Adresse: Greenpeace energy eG, Große Elbstr. 39, D-22767 Hamburg
Tel.: 040/280 57 90
Fax.: 040/386 992 89
Email: info@greenpeace-energy.de
Internet: www.greenpeace-energy.de
Kündigungsfrist: 1 Monat, frühestens nach 6 Monaten.

Greenpeace energy
Von Greenpeace gegründete Genossenschaft, verbunden mit der »Aktion Stromwechsel«.
Stromqualität: Mindestens 50% regenerative Energie, davon mindestens 1% Solarstrom. Rest aus gasbetriebener Kraft-Wärme-Kopplung.
Stromwechsel: Greenpeace energy wird zum Stromanbieter.
Förderung von Neuanlagen: Verzögerte Einspeisung aus Neuanlagen - Greenpeace garantiert, daß 2-3 Jahre (Stichtag je 30.6.) alle NeukundInnen mit Strom aus Neuanlagen entsprechend dem 50:50-Mix versorgt werden. Als Neuanlage gilt, was nach dem Stichtag in Betrieb gegangen ist.
Datentransparenz: Im Internet einsehbar einschließlich eines aktuellen »Strombarometers« (halbstündlich aktualisierte Anzeige des Strommixes).
Greenpeace energy eG: Genossenschaft, initiiert von Greenpeace, dort auch angesiedelt.
Die Machtfrage: Die Genossenschaft nimmt weitere GenossInnen auf mit ein bis zehn Anteilen je 100 DM.
Kooperation mit den Stadtwerken Schwäbisch Hall bei der Strombeschaffung und -abrechnung.
Neue Bundesländer: Kein Stromangebot im Osten, Rechtsstreit darum in Vorbereitung.

C. Ökostrom light: mind. 50% regenerativ & neu (Wind, Wasser, Sonne, z.T. Biomasse), höchstens 50% aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) 2. Aufpreismodell (mengengleiche Einspeisung)
C.2
Energiewerke Schönau
Preis/Bedingungen:
Strompreis: Preis des örtlichen Versorgers plus 9,28 Pf/kWh, in Berlin 33,6 Pf/kWh.
Adresse: EWS GmbH, Neustadtstr. 8, D-79677 Schönau
Tel.: 07673/8885-0, Fax -19
Email: info@ews-schoenau.de
Internet: www.ews-schoenau.de
Kündigungsfrist: 14 Tage

»Watt Ihr Volt«
Dieser Strom kommt zu mindestens 50% aus regenerativer Energie – und zwar aus Neuanlagen.
Aufpreismodell: Die EWS kooperieren mit den »normalen« EVUs, d.h. deren marktbeherrschende Stellung bleibt erhalten.
Förderung von Neuanlagen: Aus 80% der Einnahmen durch den Aufpreis werden Neuanlagen gefördert – zusätzlich zur Einspeisevergütung nach EEG.
Datentransparenz: Eine Liste der Anlagen ist im Internet einsehbar.
Neue BKHWs: 302,7 kW Leistung.
Neue Solaranlagen: 148,64 kW Leistung.
Energiewerke Schönau (EWS)
Die »StromrebellInnen« aus dem Schwarzwaldort, die dort gemeinsam ihr Leitungsnetz gekauft haben und nun eine ökologische Strompolitik im Ort machen.
Die Machtfrage: In Schönau gehört sogar das Leitungsnetz einem von BürgerInnen gegründeten Stromversorger, ebenso die Energieanlagen im Ort. Paradebeispiel für »Umweltschutz von unten«! Überregional gibt es keine Beteiligungsmodelle an der Firma.
Neue Bundesländer: Kein Ökostromangebot im Osten.

Freie Menschen in freier Vereinbarung
Gegenbilder zu Expo

Die Expo 2000 bietet kapitalistische Zukunftsvisionen – Mensch und Natur sind verwertet. Der Widerstand dagegen sucht die Konfrontation, thematisch übergreifend und direkt. Aber was wären die Alternativen? Visionen und Konzepte müssen wieder formuliert und öffentlich gemacht werden. Dieses Buch ist ein Schritt dazu. Die Themen: Selbstorganisation und Selbstentfaltung, Emanzipatorisch, Visionen und Konzepte zu Ökonomie, Gleichberechtigung, internationale Gerechtigkeit und das Verhältnis von Mensch und Natur, Strategien emanzipatorischer Bewegung.
Erscheinen: Juli 2000. A5, 164 Seiten. 19,80 DM.
Preise für Sammelbestellungen:
- Ab 5 Exemplar: 14,80 DM - Ab 10 Ex.: 12,80 DM.
- Ab 20 Bücher: 12 DM - Ab 50 Bücher: 10 DM.

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen. 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.wwbnet.de
Hinweis: ReferentInnenanfragen an die AutorInnen auch über diese Adresse! Weitere Materialien und Infos: http://come.to/projektwerkstatt.

Schritte zur Genossernschaftsgründung

Ökostrom von unten

Energiegenossenschaft gründen ist nicht schwer – Genossenschaft sein schon manchmal mehr

Wie gründe ich eine Energiegenossenschaft? Auf den ersten Blick ist dies einfach. Benötigt werden sieben Personen, eine Genossenschaftssatzung, ein Unternehmenskonzept mit ökonomischen Planzahlen, der sogenannte Wirtschaftsplan, eine Gründungsversammlung, das Einreichen der Unterlagen bei einem genossenschaftlichen Prüfungsverband und – wenn dieser bescheinigt, dass eine Gefährdung des Vermögens der Mitglieder und der Gläubiger nicht gegeben ist – die Anmeldung beim Registergericht. Mit etwas kaufmännischen Grundwissen lässt sich dies eigentlich relativ schnell und unkompliziert über die Bühne bringen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Gründung einer Genossenschaft in der Rechtsform der e.G. lässt sich nur »eigentlich« als unkompliziert bezeichnen. Schließlich ist die Genossenschaft ein Wirtschaftsunternehmen. Politische, soziale und ökologische Ziele können damit verbunden werden, aber im Vordergrund steht die ökonomische Ausrichtung. Wer keine Gewinne erzielen will und als Kleinunternehmen ohne Wachstumsbestrebungen vor allem außerwirtschaftliche Ziele verfolgt, sollte seine Finger von dieser Rechtsform lassen.

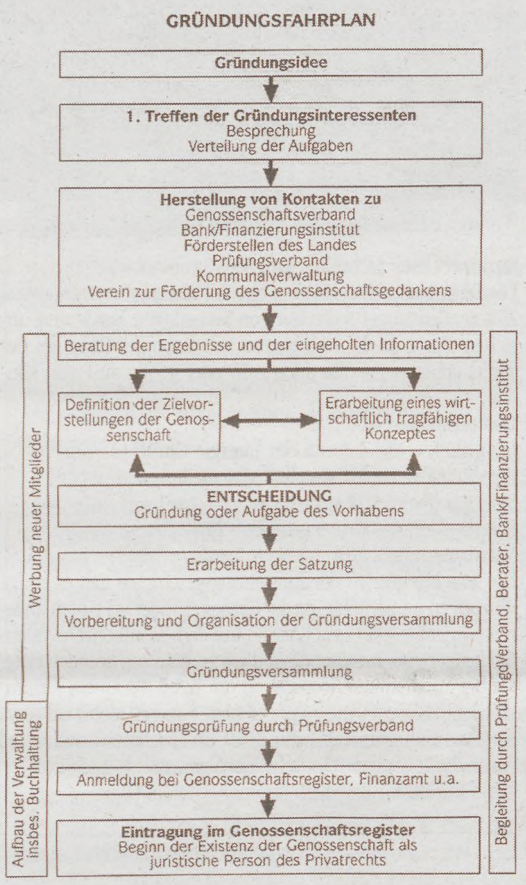
Das gilt zumindest, wenn die Initiatoren nicht allein schon im Betreiben der Eintragung einer Genossenschaft eine politische Aufgabe sehen. Denn nur, wenn möglichst viele Gründungsinteressierte versuchen, der einseitigen Dominanz der Ökonomie in der bundesdeutschen Genossenschaftslandschaft die traditionelle kollektiver Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher entgegenzusetzen, lässt sich hier für die Zukunft etwas bewegen.

Wer eine Energiegenossenschaft gründen will, muss bereit sein, viel Aufwand in das Konzept zu stecken und zwar sowohl aus sozialem als auch aus wirtschaftlichem Blickwinkel. Oftmals kommt bei Energiegenossenschaften noch ein dritter Aspekt hinzu: Ökologisch wird eine Pionierrolle angestrebt. Dies erweist sich schnell als eine weitere Schwierigkeit, die bei zu hoch gesteckten Zielen das Scheitern vorprogrammiert.

Psychologie der Gruppe

Erster Schritt auf dem Weg zur e.G. ist die Gruppenfindung. Theoretisch können auch ein oder zwei Personen die Promotorenfunktion übernehmen. Das bedeutet aber für diese viel Arbeit, die voraussichtlich nie entschädigt wird. Da keine Beteiligung am inneren Wert wie bei Kapitalgesellschaften stattfindet, lässt sich der Aufwand nicht durch Aktienoptionen oder durch Wertsteigerungen der gezeichneten Geschäftsanteile wie bei der GmbH oder der Aktiengesellschaft ausgleichen. Tiefe Enttäuschung bei den Aktiven, wenn die weniger Engagierten sich ihnen gegenüber nicht »dankbar zeigen«, stellen sich bei einseitigen Belastungen mit dem Gründungsaufwand fast zwangsläufig ein. Folgen sind nach der Aufbauphase oftmals der Austritt oder die innere Resignation der »Väter« oder »Mütter« – oder umgekehrt: Sie können nicht loslassen.

Insofern: Je mehr Beteiligte Aufgaben übernehmen, um so größer ist die breit gestreute Identifikation mit dem gemeinsamen Unternehmenskonzept. Krisen, Konflikte und die mühsame Aufbauzeit lassen sich so besser bewältigen. In einem verringerten Arbeitsaufwand für den einzelnen schlägt sich dies aber nur selten nieder. Die Beteiligung vieler ist meist zeitintensiver durch die Diskussionen und die erforderlichen Abstimmungsprozesse. Das gleicht den geringeren Aufwand für den einzelnen durch die Verteilung der Arbeit auf viele Schultern im negativen Sinne teilweise wieder aus. Die größere Akzeptanz eines Konzepts und die Vermeidung grober Fehler sprechen dagegen eindeutig zugunsten der Einbindung möglichst vieler in die Gründungsgruppe.



Materielle Vorteile

Zweiter Schritt ist die Konkretisierung des Förderauftrags der Genossenschaft. Selbstverständlich stellt dieser erst einmal nur eine Leerformel dar, mit der die Genossenschaft in der wissenschaftlichen Diskussion gegenüber anderen Unternehmensformen abgegrenzt wird. Mit seiner genaueren Ausformulierung lässt sich aber auch die Zielgruppe der Mitglieder genauer klären und vor allem, wie den Mitgliedern auch ein auf Dauer tragfähiger Nutzen geboten werden kann. Dieser Nutzen sollte nicht nur ideell sein. In der Gründungs-und Aufbauphase können zwar ausschließlich ideelle Ziele tragfähig sein, aber nach vier oder fünf Jahren verflüchtigen sich deren Wirkungen, so dass eine Mischung von wirtschaftlichen Vorteilen und moralisch-ethischen Absichten für die Mitgliedergewinnung und -bindung auf Dauer entscheidend sein dürfte.

Sich für die Umwelt engagieren, daran beteiligt zu sein, dass die Erde nicht durch Energieverschwendung und die Nutzung schädlicher Energien auf Dauer unbewohnbar wird, ist sicherlich von kaum überschätzbaren Wert. Bei einigen neuen Genossenschaften stellen allerdings die Mitglieder ihr Geld zur Verfügung und leisten die Hauptarbeit, während die materiellen Vorteile andere genießen. Hier führen selbst kleinere Konflikte oder nur rudimentäre Verstöße gegen die von einzelnen vertretene Moral zu Kündigungen. Stabilität lässt sich so mit einer Genossenschaft auf Dauer nicht erreichen. Deshalb kann nicht intensiv genug betont werden, wie wichtig es ist, dass die Mitglieder einer Energiegenossenschaft auch persönlich etwas von ihrer Beteiligung haben.

Rückvergütung als Anreiz

Neben der Möglichkeit, sich in einer Gruppe zu engagieren, an einem gemeinsamen höheren Ziel zu arbeiten, liegt eventuell schon ein hoher Nutzen in der Versorgung mit regenerativer Energie, im Idealfall die Vollversorgung. Dies wird sinnvollerweise mit einer Rückvergütung gekoppelt. Das bedeutet, wenn die Genossenschaft Überschüsse erzielt, werden diese nicht einfach nur wieder investiert oder auf die gezeichneten Anteile als Dividende ausgeschüttet. Vielmehr sollte, wer die Leistungen der Genossenschaft am meisten in Anspruch nimmt, an den Überschüssen auch entsprechend proportional oder sogar überproportional beteiligt werden. Er oder sie bekommen also in Relation zu ihrer Arbeit oder ihrem Umsatz Geld ausgeschüttet.

Dritter Schritt ist die Kontaktaufnahme zu den vielfältigen Personen und Organisationen, die für eine erfolgreiche Gründung relevant sind. Banken für die Finanzierung, Genossenschaftsverbände für die Akzeptanz des Konzepts, der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens für gute Tips, ein szenevertrauter Berater wie der Autor für fundierte Hilfen und ähnliche Genossenschaftsgründungen für einen Erfahrungsaustausch gehören hierzu. Die Kontakte sollten auf jeden Fall vor der eigentlichen Gründungsversammlung erfolgen. Nur so lassen sich die zahlreichen großen und kleinen Fettnäpfen vermeiden, die mit der Gründung jeden Unternehmens verbunden sind – und damit auch der einer Genossenschaft.

Vorbereitende Gespräche

Mit diesen Organisationen und Personen sollten Satzung und das wirtschaftliche und soziale Konzept möglichst mehrfach durchgesprochen werden, bis die »Idee« rund ist. Eine Mustersatzung lässt sich von jedem Verband besorgen. Wie die einzelnen Bestimmungen tatsächlich wirken und was sie bedeuten, ist aber aus den geschriebenen Worten in der Regel nicht erkennbar. Insofern erweist sich der Austausch über Alternativen bei der Satzung und das Abfragen von Erfahrungen als entscheidend dafür, dass nicht das Gegenteil von dem bewirkt wird, was auf den ersten Blick einleuchtend klingende Satzungsformulierungen eigentlich bezwecken sollen. Beispiele hierfür sind zu hohe oder zu niedrige Genossenschaftsanteile, zu starke oder zu geringe Anforderungen an die Entscheidungsbeteiligung, zu kurze oder zu lange Kündigungsfristen etc..

Nachdem die Initiativgruppe und das Konzept steht, sind die Gründungsversammlung, die Gründungsprüfung und die Anmeldung beim Registergericht, also die formalen Abläufe eines Gründungsprozesses fast nur noch Nebensache. Fast nur noch, weil sich auch hier durch eine gute Inszenierung, sorgfältige Beachtung formaler Erforderlichkeiten und vor allem viel persönlichen Spaß bei der Arbeit einiges vermeiden lässt, das den Erfolg einer ansonsten gar nicht so schweren Genossenschaftsgründung gefährden könnte.●

Tagung am 20./21.10.2000 in Bonn

Energiegenossenschaften – Gemeinschaftliche Selbsthilfe zur Erzeugung und Versorgung mit Ökostrom?

Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. organisiert in Kooperation mit EUROSOLAR am 20./21.10.2000 in Bonn in den Räumen von EUROSOLAR eine Tagung zum Thema Energiegenossenschaften.

Ziel ist es, für die Gründung von Energieunternehmen im Zusammenhang mit dem schnellen Wandel des Energiemarktes Alternativen aufzuzeigen. Über die Veranschaulichung des breiten Spektrum und der vielfältigen Erfahrungen alter und neuer Energiegenossenschaften sollen das eine oder andere Stadtwerk, ökologisch konsequente Verbraucher oder eines der vielen neuen Ökostromhandelsunternehmen angeregt werden, die Genossenschaft als nachhaltige Perspektive zu realisieren.

Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung – mit diesen drei Schlagworte wird das erfolgreiche Wirken genossenschaftlicher Energieversorger auf dem Lande in den zwanziger Jahren kurz und prägnant beschrieben. Musste doch in vielen Regionen die Bevölkerung in der ländlichen Region auf Eigeninitiative zurückgreifen, um mit Elektrizität versorgt zu werden. Für die auf Kapitalrendite ausgerichteten Energieunternehmen war dieser Markt nicht lukrativ genug.

Bei der Versorgung mit umweltfreundlich erzeugter Energie ergeben sich heute Parallelen. Auch hier existiert nur ein begrenzter Markt, der zur Zeit noch keine grossen Renditen verspricht. Stehen aber andere Ziele wie die gemeinschaftliche Selbstversorgung mit »grünen Strom« im Vordergrund, drängt sich die genossenschaftliche Organisationsform geradezu auf.

Durch die Tagung wird erstmals über die Existenz von Energiegenossenschaften, ihre Tradition und ihren Wandel sowie über die Gründung neuer Genossenschaften im Bereich umweltverträglicher Stromerzeugung intensiv informiert. Gleichzeitig veranschaulichen die sehr unterschiedlichen Beispiele die vielfältigen Chancen, die in dieser Organisationsform stecken.

Anmeldung und Programm:
EUROSOLAR e.V., Kaiser-Friedrich-Strasse 11, D-53113 Bonn, Tel. (02 28) 36 23 73, Fax 36 12 79, E-Mail: inter_office@eurosolar.org.
Für thematische Rückfragen: Dr. Burghard Flieger, Erwinstrasse 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23.

BUCHBESPRECHUNG

FFS: Fit For Sun

»Nachhaltige Energieversorgung ist kein ökologischer Wunschtraum, sondern eine machbare Alternative. Und langfristig gibt es keinen anderen Weg.« Diese simple Erkenntnis betonen Walter Witzel und Dieter Seifried in ihrer neuen Veröffentlichung »Das Solarbuch. Fakten Argumente Strategien.« Nur wenige Informationen zum Thema sind so fundiert und gleichzeitig so anschaulich und übersichtlich aufbereitet.

Ziel des Buches von *Walter Witzel* und *Dieter Seifried* ist es, Grundwissen zu vermitteln und Anregungen zu geben, damit Menschen, denen eine umweltverträgliche Energieerzeugung am Herzen liegt, sich aktiv mit den nötigen Argumenten ausstatten können. Dies gelingt den beiden Autoren auf hervorragende Weise. Hintergrund hierfür ist ihr jahrelanges Engagement für eine alternative Energiepolitik, Dieter Seifried als Mitarbeiter des Öko-Instituts Freiburg und Walter Witzel als energiepolitischer Sprecher der Grünen im baden-württembergischen Landtag.

Ausführliche Kapitel sind die Themen thermische Solarenergie, Photovoltaik, solares Bauen, Biomasse, Wind- und Wasserkraft, solares Energiesystem, Förderung der erneuerbaren Energien sowie den Marketing-Strategien gewidmet. Letzteres wird durch eine Ideenbörse abgeschlossen. Hier verweisen die Autoren beispielsweise auf die Gemeinde Schalkham, die Sammelbestellungen von thermischen Solaranlagen für ihre Haushalte organisierte oder das Stadiondach des Freiburger Fußballbundesligavereins, auf dem wirkungsvoll eine PV-Gemeinschaftsanlage installiert ist. Solche Beispiele sollen zum Weiterdenken und Nachahmen anregen.

Überhaupt geht es in den beiden letzten Kapiteln darum, wie die vorher skizzierte Solarenergiewirtschaft Realität werden könnte. Der Überblick und die Bewertung verschiedener Instrumente, Fördermodelle und Strategien helfen hier, einen eigenen Standpunkt zu finden. Zu betonen ist allerdings, die bewusst einfache Darstellung der vielen Fakten, ihre Aufbereitung vor allem für Nichtfachleute. Insofern kann das Solarbuch vor allem als Hilfe für politische und schulische Aufklärungsarbeit dienen. Die Graphiken – ganzseitig auf fast jeder linken Buchseite – liefern Anschauungsmaterial für die bei solchen Aktivitäten sinnvollen Folien.●

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften

Walter Witzel und Dieter Seifried: Das Solarbuch. Fakten Argumente Strategien, Verlag Ökobuch Politik, Staufen bei Freiburg 2000, DM 29,90

Anzeige

SOLVIS Mit System heizen und sparen!

Bis zu 7.300,– DM Förderung
für den Solar-Brennwertkessel **SolvisMax** in Verbindung mit Solarkollektoren für die Heizungsmodernisierung.

Mit der Sonne heizen, einfach und effizient mit dem **SolvisMax** in Kombination mit dem bewährten **Solvis Flachkollektor** oder dem neuen **Röhrenkollektor SolvisLuna.**

Ja, informieren Sie mich!

Name
Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Ort
Telefon, Telefax

contraste

Solvis Produktinfo:
01805 / 703030
Deutsche Telekom 24 Pf/Min.
Fax: 05 31 / 2 89 04 11
www.solvis-solar.de

ERINNERUNGEN:

Ohne Liebe wäre das alles nicht möglich gewesen

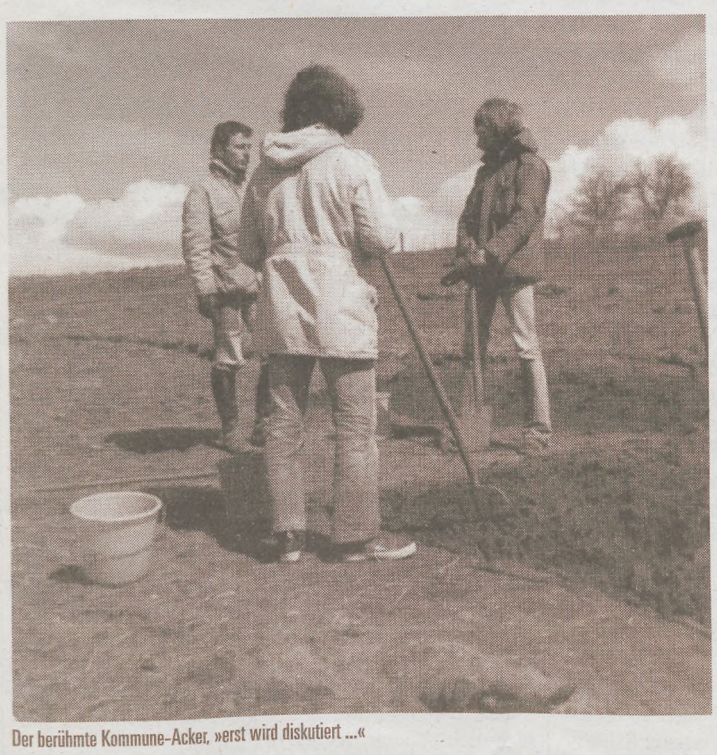
Abends nach der Arbeit, deren Gleichförmigkeit im Laufe der Jahre die Hoffnungen niedrig geschraubt und die Routine in ein Gefühl von Sicherheit verwandelt hat, ohne aufregende Aussichten auf was Neues, obwohl wir doch mal die Welt verändern wollten – abends nach solcher Arbeit wär doch die Gelegenheit, dass wir uns ein paar Häuser weiter in der Pizzeria niederlassen, hauptsächlich Studenten verkehren dort, Renate vom Rübezahl-Bioladen (*0) sitzt auch da, und wenn die Funken auch nicht gleich überspringen, fühlen wird uns doch irgendwie angekommen, im Ungewissen zwar noch, aber wir hätten sie doch gerne, die Gewissheit, und eigentlich ist uns klar, dass wir genau da anknüpfen müssen, wo wir herkommen.

Herrmann Cropp, Osnabrück ● Wir sind wieder einmal auf der Suche nach den entscheidenden Ideen und auslösenden Erlebnissen, nach dem Ausgangspunkt unserer bewussten Einflussnahme auf die Gesellschaft oder vielmehr die Gemeinschaft, und wenn wir uns nichts vormachen, wenn wir zartfühlend genug sind, ist dies ein Wiederauffinden von Gerüchen, feelings und Erinnerungen z.B. an die Musik, die einer ganzen Generation »love, peace und hipness« versprach, und der Gedankenschwung, mit dem dies alles zu umfassen wäre, braucht eine syntaktische Komplexität, die schon in einem Satz alle Querbezüge, Synapsen, Assoziationen und Ausblicke zusammenbringt.

Diese Hipness, das großartige Lebensgefühl von Aufbruch und Veränderung, und zwar einer so fundamentalen Veränderung, wie es nur ein Epochenwechsel von der Moderne zur Postmoderne sein kann, scheint bereits für die Kinder der Hippies im Dunst einer vorhistorischen Zeit zu versinken, da sie in die nunmehr gründlich veränderte, nicht mehr traditionalistische Welt hineingeboren wurden, und insofern wird es auch schwer, den bisweilen manischen Umsturztrieb, jene phantastische Art von Liebe und Begeisterung für die kulturelle Revolution der 60er zu begreifen. Daß seit 1989 den ehemaligen Hippies ihre »Ideale« um die Ohren geschlagen werden, hat nichts zu sagen, sie haben ihre historische Mission der »Umwertung aller Werte« (Marcuse), erfüllt, außerdem sind die besten schon gestorben, sei es an Drogen oder einem andern »selbstverschuldeten« Elend, und vielleicht muß man sich schämen überlebt zu haben. Übrigens ist das Hippietum wieder auf dem Vormarsch, mit anderer Musik zwar, z.B. Goa-Techno oder bei Alternativ-links-Ökos, aber die irrationale Liebenswürdigkeit und Aussteigermentalität war einzigartig.

Lebensziele neu definieren

Die Suche nach dem Ausgangspunkt unserer Wanderung, die rückblickend betrachtet doch weniger Karriere als ein wechselvoller Lebensweg war, was ein Gefühl der Selbstbestätigung, vielleicht sogar der Erfüllung des Leben für etwas gibt, für eine Idee von einem friedlichen und ausgeglichenen Leben mit und für die Natur und die Menschen – diese Suche gleicht der geografischen Rekonstruktion der Reisen und Besuche, der Treffen und Festivals unserer wilden Anfangszeit, an die ich mich mit Renates Hilfe mache. Allerdings ist der Zweck dieser Recherche nicht die verlorene Zeit wiederzufinden, sondern eine



Der berühmte Kommune-Acker, »erst wird diskutiert ...«

Überprüfung der Ideen und ihrer Umsetzung bis heute, auch eine Gewissensüberprüfung, wieweit die Generation ihre Lebensziele nicht aufgegeben hat, denn es wäre doch wohl deprimierend, wenn über diese Generation mal in den Geschichtsbüchern stünde »... sie wollten alles anders und haben versagt«. Vielleicht gelingt es sogar, diese Lebensziele aufgrund der Praxis vieler Jahre neu zu definieren, Fehlentwicklungen deutlich zu machen, daraus zu lernen und es noch viel besser zu machen. »Hinschmeißen und neu machen!« hab ich Renate gesagt, und sie, »kommst du denn nie zur Ruhe?«, aber gegen Nostalgie sind wir nicht gefeit (außer wer so vergesslich ist wie ich) »... weißt du noch?« – »Nee, erzähl ma!«

»Wie wir mit den Hippies mitten im Wald gelebt haben, oder die Leute mit ihren Wohnwagen über Land gezogen sind, nirgendwo durften sie stehn bleiben, und dann die ersten unabhängigen Landkommunen, die haben sich noch alle nach der K1 (*1) durchnummeriert oben im Odenwald. Einmal kam einer mit einem Deutztraktor angefahren mit 15 Kilometer inner Stunde von weit her, um unsern Möhrenacker zu pflügen. Wie haben dann alle Hippies auf dem Acker gekniet um Möhren zu pflanzen. Aber wenn ein Festival war oder ein toller Redner an der Uni, sind alle Leute dahin, nur die Mütter mit den Kindern sind dageblieben. Ach, und wir warn eine Kommune mit vierzig Leuten, ich hab für vierzig Leute gekocht, stell dir das mal vor!«

Ich stells mir vor und bin fasziniert, ich seh einen Film und verlier mich drin, und wenn ich da wieder rauskomm, hab ich gerötete Augen. Ich kann es kaum glauben, was für schöne Sachen gelaufen sind, aber noch weniger kann ich glauben, dass aus der tollen Bewegung heute so eine enttäuschend illusionslose Naturkostbranche geworden ist, wo längst das Großkapital und die Entfremdung sich breitmachen. Die Sache ist nämlich die, es sind echt viele Jahre vergangen mit der Arbeit in den Bioläden, Ökoprojekten und auf den Höfen, und diese lange Zeit hat sich in einer Weise in unser Leben eingenistet, dass sich der revolutionäre Alltag durch ständige Wiederholung zur Normalität verschliffen hat, kaum noch richtig wahrgenommen, und doch könnte man keinen Tag ohne leben – wir überraschen uns gegenseitig mit unserer Bewusstheit dieser Vorgänge. Irgendwie merken wir, dass wir das Eigentliche vergessen haben. »Da war doch noch was?« Renate hat eine unbestimmte Idee. »Wenn das Gute, wenn sogar das Ideale zur Routine wird, verliert es ... erstaunlich, nicht wahr?«

Für diese Entdeckung haben die Leute in den alternativen Projekten ihre zwanzig Jahre Zeit gehabt. Die kalten 80er Jahre wurden hier erst in den 90ern spürbar, der Neoliberalismus, Reaganomics, die Kommerzmusik von Michael Jackson, Springsteen, Prince und Co ... grade in den Bioläden hat der liebenswürdige, hippiemäßige Touch am längsten überlebt – was nicht verkehrt ist, oder? Also gut, irgendwann kam dann der Trotz, wo man die hehren Ansprüche leid war und sich danach sehnte nur so richtig schlecht zu sein, auf den nervenden Mitmenschen rumzutrampeln, was dann auf die private Entdeckung des Neoliberalismus als Lebensstil hinauslief: die weiterhin Gutwilligen wurden als Gutmenschen runtergemacht, die noch engagierten Ökos kriegten das verachtete Müslietikett, die Fundis waren Latzhosenträger, die Realos wollten regieren, und die Träume waren noch immer soweit weg und unerreichbar, dass man sie mit dem neuen Realismus sogar zu verachten begann – aber vom Geld träumen ist langweilig oder sogar unmöglich, denn Träume, vor allem die schönen, die wir lieben, sind immer überpersönlich, großzügig und visionär, und eigentlich sind wir Menschen nicht dazu bestimmt, Buchhalter zu sein. Sehnsucht, Utopien und Visionen sind es, die uns wirklich bewegen, für den Kohletrip macht es auf Dauer keiner ... und vielleicht kommt noch son biografischer Knick dazwischen, das Leben schreitet ja nie gradlinig voran, irgendwann geht man dann wieder in sich, auch die Neigung zum Bösen wird mal langweilig, oder andere Umstände führen eine christliche Demut herbei, jedenfalls spürt man, wie einem nun das Gesuchte in dem Maße entgleitet, wie man es als etwas Vergangenes historisiert – also kommen wir zur Gegenwart.

BNN nicht solidarisch

»Kennst du den Bauern Tröll?« (*2)
»Nein, wer ist das?«
»Aber Walter Lang (*3) kennst du.«
»Ohja,« (klingt etwas unerleichtert).
»Der Händler hat den Bauern betrogen!«
»Wie?!«
»Klaus Griesbach (*4) sagt, das sei branchenüblich, alle machen es so, 'ein Hauen und Stechen' (das ist einer seiner Lieblingsausdrücke) und ihn haben sie auch abgestochen, die Hunde.« – »Was ich nicht verstehe ist, dass ihm keiner geholfen hat, es muss doch sowas wie Freundschaft geben.« – »Einer wie Klaus ist dazu da belogen und betrogen zu werden, seine Angestellten haben sogar Ware ohne Rechnung fifty-fifty an Kunden verkauft, oder einer hat unter Missachtung des Konkurrenzverbots nach seinem Ausstieg den Bananenimport quasi mitgenommen und ne eigene Firma gegründet.« – »Warum wehrt er sich nicht?« – »Würdest du?« – »Es ist widerlich! Nein, aber das erinnert mich an Michael Kohlhaas, überhaupt wie wir hier alle wirtschaften, bloß geht es nicht um staatliche, sondern unternehmerische Willkür, fast jeder versucht die andern an Gemeinheit zu übertreffen, und wir paar Bioläden wollen anständig sein, pflegen Nachbarschaften, reden mit den Kunden über alles andere als den Einkauf, vermitteln, hören uns Familiengeschichten an, trösten, unterstützen und knüpfen soziale Netze.« – »Genau, und diese sozialen Leistungen werden weder bezahlt noch anerkannt, die Großhändler, Schrot und Korn (*5) und der BNN (*6) machen sogar Druck, dass man durch Gesprächstraining mehr und mehr verkaufen soll, Kundenfrequenz, Steigerung des Werts pro Einkauf, Reklame statt reden.«

Letztes Jahr sprach ich im Winterhuder Naturkostladen mit der Inhaberin auch über dieses Thema, sie sagte, »wenn ich das im Schrot und Korn Rundbrief lese, wie wir zu sein hätten, bloß immer mehr zu verkaufen, und was die alles toll finden, dann stehts mir bis hier!« Sie zeigt mit dem Finger waagerecht unters Kinn. »Wenn ich diesen Laden hier nicht machen würde, hätt ich jetzt ein Häuschen draußen für zweihunderttausend Mark, aber so steckt man alles in den Laden, weil einem die Sache wichtig ist. Und das macht ja auch Spaß, die vielen jungen Familien, die kleinen Kinder, die Ernährungsberatung und Kommunikation im Stadtteil. Aber dafür wird man von den Großhändlern und vom BNN nicht gelobt, eher noch verspottet. Die loben einen nur für höhere Umsätze, aber dafür, wofür man eigentlich den Laden macht, wird man von niemand gelobt. Das heißt von den Kunden kriegt man es schon immer zurück, die Dankbarkeit. Man macht den Laden doch gar nicht fürs Geld, sondern um sich zu engagieren. Die haben ein völlig falsches Bild von dem, was im Naturkostladen geschieht. Wenn es mir ums Geld ginge, würde ich ganz woanders arbeiten, in der Naturkost kann man doch nicht reich werden, außer die Großhändler und Hersteller. Aber wenn die dann von einem Größeren geschluckt werden, erweist sich das auch als ne Illusion mit vielen Nullen. Aber ich weiß, daß ich hier für die Menschen dagewesen bin, und mehr braucht der Laden gar nicht zu erwirtschaften.«

Am Anfang des Bioladens stand der Flohmarktstand der Gründungs-WG »Rübezahl« – »mitsamt privater Einlagen hatten wir 5.000 Mark zur Gründung des Ladens und fühlten uns reich"«

Jetzt hat sie neuerdings ein Ladentreffen mit fünf Läden in Hamburg, der »Apfelbau«, der »Mehlwurm«, der aus Blankenese und noch einer, nur fünf, aber immerhin, und manchmal hat sie auch dafür keine Zeit, doch »das gibt mir immerhin etwas Rückhalt«.

Der Bundesverband Naturkost ist nicht solidarisch zu seinen Mitgliedern, den Bioläden, sondern hält zu ihren Verderbern, dem Großhandel. In der Wirtschaft ist der Interessengegensatz verschiedener Handelsebenen ganz normal, dabei sind es immer die größeren Kapitalien, die die zersplitterten Kleinstfirmen ausnutzen und ausbeuten. Je unorganisierter die Interessen auf unterster Ebene, desto besser für den Gewinn. In der Naturkostbranche ergibt sich jedoch die paradoxe Situation, daß der Großhandel sogar die Interessen seiner untersten Absatzebene organisiert – und es merkt keiner! oder vielleicht merken sie's und schimpfen über den Interessenklüngel in Köln-Hürth (Sitz des BNN), aber es bietet sich keine Möglichkeit, dem abzuhelfen.

Woher dieser undenkbare Zusammenschluss kommt, ist klar, am Anfang der Naturkostbewegung war alles anders, nicht nur demokratischer sondern ein regelrecht urgenossenschaftlicher Zusammenhalt, die Naturkost war damals eine etwas zu groß geratene Hippiekommune, und quasi aus solchen Freundeskreisen heraus haben einige mit Großhandel und Produktion begonnen, um die Waren für ihre Freunde zu organisieren. Dazu muss man wissen, daß damals nicht nur der konventionelle Lebensmittelgroßhandel allen ökologischen Ansätzen abhold war, sondern auch die Demeter- und Anthroposophenkreise wollten sich nicht öffnen, denn »wir waren ja Freaks, und die Anthroposophen waren Spießer«.

Heute ist das anders, allerdings, aber damals stärkte die Ablehnung der Normalos den Zusammenhalt der hippie-inspirierten Naturkost, und daher kam die heute undenkbare Koalition zwischen Einzel- und Großhandel. Nun kann die Konsequenz nur heißen: Auflösung oder Teilung, und es muss ein Verband entstehen, der nur für die Läden da ist. Wir werden später an dieser Stelle weiter darauf eingehen, wie der BNN nicht die Interessen des Einzelhandels vertritt, und dass er eigentlich nur dazu da ist, die Großhandelsinteressen den für dumm gehaltenen Läden zu vermitteln. Da sind soviele falsche Hunde im Geschäft, der Naturkostgroßhandel ist die ideale Möglichkeit zur Kontrolle und Manipulation der Warenströme zwischen Produzenten und Bioläden. Die Bioläden fressen sie ja bloß deshalb nicht auf, weil niemand so billig die Vermarktung besorgt, »aber dafür saugen sie euch aus.«

Hass

»Ach genau, ich wollte von dem Bauern Tröll erzählen, der sieht das so ähnlich wie Klaus mit dem 'Hauen und Stechen', er sagt, (das klingt vielleicht etwas altmodisch) 'man muss doch im Wort stehen', und fragt mich, wie kann man denn ökologisch produzieren ohne ökologisch zu handeln? Der Tröllhof ist einer der beliebtesten Praktikantenhöfe, meine Freundin Rike hat da Praktikum gemacht und fährt seitdem immer gerne wieder hin, einmal mit mir, und da erzählte der Bauer nämlich abends am Tisch, dass Allos (Walter Lang) ihn auf vier Tonnen bestellten Bioerdbeeren sitzen gelassen hat, und die lägen nun im Kühlhaus. Also ich denke erst, das kann wohl nicht sein, ich kenn doch den Walter schon lange, sozusagen als er mit seinem Honig noch in der Einlieger-

Fortsetzung nächste Seite

SOZIALE ANEIGNUNGSBEWEGUNG IN HAMBURG

Wir holen uns, was uns zusteht

Kein Schwarzfahrer-Kongress ohne Verweis auf subversive Aneignungstraditionen. Von den Rote-Punkt-Aktionen Anfang der 70er Jahre bis zu den Nulltarif-Kampagnen der Schwarze-Katze-Gruppen in den 80ern: Schwarzfahren war immer auch ein Synonym für direkte offene und politische Widerstands- und Aneignungskonzepte. Der »Kongress der Schwarzfahrer« auf Kampnagel (Hamburger Kulturzentrum) hat diese Traditionen mit berücksichtigt. Wir dokumentieren hier einen Redebeitrag, der an die Politik der Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in den 80-er Jahren erinnert (aus analyse & kritik, Nr. 439/2000).

Ende der 80er war ich politisch im Rahmen der Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen aktiv, im Zusammenhang der sog. »Schwarze Katze«-Gruppen, benannt nach dem Symbol der schwarzen Katze auf rot-schwarzem Grund. Im Rahmen der heutigen Veranstaltung will ich ein bisschen von dem politischen Ansatz und der Praxis dieser Gruppen erzählen. Und zwar nicht nur, weil es so schön ist, sich an frühere bewegungsreichere Zeiten zu erinnern, sondern weil ich denke, dass manches von dem, was damals gemacht worden ist, auch heute brennend aktuell ist. Der Titel meiner kleinen Erzählung lautet »Wir holen uns, was uns zusteht. Soziale Aneignungsbewegung in Hamburg«.

Die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen waren ein politischer Selbstorganisationsansatz, der die verschlechterten Lebensbedingungen seit den 80er Jahren zum Ausgangspunkt hatte. Während hier und in anderen Städten Leute Häuser besetzten, machten die Jobber die Bedingungen zum Thema, unter denen hier das alltägliche Einkommen und Leben organisiert werden musste. Die Schwarze Katze-Gruppen haben auf allen möglichen Ebenen für ein besseres Leben für alle gekämpft, für ein unteilbares Existenzrecht unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Alter oder Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben uns dagegen gewehrt, dass gesunde Nahrung, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Sport usw. in dieser Gesellschaft nur als Waren gekauft werden können. Wir haben uns dagegen gewehrt, dass die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse eine Frage des Geldbeutels sein soll. Wir haben uns dagegen gewehrt, dass Menschen mit geringem Einkommen mangels Kaufkraft nur als Menschen zweiter Klasse gelten sollen.

Wer kein Geld hat, erwerbslos ist, in Billig-Lohn-Klitschen schuften muss, wer alt und pflegebedürftig oder UmschülerIn ist, der und die wird von wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen: Für sie und ihn gibt es nur die kleinsten, dunkelsten und feuchtesten Wohnungen, die wenigsten Grünflächen, das ungesündeste Essen und die schlechteste Arbeit. Teure Preise in den öffentlichen Verkehrsmitteln verurteilen Einkommenslose und GeringverdienerInnen zu Immobilität und Isolation. FreundInnen zu besuchen, kann zum unerschwinglichen Luxus werden. Kino, Theater, Oper sind Kulturgüter, die allein auf Grund der hohen Eintrittspreise für viele unerreichbar sind. Schwimmbäder und Sauna, Bücherhallen, Zoo-Besuche, alles Dinge, die für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen und ihre Familien nur möglich sind, »wenn Oma zahlt«. »Tatsache ist, dass schon ein stinknormaler Alltag für uns teuer wird«, hieß es 1985 in einem Flugblatt der Koordination Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen...

Schwarze Katze gegen grauen Alltag

Das, was die Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in Hamburg und überregional bekannt gemacht hat, waren direkte Aneignungsaktionen, mit denen das Recht auf eine menschenwürdige Existenz hier und heute umgesetzt werden sollte: Nicht bitten und betteln, sondern Widerstand leisten, hieß die Strategie, »Wir nehmen uns, was wir brauchen«, war die Parole.

»Nulltarif in allen öffentlichen Einrichtungen, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schwimmbädern, Kantinen, in Theatern und Kinos, in Bücherhallen und Pop-Konzerten. Für eine abgesicherte Existenz mit garantiertem Einkommen, gegen die Bedürftigkeits- und Zumutbarkeitsregelungen des Sozial- und Arbeitsamtes.« Das waren die Forderungen der Hamburger Jobber- und Erwerbsloseninitiativen am ersten Nulltarif-Aktionstag im November 1984. Doch entscheidend war nicht so sehr, dass diese Forderungen aufgestellt wurden. Viel wichtiger war, dass sie – zumindest punktuell und demonstrativ – auch durchgesetzt wurden.

Schwarzfahren heißt hochoffiziell »Leistungserschleichung«. Unser Konzept war das krasse Gegenteil von »Leistungserschleichung«. Das Konzept der Jobber hieß offensive und kollektive Aneignung. (Natürlich ist nebenher und quasi privat auch konventionell schwarzgefahren und eingeklaut worden, genauso wie Stromklau oder Versicherungsbetrug zum Alltag der subversiven JobberInnen gehört hat.) Wenn die Jobber im Rahmen von Nulltarif-Aktionen »schwarzgefahren sind", so hieß das, das 20, 30, 50 und mehr Leute mit Kind und Kegel, mit Transparenten und Flugblättern ohne zu bezahlen mit U- und S-Bahn gefahren sind. Es hieß, dass wir mit gezielten Regelverletzungen offen demonstriert haben, dass teure Fahrscheine eine Zumutung darstellen, die wir uns nicht gefallen lassen. »Fahrgeld ist Bargeld« hieß es damals. Das hieß auch, dass Flugblätter mit Tipps im Umgang mit Kontrolleuren verteilt wurden: Wie erkennt man sie, wie warne ich Mitreisende, wie entziehe ich mich einer Kontrolle, und wenn ich einen Fahrschein habe, wie sorge ich dafür, dass andere SchwarzfahrerInnen entkommen können. Für uns war also selbst ordinäres Schwarzfahren mehr als ein bloß individuelles Verhalten, sondern ein kollektiver Prozess: »Kommunikation ist Sabotage.«

Aber der Slogan »Wir nehmen uns, was wir brauchen« galt nicht nur für die öffentlichen Verkehrsmittel. In der Nulltarif-Aktionswoche vom 7.-12. Oktober 1985 gab es spektakuläre kostenlose Besuche in Kinos, im Schauspielhaus, bei einem Udo Lindenberg-Konzert, in Schwimmbädern und bei Hagenbecks Tierpark. Immer hieß es »Vorwärts und nicht bezahlen!« Immer waren es viele Menschen, die mit Transparenten und Flugis ihr Anliegen offen erklärt und propagiert haben. Immer ist im Vorfeld zu diesen Aktionen mobilisiert worden. Und immer ist das Vorgehen offen diskutiert und geplant worden, inklusive der eventuelle Umgang mit der Polizei.

»Wir, Erwerbslose, Zivildienstleistende, Auszubildende, Schüler und Rentner gehen heute umsonst ins Theater. Auch wir wollen am kulturellen Leben teilhaben, können es uns aber wegen der Höhe der Eintrittskarten nicht leisten. Das nehmen wir nicht hin!« lautete die Erklärung für den kostenlosen Besuch beim Hamburger Schauspielhaus. Peter Zadek hatte mit der »Herzogin von Malfi« Premiere. Im Vorfeld ist nicht nur darüber geredet worden, dass auch wir uns das Recht nehmen, uns eine solche Aufführung anzusehen. Es wurde auch sehr heftig darüber gestritten, welche Art von Kultur wir eigentlich wollen, welche Art von Kulturbetrieb hier eigentlich öffentlich subventioniert wird: »Wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, wie oft wir ins Theater gehen können, sondern es selbst bestimmen. Gerade der bürgerliche Kulturbetrieb (Oper, Schauspielhäuser) bekommt Millionen von Subventionen vom Hamburger Senat. Wir fordern subventionierte Eintrittskarten, d.h. kostenlose Eintrittskarten für sämtliche Kulturbetriebe, d.h. vom Abaton (Hamburger Programmkino, ak) über Kampnagel bis zur Oper. Wir fordern eine stärkere Subventionierung der Kultur, die uns angeht, z.B. der Stadtteilkultur.«

Bis zum Ende der Jobber- und Erwerbsloseninitiativen in Hamburg Anfang der 90er Jahre hat es immer wieder solche offenen und direkten Aneignungsaktionen gegeben. Und heute wären sie wichtiger und notwendiger denn je. Just zu Beginn der Freibad-Saison sind in Hamburg wieder mal die Preise in den Schwimmbädern erhöht worden, die nächste HVV-Preiserhöhung ist bereits angekündigt. Bücherhallen und öffentliche Bäder werden geschlossen.

Nicht bitten und nicht betteln

Nun, offenbar ist die Jobber-Tradition nicht völlig verschwunden. Anlässlich der HVV-Preiserhöhungen im letzten Jahr hat die Sozialpolitische Opposition (ein Zusammenschluss von über 100 sozialpolitischen Initiativen und Einrichtungen in Hamburg, ak) eine Nulltarifaktion in der S-Bahn durchgeführt. Und während der Erwerbslosenprotesttage des Jahres 1998 gingen die Erwerbslosen der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg »französisch einkaufen«. »Mundraub in der City« lautete die entsetzte Überschrift des lokalen *Hunte-Reports*. In einer großen Plus-Filiale wurden mehrere Einkaufswagen voll geladen und durch die Kassen geschoben, mit einem fröhlichen »bezahlt wird nicht« auf den Lippen. Nach Rücksprache mit der Konzernleitung akzeptierte die Oldenburger Filiale den kostenlosen Einkauf, »Hauptsache, ihr macht das jetzt nicht ständig«. Das anschließende Straßenfest mit 300 Leuten soll orgienhafte Ausmaße angenommen haben, aber vielleicht haben die Oldenburger Freunde da auch übertrieben.

Wie dem auch sei, das Bedürfnis nach Straßenfesten gibt es immer noch, auch in Hamburg. Und Plus-Märkte gibt's hier mehr als in Oldenburg.●

»Junge Hunde 2000« war der Titel eines Festivals für internationalen Tanz- und Theaternachwuchs, das vom 27.4. bis zum 27.5.2000 in der Hamburger Kampnagel-Fabrik stattfand. Formal und konzeptionell ungewöhnlich war dabei insbesondere der »Kongress der Schwarzfahrer«, ein Projekt von Stefan Kaegi und Bernd Ernst.

FORTSETZUNG VON SEITE 11:

wohnung und Garage rummachte, und unser Tuwas-Lager in Osnabrück hat er auch einmal mitbenutzt. Er ist vielleicht ein bisschen still, und schließlich hat er großen Erfolg, da kann man in der Tat schon mal komisch werden, nee also, ich versprach den Tröllls, mit Rike da mal hinzufahren und alles zu klären. Und dann sind wir auf Walters Farm, er hat keine Zeit und wir warten, tolles Wetter, also skaten wir rum auf dem Hof, plötzlich kommt Rike zu mir – jetzt wirds spannend! – »du, wir können fahren, lohnt sich nicht zu warten, der hat grade einen LKW mit Himbeeren weggeschickt –wie, was? – ja, dieser Verwalterfuzzi, sein Hofmeister, ich kriegte das eben mit, wie der ihn fragt, was machen wir mit den Himbeeren, da ist eben ein LKW gekommen? und der Lang antwortet, schick ihn weg, wir haben schon andere Ware – ja, aber wir wollten ihn doch wegen der Erdbeeren ... – verstehst du nicht? das hat keinen Zweck mehr, dem ist das egal!« Rike wurde böse, weil ich so schwer von Begriff war, das gebe ich zu, aber jetzt ist mir klar, das ist ein Schwein, ein neoliberales Schwein! Für mich ist die Freundschaft gekündigt.«

Renate sieht mich entsetzt an, aber worüber ist sie entsetzt, über meinen Hass, über Walter Langs Treulosigkeit oder darüber, dass irgendwie Konsequenzen gezogen werden müssen? »Ohne Liebe ... ohne Liebe wäre das alles nicht möglich gewesen!« und ihrem Gesicht sehe ich an, welches »alles« sie meint, die Ideale der ganzen Generation.

»Von Liebe ist bei denen nichts mehr übrig geblieben,« bringe ich eilig hervor, ich will mich nicht milde stimmen lassen. »Und darum hasst du sie?« »Wirklich fürchten müssen diese Lumpen die, die nur hassen. Ich versuche wenigstens zu verstehen, aber wenn nur noch gehasst wird, dann explodiert was. Denk nur an die Zerstörungswut von Jugendlichen in öffentlichen Verkehrsmitteln, die fühlen sich von allen verscheißert, einschließlich Walter Lang. Wenn seine Kinder das mal rauskriegen, sagen sie sich von ihm los, heute gibt's nämlich einen andern Weltkrieg, das von den neoliberalen Zynikern betriebene »Hunger-, Kriegs- und Aidselend« in Afrika, aber der Hass und die Zerstörung kommt auch hierhin. Ich weiß noch nicht mal, ob ich dem Walter Lang wünsche, dass er dann auf Mallorca ist.«

»Du bist zu hart, du bist verbittert, du ... du meinst das nicht so.« – »Nein, überlege doch, vier Tonnen Erdbeeren, was das heißt, und gar wenn einer schon mit einem LKW Himbeeren auf den Hof bei Allos fährt, der kann doch anschließend bloß noch das Zeug in den Graben kippen, oder meinst du, er soll nach Lübeck es bei Schwartau versuchen? Die Ware verdirbt doch, und dann die ganzen Praktikanten auf dem Tröllhof, wie lange haben die arbeiten müssen für vier Tonnen Erdbeeren? Wenn diese Jugendlichen noch in einen Bioladen kommen, rühren

Renate Frömel »wild und strahlend«

die doch keinen Honig von Allos mehr an. Genauso seine Werbeaktion mit dem Tanzbären, jetzt befürwortet er schon Tierquälerei, um seinen Honig zu verkaufen. Man muss sich mal klarmachen, welche Tierquälerei das ist, einen Bären tanzen zu lehren, das als Werbung für ökologische Produkte einzusetzen ist unglaublich!« – »Na gut, aber er wird sich aus deiner Wut sowieso nichts machen.« –»Weil er reich ist, und ich ein ökonomischer Versager?« – »So sagt doch keiner über dich, was du machst ist auch wichtig, sogar sehr wichtig, du bringst die Menschen immer wieder darauf, sich mit den wichtigen Fragen zu beschäftigen und überhaupt nachzudenken, du bist nur ver...«

Geschäfte? Freunde?

»Verbittert? Welche Art von Verbitterung ist es denn, wenn man den Glauben an die Menschen in einer Weise verliert, dass man sie für so unwert und unwürdig hält, dass man sie getrost ausnutzen, auspressen, manipulieren und missbrauchen kann?«

»Verbissen, wollte ich sagen, aber ich mein das gar nicht, du bist nur so unnachgiebig, dabei ist doch alles nur durch Liebe entstanden!« – »Und die Liebe, die nicht mehr ist, hältst du auch noch für Liebe?« – »Ich will sie nicht vergessen, ich will und darf sie nicht vergessen. Jedenfalls war es Liebe bestimmt auch bei Walter Lang, Aufopferungsbereitschaft bei allen bestimmt, bei Josef, Heinz, Klaus, Hermann, Hans ... und du kennst sie ja selbst, ohne ihre Hingabe an die Sache und an die Gemeinschaft wäre das alles nicht möglich gewesen. Nun lieben sie vielleicht nicht mehr, aber ...« – »Vielleicht sind sie es, die am meisten hassen, und zwar uns, weil wir aus Überzeugung handeln, weil wir uns vergeuden und verschenken, sie hassen uns, weil wir ihnen mit jeder unbezahlten Anteilnahme beweisen, dass die Kohle, die sie in derselben Zeit aus der von uns aufgebauten Gemeinschaft raussaugen, es gar nicht wert ist.«

»Nein, dann glaub ich eher, ist es Gleichgültigkeit, und dein Hass ist vielleicht nur der Versuch die Gleichgültigen wachzurütteln. Ich hab oft gedacht, dass Hass eine versteckte Form von Liebe ist, jedenfalls steckt doch soviel Hoffnung darin, dass es möglich wäre anders, im Guten miteinander umzugehen.« – »Man muss sich lossagen können, wenn man von Freunden betrogen wird.« – »Ich glaub nicht, dass bei denen noch was mit Freundschaft läuft. Wenn man so im Geschäft drinsteckt, verliert man seine Freunde, man isoliert sich und wird einsam.« –»Aber ich will kein Mitleid haben, denk an Klaus, wie soll es möglich sein, dem noch die Hand zu geben, der ihn zerstört hat? Hingerichtet, hat er gesagt, sie hätten ihn hingerichtet. Auch der Lang ist für ruinierte Existenzen verantwortlich!« – »Du machst mir Angst, wenn du so sprichst.« – »Ich wollte dir Hoffnung machen, weil du es bist, die die wahren Werte schafft, nämlich Mitmenschlichkeit, ich meine auf neue Weise einen sozialen Zusammenhalt.« – »Nein, so bin ich nicht, du bist es, der zuviel Hoffnung in mich setzt, ich habe es nicht mal geschafft, dass mein Mann bei mir geblieben ist. Die Nachbarschaftsarbeit im Laden, schön und gut, aber oft ist es mir doch lästig, und dann muss ich mir vorwerfen, gar nicht genug Rücksicht auf jemand genommen zu haben, der grade ein Problem hatte. Alle kommen sie ja zu mir, und ich kann gar nicht soviel, wie ich tun müsste, ich hab doch auch Probleme und niemand, mit dem ich darüber reden kann. Jeder denkt, ich bin eine Powerfrau, bin ich ja auch, aber ich muss mich doch auch mal irgendwo anlehnen, und nun ist er mit einer anderen auf und davon.« –» Heißt das, dass jetzt keine Liebe mehr ist?« – »Vielleicht muss man sie suchen, oder wenigstens die Erinnerung daran.«

»Wenn ich dich ansehe, kommt mir nun doch eine Erinnerung: es war, als ihr grade anfingt mit dem Rübezahl-Bioladen. Weit vor Marburg wohntet ihr in einem Bauernhaus, und ich stand morgens vor eurer Tür. Du warst wild, kräftig, strahlend, und ein genauso kräftiges Kind auf deiner Hüfte – warte, jetzt wird's romantisch, echt hippiemäßig – die Wiesen dampften in der Sonne, dein Mann kam aus der Tür und hatte irgendwas Freakiges übergezogen ... und es war eine Aufbruchstimmung, wie es nur an einem sonnigen Morgen sein kann. Zu der Zeit hatte ich immer eine Art Radio im Kopf, zu jeder Situation die passende Musik von Hendrix, Dylan, Scherben oder MC5. Was ich sah, hab ich in Musik weitergedacht, als wenn das Leben auf einer Gitarrensaite balanciert, wir haben keine Angst runterzufallen, wir sind ja voll auf Musik und so Sachen. Wenn wir einander besucht haben, hatte das nichts mit Höflichkeit und andern Formalitäten aus dem Reich der Notwendigkeit zu tun, sondern es war ein psychedelischer Farbenrausch ...«

»Und wie bringst du das damit zusammen, dass man seine Freunde verliert?«●

... wird fortgesetzt!

Fußnoten:
*0, der erste Bioladen in Marburg von Renate, Klaus und Hank
*1, K1 = die Berliner APO-Kommune von Kunzelmann, Teufel, Langhans ua, die K2 gab's auch in Berlin, war aber nicht so anarchistisch drauf.
*2, Tröllhof, Unhausen/Eschwege
*3, Walter Lang, Allos-Honiggroßhandel, Diepholz
*4, Klaus Griesbach, ehemals Schwarzbrot Hamburg
*5, Schrot und Korn, Naurkost-Kundenzeitschrift
*6, BNN, Bundesverband Naturkost für Groß- und Einzelhandel

BUCHBESPRECHUNG

Ton Steine Erben

Die Elser-Tour – 1982. Martin, Lanrue, Rio, Funky, Marius, Kai (Seite 245)

Fast auf den Monat genau vor 30 Jahren – im August 1970 – gründeten Ralph Möbius (genannt Rio Reiser, der leider genau vor vier Jahren, am 28. August 1996, starb) und Ralph Streitz (genannt R.P.S. Lanrue) in Berlin die Rockgruppe Ton Steine Scherben. Das Besondere an dieser Band: sie wollten ihre Texte in deutsch singen, und diese Texte sollten eine radikale Botschaft haben. »Macht kaputt was Euch kaputt macht« war die erste Single – bevor die Band überhaupt ihren Namen hatte – und es wurde eine Hymne, »der Soundtrack zur Bewegung«.

Jochen Knoblauch, Berlin ● Ton Steine Scherben kamen zu meiner Pubertät gerade recht. So Heimatlos und aufständisch wir damals waren, so fehlte uns doch die Musik dazu, die unsere Gefühle ausdrückte, denn die Rolling Stones, Beatles oder sonst wer, die uns versuchten zu erreichen waren doch in Wirklichkeit schon meilenweit von unserem Leben entfernt. Die Musik war schon in Ordnung, aber in der Regel fehlten die Worte – unsere eigenen Worte, mit denen wir angesprochen werden wollten. Uns verstand doch sowieso niemand. Die gemeinsame Sprache war wichtig. Nicht nur das unsere Eltern nicht verstanden, was die englischsprachige Musik uns zu sagen hatte, jetzt verstanden auch sie jedes Wort: »...Nee ich will dich nich ketten / Will keinen kurzen Fick / Nich dein Chef sein und nich dein Sklave / Ich such n andres Glück / Sprichst du meine Sprache / Kannst du mich verstehn / Unsre wilden Träume warten / Lass sie uns fangen gehn...« (von der LP »Wenn die Nacht am tiefsten...«, 1974/75 das Lied »Heut Nacht«) Das wars doch.

Jetzt gibt es alles noch mal zum Nachlesen, wie es damals war, mit dieser deutschen Rockmusik, die uns so viel Stärke gab, und die noch auf Jahre hinaus auf fast jeder Demo zu hören war: »Keine Macht für Niemand – Die Geschichte der Ton Steine Scherben«. Ich habe das Buch genossen.

Keine Macht für Niemand

Heute wird davon gesprochen, dass die Band »Kult« sei, ein »Mythos«. Dies war einer der Gründe für *Kai Sichtermann* – Ex Bassmann der Scherben – mit Unterstützung von *Jens Johler* und *Christian Stahl* dieses Buch zu

schreiben: 30 Jahre nach der Bandgründung und 15 Jahre nach der Auflösung von Ton Steine Scherben (TSS).

Chronologisch wird die Zeit von 1970 bis 1985 abgearbeitet und den meisten Kapiteln folgt ein Gespräch mit einem der damals beteiligten Personen. Jedoch waren nicht alle 'Scherben' bereit an diesem Projekt mitzuarbeiten, was schade ist. Zieht sich doch der Knatsch, und/oder das Verlassensein und -werden durch die Schlussphase der Band.

Was im Buch nicht richtig rauskam war eigentlich, warum es – im besonderen für *Rio Reiser* – wichtig war immer auch zusammen zu leben, ob in Berlin am Tempelhofer Ufer oder ab Juni 1975 im nordfriesischen Fresenhagen. So wurde auch gerne von der Scherben-Family geredet, was sicher mehr war als nur das Nacheifern nordamerikanischer musizierender Hippiekommunen. Es ging auch immer darum, die in Musik manifestierten Gedanken der Scherben auch zu leben. Dies war nicht immer einfach, einiges ging schief und doch ging es darum überhaupt den Versuch zu unternehmen, das Leben zu ändern, es nicht in den gewohnten Bahnen zu folgen. Musik (& auch andere Arbeit) und (Zusammen-) Leben zu vereinen war das große Experiment jener Jahre, für dessen Erfahrungen es sich meiner Ansicht nach allemal gelohnt hat.

Und das speziell für die Scherben vielleicht nicht immer alles goldgelb war, mag sein, es mosern auch diverse Leute über Stress, Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität usw., rum, aber nach außen – die Musik der Scherben – war ein Versprechen (!) und keine Propagierung irgendeiner Heilslehre. Ihr zweites Album, eine Doppel-LP, war KEINE MACHT FÜR NIEMAND (1972), und das war ein Motto welches die Scherben und Rio Reiser immer zu achten schienen. »Die Scherben, das war keine Band, das war ein Lebensgefühl.« (S.117) »Keine Macht für Niemand« wurde die bestverkaufte Scherben-LP, und das ohne jede Werbung, und mit der »David Volksmund Produktion« schuf TSS das erste unabhängige Label in Deutschlands Musikszene.

Solidarität

Ton Steine Scherben war eine Band der Linken Szene, Hardcore. Aber diese gegenseitige, lebenslange Hassliebe war von beiden Seiten mit Schmerz verbunden. TSS wollten wie die Stones sein – aber nicht in Wirklichkeit – und die Szene hätte gerne eine Band gehabt mit der Popularität der Stones – aber nicht wirklich. Die Scherben verstanden nicht warum Musiker kein Geld verdienen durften, oder bzw. nur eben soviel, dass sie gerade mal überlebten, und die Szene wollte mehr ...Drum links zwei, drei... statt einer Band, wo die Menschen nach tanzten. Der Lebenshunger der Band stand konträr zum Puritanismus der aufgestiegenen Bürgersöhne und -töchter.

Beide Seiten hatten immer wieder Grund dazu, um miteinander zu hadern, aber eine Passage wie in dem Buch auf Seite 170, wo der Terminus »Terrorist« übernommen wurde, scheint doch dann eher aus der Feder des Co-Autoren Christian Stahl (Jahrgang 1970) zu stammen, der eben diese Zeit nicht bewusst erlebt hat.

Die Linke Szene – wer auch immer das sein mag – instrumentalisierte die Scherben, und die Scherben ihrerseits waren im Fahrwasser der (West-)Berliner Szene, bestehend aus K-Gruppen, Spaß- und andere Guerilla, Haschrebellen, Schwarz-rote Front usw. auf die Bühne gespült worden. Jede/r, der oder die sich irgendwie dazu gehörig fühlte meinte auch über TSS bestimmen zu können. TSS fühlte sich ideologisch nicht gebunden, und wenn sie – in der Regel aus Gründen der Selbsterhaltung – mal Auftragsarbeiten von der SPD, den Grünen übernahmen, wurden sie schnell zu Verrätern gestempelt.

Und so wie die Szene beharrlich jede Form der Ökonomie verdrängte, so gestand sie auch nicht den Ton Steine Scherben ihren angemessenen Verdienst zu. TSS beendete dementsprechend auch ihre Existenz mit einem 6stelligen Schuldenberg, und wo war da die Szene?

Die TheoretikerInnen der Revolution sprachen von vielen Dingen, aber »von hungrigen Musikern hatten weder Marx noch Mao etwas geschrieben. Also gab es sie nicht.« (S. 51). Die Szene kann (und war) ignorant, selbstherrlich und ungerecht sein. Und »wir waren herrlich naiv, aber wir hatten allen Grund dazu.« (S. 262)

Die Irrenanstalt

1977 begann die Zusammenarbeit von TSS mit der *Gruppe Brühwarm*, der ersten radikalen Schwulentruppe. Rio Reiser hat seine Homosexualität immer gerne unter den Teppich gekehrt, als seine Privatangelegenheit betrachtet, wohl auch in Hinsicht auf die »Szene«, denn Schwule kamen bei Marx und Mao ebensowenig vor, wie die 'hungrigen Musiker'. Ebenso – nennen wir es Marotten – wurden nicht öffentlich gemacht, dass Rio Reiser gerne in der Bibel las (ohne religiös zu sein, genauso wie bei *Nick Cave*), oder ein glühender Freund von Karl-May-Lektüre war (hier befindet sich auf jeder, mit Ausnahme der ersten LP, auch immer ein Titel mit einer Anspielung auf Karl-May-Titel), oder eben die Esoterik der TSS (das 'Schwarze'-Album wurde auf der Grundlage von Tarot-Sitzungen getextet und komponiert).

Dies alles passte nicht ins Bild einiger, vielleicht spricht man deshalb heute gerne von 'Mythos' und/oder 'Kult', damit sich die selbst ernannten Fachmenschen darüber streiten können, was sind die echten Ton Steine Scherben und was nicht.

Für Menschen, die TSS von den Anfängen über die Jahre hinaus begleitet haben gibt das Buch nicht viele 'Geheimnisse' preis, bis auf vielleicht die Enstehungsgeschichte von »Ton Steine Scherben IV« von 1981 (genannt »Die Schwarze«), die für einige damals entweder 'genial' war, oder einfach nur 'blöd'.

Dieses vierte Album ist aber das experimentellste, und meiner Ansicht nach in vielerlei Hinsicht auch das interessanteste. Zwischen Gassenhauern und dadaistischen Stücken, wurde hier alles querbeet hemmungslos ausprobiert. Warum denn auch nicht.

Land in Sicht

Aber als die knallharte Polit-Rock-Band kann TSS auch nicht unbedingt gesehen werden, denn von den rund 80 Songs, die – vornehmlich das Duo Reiser/Lanrue geschrieben haben –, sind der größte Teil Liebeslieder, und zwar z.T. die Besten, die je in deutscher Sprache vertont wurden. Dies ist jedoch folgerichtig und schließt sich nicht gegenseitig aus. Und selbst was heute so als populär verkauft wird, von BAP, Grönemeyer, Udo Lindenberg, Westernhagen, oder ich weiß nicht wer, sie alle kommen kaum an Ton Steine Scherben ran. Sie waren die Nutznießer von TSS, die es wagten Rockmusik mit deutschen Texten zu machen, und jeder von ihnen hat mehr Geld gescheffelt als TSS in den 15 Jahren ihres Bestehens zusammen, aber qualitativ...? Jedes Album der Scherben ist heute noch hörenswert. Vielleicht mit einem kleinen Schmunzeln bei den ganz harten Politsongs, aber im Ganzen, sind sie für mich immer noch das Beste, was deutschsprachige Rockmusik zu bieten hat.

Wenn heute Pickelgesichter den Teeny-Mädels den »Junimond« (übrigens auch noch ein TSS-Titel, obwohl der dann erst auf Rios erster Solo-LP veröffentlicht wurde) verkaufen: »...zweitausend Stunden hab ich gewartet...« dann kann einem schon das Herz schmerzen, weil die meisten dieser jungen Hüpfer eben nicht wissen, dass dies ein Text eines genialen, schwulen, 32jährigen Mannes ist, einer »leidensstarken Lichtgestalt« (S.262), und nicht die ernsthafte Aussage des Pickelgesichts. Die Aufrichtigkeit in der Rockmusik ist schon seit Jahrzehnten abhanden gekommen.

Das musikalische Erbe wird, durchaus hörenswert, von Kai Sichtermann und Freunden von TSS und der Rio Reiser-Band hochgehalten. Die Band heißt dann auch sinnigerweise: Neues Glas aus alten Scherben, die bereits u.a. eine gelungene Live-CD produzierte. Aber schön wäre es schon wenn es mal Ton Steine Erben gäbe. Zum Glück gibt es ja »Land in Sicht«.

ie Scherben vor ihrem Haus in Fresenhagen 1983. Martin, Claudia, Funky, Rio, Misha, Dirk, Kai, Lanrue, Britta (Seite 272)

Der Turm stürzt ein

Natürlich merke ich jetzt wieder, dass vieles unerwähnt bleiben musste. Für mich war es ein Scherben-Rio-Reiser-Sommer, und der war trotz (oder gerade wegen) dem Wetter sehr aufregend – mit dem Buch und vielen neu- und wieder entdeckten Songs (mit Vorliebe, wirklich neben vielen anderen Titeln, volle Pulle »Ich denk an Dich« – direkt zum Fenster raus und die Straße beschallt).

Das Buch hat natürlich auch eine Fülle von Anekdoten und Begebenheiten parat, über die es sich gut schmunzeln lässt, und ist ein Zeitdokument der 70er und 80er Jahre. Und was es mit Hausbesetzungen, sogenannten »Fickkisten«, den Kindern aus dem 'Rauch-Haus', singende Steuergehilfen, beschlagnahmte Katapulte, der Axt bei der Talkshow, Paul Breitner in der Scherben-WG zu Besuch, Rudi Dutschkes Füße, Bauer Esmarks Auto, dem deutschen Johnny Cash (=Blixa Bargeld; das ist ein Witz, den ich erst nach dem dritten Lesen verstanden habe), usw. usw. alles auf sich hat, sollte jede/r dann selbst nachlesen. ...Und am Besten sich dazu die Scherben oder Rio Reiser (jetzt alles auch auf CD, und wie eben schon beschrieben) dazu auflegen. Kommt echt gut.●

Kai Sichtermann / Jens Johler / Christian Stahl; Keine Macht für Niemand – Die Geschichte von »Ton Steine Scherben« Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag Berlin 2000 / 315 S. / zahlr. Abb. / 29,80 DM

Als zusätzlichen Tipp: Rio Reiser; König von Deutschland – Von Ton Steine Scherben bis in die Hitparaden. Erinnerungen von ihm selbst und Hannes Eyber. Neuauflage als KiWi-Taschenbuch.

Und im Internet: www.rioreiser.de und www.tonsteinescherben.de (Hier gibt es viele Infos z.B. auch zum Rio-Reiser-Verein etc.)

Anzeige

antimilitarismus information

Das neue Themenheft ist da!

8-9/00 ami

Medien und Krieg

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 12 Normal- und Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto)
Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: ++30-25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
http://www.antimilitarismus-information.de

5 Jahre Urupia – eine offene Kommune im Salent

Es braucht alle Arten von Menschen, um eine Kommune zu machen

Zum 5jährigen Bestehen der Kommune *Urupia* im süditalienischen Apulien ist eine liebevoll zusammengestellte Broschüre erschienen.

Im Frühjahr 1995 zogen die ersten KommunardInnen auf den einsam gelegenen Hof im Stiefelabsatz bei Brindisi. Seit 1991/92 hatten Menschen aus Italien (Salent) und Deutschland (Berlin) intensiv Kommune-Konzepte diskutiert. Heute wohnen in *Urupia* 12 Erwachsene von 29 bis 76 Jahren und ein Kleinkind als feste BewohnerInnen. Darüber hinaus leben viele BesucherInnen für kürzer oder länger mit ihnen, so dass der Alltag von bis zu 60 Menschen gemeinsam gestaltet wird. Dies ist Teil des Konzepts der »offenen Kommune«, das heißt: »... der Ort soll allen offenstehen, die ein selbstbestimmtes Leben mit uns ausprobieren wollen.«

Ökonomische Grundlagen der Kommune sind Anbau und Verarbeitung von Wein und Oliven, sowie Gemüse, Obst und Kräutern. Zur Selbstversorgung mit Milchprodukten gibt es zwei Kühe, und einmal in der Woche wird Brot gebacken. Ohne die Unterstützung von FreundInnen durch Mitarbeit oder finanzielle Zuwendungen wäre *Urupia* nicht möglich.

So ist die vorliegende Broschüre auch gedacht als Dank an die UnterstützerInnen und als Information für Interessierte, die schon etwas von der Kommune wissen. Die allgemeinen Informationen sind sehr kurz gehalten, denn hier geht es vor allem um die Menschen, die in *Urupia* leben. Für diese politische Szene fast tabubrechend werden die einzelnen KommunardInnen mit Foto und kurzer Biografie vorgestellt. Sie antworten auf teilweise sehr persönliche Fragen mit großer Offenheit. Dadurch bekommt der/die LeserIn einen nahen Eindruck von den einzelnen Personen mit ihren individuellen Eigenheiten. Beim Lesen und Anschauen entsteht ein Gefühl für die Stimmungen und auch Spannungen im Alltag dieser Kommune, das ein sachlicher Bericht kaum vermitteln könnte. Die Broschüre wurde, mit Unterstützung von FreundInnen und KommunardInnen, zusammengestellt von Karin und Frank, zwei langjährigen FreundInnen der Kommune. Das Layout machte Leh vom Berliner *Umbruch-Bildarchiv*.

Sie hat 52 Seiten, ist reich bebildert, und in der Heftmitte gibt es ein 360° Panorama des Geländes zum Herausklappen.●

Elisabeth Voß, Berlin

Bezugsadresse: Urupia, c/o Frank Brexel, Oranienstr. 2a, 10997 Berlin (12,– DM incl. Porto).

Die Urupia-Broschüre wird auch verkauft auf der Kommune-Info-Tour, die vom 05. bis 13.11.00 durch verschiedene süddeutsche Städte tourt.

Umweltbibliotheken

Die GRÜNE LIGA e.V. hat den in seiner Art einmaligen Umweltbibliotheken Wegweiser in einer zweiten, überarbeiteten Fassung herausgegeben, nachdem die erste Auflage aufgrund der großen Nachfrage vergriffen ist.

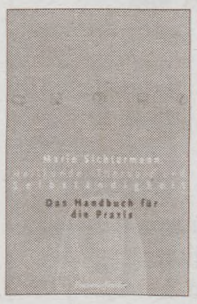
Umweltbibliotheken sind wichtige Informationsquellen. Mit ihren Angeboten tragen sie zur Verbreitung des Wissens über Naturschutz, Umweltzerstörung etc. bei. Vor allem Fachleute bzw. Umweltaktive greifen auf sie zurück. In der nach Postleitzahlen sortierten 162-seitigen DIN-A5-Publikation sind alle wichtigen Daten wie u.a. Öffnungszeiten, Gebühren, Themen, Schwerpunkte, Medienanzahl und Service enthalten.

Mitherausgeber des im Verlag Baerens & Fuss erschienenen Buches sind dieses Mal das Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung (Sachsen) sowie die Heinrich-Böll-Stiftungen Brandenburg, Thüringen und das Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern in der Heinrich-Böll-Stiftung.

Das Buch kann zum Preis von 12,80 DM zzgl. Porto bei der GRÜNEN LIGA e.V., Bundesgeschäftsstelle, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin, Tel. (0 30) 204 47 45, Fax 204 44 68, E-Mail: material@grueneliga.de bestellt werden.●

dp

Heilkunde, Therapie und Selbständigkeit



Dieses bei der *Fauenoffensive* herausgegebene Buch begleitet Heilpraktikerinnen, Heilerinnen und Therapeutinnen, wenn sie sich selbstständig machen oder ihre bestehende Praxis auf solide Füße stellen wollen. Die finanzielle und die rechtliche Seite der Praxisgründung werden beleuchtet; die Leserin findet Informationen über die Zusammenarbeit mit Kolleginnen, Sozialversicherungspflicht, die Auswirkungen des Psychotherapeutengesetzes und Vorschläge zu Marketing und Werbung; sie lernt, ihr Honorar realistisch zu berechnen, Rechnungen zu schreiben und die Grundlagen für Buchhaltung und Steuererklärung.

Zwei Heilpraktikerinnen – eine aus Düsseldorf, die andere aus Erfurt – erzählen ihren Werdegang und ergänzen die Theorie durch lebendige Realität. Beide ermutigen die Leserin, sich für einen Beruf zu entscheiden, der Herz, Verstand und politische Vision herausfordert und fachliches Können ebenso verlangt wie organisatorisches Geschick und eine bewußte Darstellung.●

dp

Marie Sichtermann (Hg.): Heilkunde, Therapie und Selbständigkeit – Das Handbuch für die Praxis.
240 Seiten, Frauenoffensive Verlags GmbH,
ISBN 3-88104-330-6, 32 DM

Buchenwald – Ein Konzentrationslager

Buchenwald, ein Ort bei Weimar, steht für die Inkarnation des Schreckens des deutschen Faschismus. Zehntausende Häftlinge wurden durch das Tor mit der zynischen Inschrift »Jedem das Seine« getrieben – zuerst deutsche Hitlergegner und deutsche Juden, nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 in wachsender Zahl Menschen aus allen Ländern Europas.

Rund 60.000 Menschen fielen dem Terror der SS zum Opfer – verhungert, erschlagen, erschossen und durch Sklavenarbeit für die deutsche Industrie umgebracht. Aber Buchenwald war nicht nur ein Ort der Erniedrigung und Verzweiflung, sondern auch einer der Solidarität der Häftlinge untereinander, ein Ort des organisierten geheimen Widerstands. Dieser begann mit der Errichtung des Lagers unter den deutschen politischen Häftlingen und umfasste in der Endphase alle Nationen.

Diesem organisierten Widerstand ist es zu verdanken, dass bewaffnete Häftlinge am 11. April 1945 vor dem Eintreffen der alliierten Befreier die Selbstbefreiung gegen die SS wagen und damit 21.000 Häftlinge vor den Todesmärschen retten konnten.

Fünf deutsche politische Häftlinge aus Buchenwald schildern aus eigenem Erleben und gestützt auf zahlreiche Berichte von Mithäftlingen, auf Dokumente und Bilder die Geschichte dieses Konzentrationslagers. Eine Dokumentation dessen, was Menschen an Verbrechen begehen können – und dessen, was menschlicher Widerstandswille vermag.

Es ist ihr Vermächtnis an die Nachgeboren und ihr Beitrag zur Erfüllung des Schwurs, den die 21.000 Häftlinge am 19. April 1945 auf dem Appellplatz des befreiten Lagers ablegten: »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!«●

dp

Emil Carlebach, Willy Schmidt, Ulrich Schneider: Buchenwald – Ein Konzentrationslager. Großformat, Hardcover, 186 Seiten, 192 Abb., 39,90 DM. Pahl-Rugenstein. ISBN 3-89144-271-8

Leitfaden für Arbeitslose

Das Arbeitslosenrecht kommt nicht zur Ruhe. Allein im letzten halben Jahr wurde das Arbeitslosenrecht dreimal geändert: durch das 3.SGB III-Änderungsgesetz, das Haushaltssanierungsgesetz und das GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000. Alle diese Änderungen berücksichtigt die am 1. Juli 2000 erschienene 17. Auflage des »Leitfadens für Arbeitslose«.

Der Leitfaden informiert auf 512 Seiten detailliert u.a. über die Voraussetzungen und die Berechnung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, über die Anrechnung von Nebeneinkommen und Abfindungen auf das Arbeitslosengeld und über die Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen bei der Arbeitslosenhilfe. Der Leitfaden gibt auch für Nichtjuristen verständliche Antworten auf die Frage, welche Arbeiten Arbeitslosen zugemutet werden können, wann eine Sperrzeit droht und wie Arbeitslose sich gegen ungerechtfertigte Sperrzeiten mit Widerspruch und Klage wehren können; hierbei hilft ein ABC der wichtigsten Gründe, die eine Sperrzeit unzulässig machen.

Umfangreich werden die Fördermöglichkeiten für Arbeitslose und für Betriebe, die Arbeitslose einstellen, beschrieben; eine Ideenbörse weist neue Wege zur »Freien Förderung« von Arbeitslosen und Projekten. Ein abschließendes Kapitel »Sozialhilfe für Arbeitslose« unterrichtet über zusätzliche Hilfen für Arbeitslose mit niedriger Arbeitsamtsleistung.●

dp

Leitfaden für Arbeitslose, 17. Aufl., Stand 1. Juni 2000, 512 Seiten, 20 DM (inkl. Versandkosten).
Bestellung gegen Rechnung beim
Fachhochschulverlag, Kleiststr. 31, D-60318 Frankfurt
Tel. (0 69) 15 33 28 20, Fax: 15 33 28 40
E-mail: fhverlag@verlag.fh-frankfurt.de
www.fhverlag.de

Regionale Kommunikation

Die Region als überschaubare Einheit müsse sich »mit ihrem ganz spezifischen Ökosystemgefüge ihrer ureigensten, regional vorhandenen Potentiale und Möglichkeiten bewusst werden, die sie weitgehend unabhängig werden lassen von Stoffbezügen aus anderen Ökosystemen.« (S. 43) Nur auf diese Weise lasse sich das Prinzip der Nachhaltigkeit verwirklichen und ökologische (aber auch wirtschaftliche, politische und soziale) Stabilität in Zukunft sichern, so die Überzeugung des Autors, Lehrbeauftragter der Universität Klagenfurt und Leiter einer Agentur für Bildung und Regionalentwicklung. Eigenständige Regionalentwicklung baue nun »auf einer Vielzahl von aktiven Menschen auf, die in einem Klima des Selbstvertrauens und des gegenseitigen Wohlwollens zusammen denken, zusammen lernen und zusammen handeln.« (S. 74) Regionale Aktivisten scheiterten oft an ihrem mangelnden Spezialwissen (von Management bis Marketing), Experten jedoch oft an ihrem mangelnden »regionalen Kommunikationswissen«. Würden die offiziellen Körperschaften (Länder, Verbände, Gemeinden) ihre Aufgabe in der Förderung der Vernetzung beider Ebenen sehen, »so wäre der Erfolg fast schon garantiert« (S. 235), ist der Regionalberater, der auch im Auftrag der EU gearbeitet hat (COMETT-Programm), überzeugt. Das Geheimnis liege also in der »regionalen Kommunikation«: Wird diese verbessert, »so steigert sich auch die Dynamik der regionalen Entwicklungsprozesse« (ebd.) und umgekehrt.

Im vorliegenden Buch, das zu einem Standardwerk der Branche avancieren wird, schildert der Autor zunächst unterschiedliche Zugänge zur Regionalentwicklung (er spricht von »wissenschaftlichen Weltbildern«) aus raumplanerischer, geographischer, ökonomischer, ökologischer, soziokultureller und pädagogischer Sicht. Ein weiterer theoretischer Abschnitt ist der »Region als Netzwerk« gewidmet.

Es folgen Konzepte und Methoden der regionalen Entwicklungsarbeit (Untersuchung der Raumstruktur versus der Kommunikationsstruktur, regionale Wahrnehmung und die Rolle von Leitbildern, Bildungskonzepte zur regionalen Kommunikation, Bottom up und Bottom down-Ansätze u.a.m.) sowie schließlich die Beschreibung von Anwendungen an Beispielregionen in der Toskana, in Kärnten sowie in Thüringen – allesamt Initiativen, an denen der Autor selbst mitgewirkt hat und die in einem EU-Regionenprojekt vernetzt werden.●

H. H.

Aus Pro ZUKUNFT – Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg, Nr. 2/2000

Kern, Arnold: Regionale Kommunikation. Theorien, Konzepte und Beispiele aus der Regionalentwicklung. Wien (u.a.): Manz, 1999. 260 S., DM 47,70 / sFr 44,– / öS 348,–

JAHRESTAGUNG 2000
Die Welt als Beute.
Samstag 04.11.2000
Sonntag 05.11.2000
DÜSSELDORF
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Gegen Buch Masse –Veranstaltungen zur Frankfurter Buchmesse

Montag, 16. Oktober:
Nakam – Jüdische Rache an NS-Tätern
Konkret Literatur Verlag Hamburg
Jim Tobias und Peter Zinke und Film
Rachepläne und -aktionen jüdischer Holocaust-Überlebender nach Kriegsende waren bisher in Deutschland weitgehend unbekannt. Die Autoren dokumentieren erstmals umfassend die Motive und Konzepte dieser »Rächer«-Gruppen. Dafür führten sie in Israel Gespräche mit ehemaligen »Rächern« und werteten hierzulande unbekannte Dokumente aus. Ein brisantes, kaum erforschtes Kapitel der Nachkriegsgeschichte.
Veranstalter: Antifa Referate FH und Uni, Antifa G
20 Uhr, BCN-Café, Hochhaus Nibelungenplatz

Dienstag, 17. Oktober:
»Kein Stammheim am Bosperus«
Ümit Kosan: »Sessiz Ölum«
Verlag Belge Yayinlari
Ümit Kosan, ein in Deutschland im Exil lebender Kurde, veröffentlicht mit seinem Buch erstmalig in der Türkei eine Recherche über die Isolationshaft. Das Buch arbeitet die Geschichte der Isolationshaft als Folterprogramm heraus.
Mit einer Ausstellung zu den neuen Isolationsgefängnissen in der Türkei.
Veranstalter: Libertad! Frankfurt
20 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74

Mittwoch, 18. Oktober:
Internationale Flüchtlingspolitik – Vorverlagerung der Abschottungspolitik
Heftreihe »Gegen die Festung Europa«, Band 7/8
Verlag: Libertäre Assoziation / Schwarze Risse / Rote Straße
Helmut Dietrich, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin
Veranstalter: Initiative gegen Abschiebungen, AG3F, 3. Welt Haus e.V.
20 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74

Donnerstag, 19. Oktober:
Profit oder Leben – Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise
Neuer ISP Verlag
Eric Toussaint, Belgien
Der Schwerpunkt dieses Buches liegt in der Darstellung der ökonomischen und finanziellen Abhängigkeit des Südens vom Norden und der Auswirkungen der Schuldenkrise auf die globalisierte Ökonomie. Fallstudien über die Länder Argentinien, Mexiko, Algerien und Ruanda runden das Bild ab. Darüber hinaus bietet das Buch eine Gesamtschau des seit dem Zusammenbruch des Ostblocks tatsächlich weltweiten Globalisierungsprozesses. Inzwischen wird jeder Winkel des Globus daraufhin untersucht, ob er den Verwertungsinteressen des Kapitals dienstbar gemacht werden kann. Untersucht werden Politik und Ideologie der Deregulierung vor dem Hintergrund der »neoliberalen Wende« und der Entwicklung von transnationalen Konzernen zu »global players«. Analysiert werden die Entwicklung und das Wirken von Weltbank, IWF, WTO und der Widerstand/Protest dagegen.
Veranstalter: iSP-Verlag, Dritte Welt Haus e.V.
20 Uhr, Dritte Welt Haus, Falkstr. 74

Freitag, 20. Oktober:
Ellen Schernikau liest am Todestag ihres Sohnes aus dem Buch »legende«
Roland M. Schernikau, Verlag ddp goldenbogen
Veranstalter: AStA Fachhochschule
20 Uhr, Cafe Profitrate, FH, Gleimstr., Gebäude 10, Erdgeschoss

Samstag, 21. Oktober:
Die Erinnerung darf nicht sterben
Barbara Reimann. Eine Biografie aus acht Jahrzehnten Deutschland.
reihe antifaschistischer texte / UNRAST-Verlag
»Vorbereitung zum Hochverrat, Abhören ausländischer Sender und Wehrkraftzersetzung« – so lauteten die Anklagepunkte auf dem Haftbefehl, mit der die Hamburger Gestapo Barbara im Juni 1943 verhaftete. Ohne Prozess, mit dem Vermerk »Rückkehr unerwünscht« wurde die damals 23jährige gemeinsam mit ihrer Mutter nach fast einem Jahr Untersuchungshaft ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verschleppt. Das Buch beschreibt acht Jahrzehnte des Lebens einer Frau aus einer »typischen Hamburger Arbeiterfamilie«. Barbara Reimann erzählt von ihrer Jugend in Hamburg, die sozial und politisch eng mit der KPD verknüpft war. Sie berichtet vom alltäglichen Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, vom Überleben und Widerstehen unter den mörderischen Bedingungen des Konzentrationslagers. Das Buch endet nicht mit der Befreiung 1945, sondern schildert das weitere Wirken der ehemaligen Häftlinge, den Traum von einer besseren Gesellschaft und die bis heute aktive Mitarbeit Barbara Reimanns in der Lagergemeinschaft Ravensbrück.
Veranstalter: P.A.C.K. + Infoladen Frankfurt
20 Uhr, Cafe ExZess, Leipziger Str. 91

Samstag, 21. Oktober:
Va Banque! – Buch und Party
Klaus Schönberger (Hg.), »Bankraub – Theorie, Praxis, Geschichte«
Die Tresore der Banken beflügeln seit jeher die Phantasie. Hier ist im Übermaß gelagert, an was es den meisten Menschen mangelt. Wer der Arbeit überdrüssig ist oder sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, träumt von einem Lottogewinn oder phantasiert von dem Veränderung versprechendem Bankraub. Und bei keinem anderem Delikt können die Täter nach einem gelungenen Coup auf soviel Sympathie hoffen, wie nach einem Einbruch in eine Bank oder einem Banküberfall. Dieses Buch unternimmt volkskundlich-kulturwissenschaftliche, anti-kriminologische, historisch-kritische, literaturwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche und autobiographische Ausflüge in die faszinierende Welt des Bankraubs.
Veranstalter: VLA / Schwarze Risse / Rote Strasse /com.une.face / b_books Berlin, diskus – Frankfurter StudentInnenzeitung
20.00 Uhr, rotari, Offenbach, Berliner Str. 50-52

Sonntag, 22. Oktober:
Freiheit – Arbeit – Auschwitz
mit Andrea Woeldike und Holger Schatz
reihe antifaschistischer texte / UNRAST-Verlag
Der Titel stellt eine grundlegende Betrachtung des »Arbeitsbegriffs« und seiner historischen antisemitischen – z.T. auch aktuellen – rassistischen Wirkungen im Alltagsbewusstsein der deutschen Bevölkerungsmehrheit dar. Ausgehend von einer historischen Reflexion des »Deutschen Arbeitsbegriffs als vorbereitendes Momentum für den NS (gegenüberstellung von »deutscher Arbeit« versus »jüdischem Parasitentum« – »Schaffendes Kapital« versus »raffendes Kapital«) fragen die AutorInnen auch nach den Kontinuitäten nach 1945 (Stichwort: Arbeitsmythos der Wiederaufbaugesellschaft). Insbesondere seit der Wiedervereinigung zeigen sich erneute Muster der Verknüpfung von deutscher Arbeit und antisemitischen bzw. rassistischen Argumentationsmustern (Stichwort: Asyl- und Sozialbetrüger).
Veranstalter: P.A.C.K. & Infoladen Frankfurt
15 Uhr, Cafe ExZess, Leipziger Str. 91

Sonntag, 22. Oktober:
Braunbuch Österreich – Ein Nazi kommt selten allein
mit Heribert Schiedel, Simone Dinah Hartmann und Sylvia Köchl
Konkret Literatur Verlag Hamburg
»Wer braucht den Nazi? Und wozu? Die Österreicher haben geantwortet: zur Überführung der luxuriösen Sozialpartnerschaft in eine kostensparende Volksgemeinschaft und damit zum Heil der in Verruf geratenen Herrschaftsform parlamentarische Demokratie, der das Stimmvieh in ungewisse Richtungen davonzulaufen drohte. Der Nazi rettet die Demokratie – um den Preis, dass die Demokraten Nazis werden«, so Hermann L. Gremliza in seinem einleitenden Essay.
Das Buch enthält Beiträge über Geschichte, Programm und Personal der rechtsradikalen FPÖ, über die Geburt ihres Anführers Jörg Haider aus dem Geist des Fernsehens und über seine unaufhaltsame Karriere, über Rassismus und Antisemitismus in Österreich, über den Umgang der Gesellschaft mit dem materiellen und ideologischen Erbe des Nationalsozialismus. Über die Unterstützung Haiders durch deutsche Politiker und über die Reaktionen der Linken auf die Erfolgsgeschichte eines smarten Nazis.
Veranstalter: P.A.C.K. & Infoladen Frankfurt
20 Uhr, Cafe ExZess, Leipziger Str. 91

Freitag, 27. Oktober:
Heilungsversprechen – zwischen Versuch und Irrtum
mit Lee Traynor, u.a. Mitglied der »Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften«.
Alibri Verlag, Aschaffenburg
Veranstalter: P.A.C.K. & Infoladen Frankfurt
20 Uhr, Cafe ExZess, Leipziger Str. 91

JOBS

Solaranlagen- und Heizungsbaufirma (1-Mann-Betrieb) in Stuttgart sucht ab sofort netten, engagierten Menschen mit Berufserfahrung (Heizungs- bzw. SanitärinstallateurIn)und Führerschein für ca. 30 Std./Woche.
Bitte melden bei:
Frieder Epple, Fremdstr. 4,
D-70563 Stuttgart-Vaihingen
☎/Fax (07 11) 73 12 49

Wir suchen für unsere Speedmaster 102 ZP eine/n junge/n und doch erfahrene/n **DruckerIn** in Teilzeit ca. 24 Std/Woche ab März 2001.
Hein & Co, Lerchenstr. 87,
D-22767 Hamburg
☎(0 40) 43 20 04 00, Fax 43 20 04 22

PROJEKTE

Kleines, uriges Kneipen-Restaurant auf ökologischem Gewerbehof in traumhafter, ländlicher Umgebung an Leute mit Stil und Ideen längerfristig zu verpachten. Seminarräumlichkeiten geplant. Kleinkunstbühne, Biergarten und Wohnmöglichkeiten vorhanden.
☎(0 63 62) 42 18 oder 44 25, Fax 44 57

Hofgemeinschaft gründen! Alter Resthof in der Nordpfalz sucht noch Menschen für ein lebendiges Miteinander (Selbstversorgung, Projekte, Tauschbörse...). Große Gebäude, Garten, Wiesen, Wald vorhanden.
☎(0 63 62) 44 16

Projektwerkstatt in Saasen (nahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrums mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.
Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

11. Jahrgang, Nr. 43, September 2000, 224 S.

Profitdominanz und Reformdiskussion
Wehr – Sozialismusdiskussion nach dem Scheitern des versuchten Sozialismus / Heininger – „Profitdominanz" und PDS-Programmdiskussion / See – Kriminelle Ökonomie / Binus – Thyssen-Konzern und Stamokap / Unger – Privatisierung der Bahn / Fiehler – Friedmanns Geldtheorie

Marx-Forschung
Förster – Naturbegriff des jungen Marx / Schimmel – Der Entwicklungsgang des Werts

Soziale Bewegungen
Einenkel – Streik bei Opel / Wompel/Klas – Labournet Germany

Und: Zander – Sexualität und Ökonomie in der „Kampfzone": Houellebecq / Benjamin – Elitenwechsel in der ostdeutschen Justiz

Berichte: zu K. Pätzold / L. Kofler / Herforder Thesen / Kapitalkonzentration /Kommunismus-Bilanz / Kapitalismus im 21. Jahrhundert / China und UdSSR-Geschichte

Rezensionen: Kosovo / PDS-Wirtschaftsprogramm /Wohnungsfrage / Asiatischer Kapitalismus / 48er Revolution / KPD-Geschichte / DDR-Ende

Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60 ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

Die Welt als Beute.
JAHRESTAGUNG 2000
Samstag 04.11.2000 • Sonntag 05.11.2000
DÜSSELDORF
Informationen abfordern, jetzt!
Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf · Fon 02 11 - 33 39 11 · Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com
CBG

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und aktualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort in unserem Archiv zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

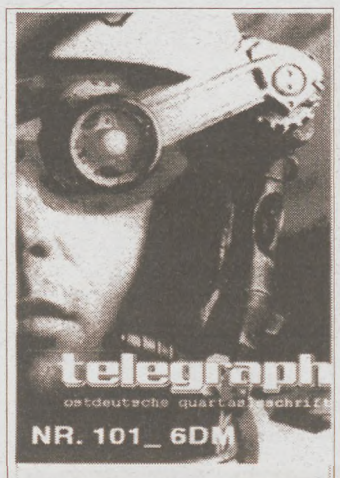
INFORMATIONEN FÜR DAS LEBEN

Die Welt wandelt sich. Gentechnik, Elektrosmog, Tierversuche, Bioethik - so aktuelle Stichworte. Bei uns finden Sie die dazugehörigen Information.

Katalog abfordern, jetzt!

Postfach 15 02 34
40079 Düsseldorf
Fax 0211 - 26 11 220
Mail oekonzept@mail.isis.de

BÜCHER/VIDEOS/CD-ROM
MENSCH+UMWELT
SPEZIALVERSAND



inhalt:

++a.a.
++medialesbian
++polnischer pinochet
++irland
++tschetschenien
++mocambique
++adel in brandenburg
++direkte aktion im netz
++postmoderne kriegsführung
++informations-warfare
++nowosti

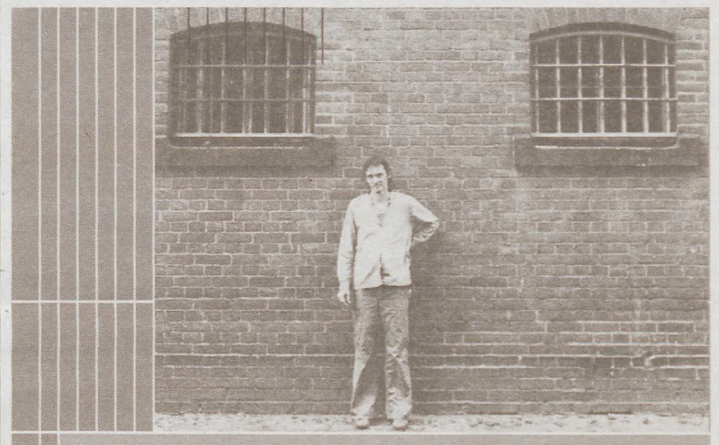
telegraph: ostberlin •
www.schliemann.com/telegraph
tel (030) 444 56 22 • fax (030) 444 56 23
e-mail telegraph@schliemann.com
einzelhandelspreis 6 dm
telegraph-abonnement 24 dm fur 4#

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL



Lesen und lesen lassen

Wer unvorbereitet aus der Haft entlassen wird, steht bald wieder mit dem Rücken zur Wand. Mit einer Zeitungspende helfen Sie Gefangenen auf dem Weg aus der Kriminalität. Bitte spenden Sie deshalb ein Abonnement von »Contraste« zum Preis von halbjährlich DM 40,- bzw. jährlich DM 80,- oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »Contraste«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00,
Konto 30 85 400

Telefon/Fax 030-6112189
E-Mail: freiabos@bln.de

Zeitungen für Gefangene

Marc Mendelson, Foto: Dietmar Bührer

gesund leben und einkaufen
von Abfallberatung bis Zimmereien

Das umfangreichste regionale ökologische Adressbuch: aktuelle Ideen, Projekte, Tipps, Behördeninfos, Adressen

Lieferbare Ausgaben:
HAMBURG · BERLIN · HESSEN
SCHLESWIG-HOLSTEIN
NIEDERSACHSEN/BREMEN
SAAR-LOR-LUX/RHEINLAND-PFALZ
NORDRHEIN-WESTFALEN

Verlag DAS *grüne* BRANCHENBUCH
Tel. 04532-21402 · Fax 04532-22077
service@gruenes-branchenbuch.de
www.gruenes-branchenbuch.de

Frisch im Zeitschriftenhandel und in Ihrem Naturkostladen

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 890, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 **Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 **Groß Hutbergen,** Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 **Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10829 **Berlin,** Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: Detlef-Bansamir@gmx.de; **Information & Kommunikation,** 73525 **Schwäbisch Gmünd,** Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, Internet: http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten:** 35447 **Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19,
69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

IM POSTFACH

Namen ersetzen politische Positionen NICHT!

Alles ist gut. Jedenfalls wenn die Begriffe stimmen. So zeigen sich etliche Texte der CONTRASTE vom September 2000 mit bemerkenswert oberflächlichen Analysen. Der Hammer: Das Topprojekt des Schwerpunktes zu Energiegenossenschaften (Stromversorger Albwerk) beliefert seine KundInnen vor allem mit Atomstrom, hat reichlich normale Strukturen (»Direktor der Genossenschaft« usw.) und hat im regionalen Stromvertrieb sogar einen gemeinsamen Betrieb mit der EnBW aufgebaut. Das aber ist der badenwürttembergische Atomstromkonzern, bekannt unter seiner Strommarke »Yello«. Und an einem Atomkraftwerk ist die tolle Genossenschaft auch beteiligt. Macht nichts – Hauptsache sie heißen Genossenschaft. Schon ist alles gut.

Bis auf wenige Ausnahmen zieht sich diese Denke durch den Schwerpunkt. Und auch rundherum geschieht Ähnliches: Was bitte macht ein stilistisch eher ins Poesiealbum gehörender (»Der Laden ist sehr schön und ansprechend gestaltet« usw.) – Text über eine GmbH (!) in der CONTRASTE? **(»Ein selbstverwalteter Biber im Ökozentrum«, Seite 5 d. Red.)** Nur weil sich der Betrieb »selbstverwaltet« nennt, ist es schon gut? Im Text ist dann von Geschäftsführern, Arbeitsanleitern usw. zu lesen. Klassische Betriebsstruktur, aber der Etikettenschwindel reicht. *(Anmerkung der Red.: Im Text ist aber von der »formalen Struktur« bezogen auf die Gesellschaftsform die Rede, die auf die Anforderungen des Kollektivs angepasst werden soll...)* Meine Hoffnung für die Zukunft: Genauer analysieren, politisch denken. Mit- und Selbstbestimmung muss geschaffen, nicht das Falsche nur umetikettiert werden!●

Jörg Bergstedt, Redaktion »Umweltschutz von unten«

Solvis fordert Beibehaltung der Ökosteuer

Auf Grund der aktuellen Diskussion, besonders auch der Forderung nach Abschaffung der Ökosteuer, möchten wir, als mittelständischer Hersteller von Solaranlagen, unsere Position zu diesem Thema darstellen.

Die gestiegenen Ölpreise zeigen drastisch, wie notwendig es ist, die Abhängigkeit unserer Gesellschaft vom Ölverbrauch, auch unabhängig vom Klimaschutz, zu verringern. Der Mineralölwirtschaftsverband geht davon aus, dass spätestens in 20 Jahren Ölreserven mit wesentlich teueren Verfahren als heute erschlossen werden müssen und damit auch die Preise steigen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht stellen selbst die aktuellen Preise für Öl und Gas noch subventionierte Preise dar, da die nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen zu kalkulierenden Umweltschäden und die begrenzte Verfügbarkeit nicht eingerechnet sind. Alle führenden Wirtschaftsinstitute haben bestätigt, dass eine Steuerreform nach dem Grundsatz: »Energie- und Materialverbrauch stärker besteuern und dagegen Lohnkosten weniger belasten« zu mehr Beschäftigung und zu weniger Ressourcenverbrauch führt.

Inzwischen wird diese Theorie auch durch die Praxis bestätigt. In 1999 ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland gegenüber dem Vorjahr bei einem geringen Wirtschaftswachstum von 1,4% um 1,8% gesunken. Die Stromerzeugung aus Wasser- und Windkraft stieg gleichzeitig um 15%. Im ersten Halbjahr 2000 hat sich dieser Trend weiter verstärkt. Trotz stärkerem Wirtschaftswachstum von 2,5% und gestiegener Beschäftigung ging der Primärenergieverbrauch um weitere 1,7% zurück. Damit hat Deutschland eine jährliche Reduzierung des spezifischen Energieverbrauchs bezogen auf das Bruttosozialprodukt von über 4% erreicht.

Dagegen haben die niedrigen Treibstoffpreise in den 90er-Jahren in den USA zu einem Verkaufsboom bei schweren und spritfressenden Off-Road-Fahrzeugen geführt.

Trotz des erfreulichen Rückgangs beim Energieverbrauch gibt es auch in Deutschland noch riesige Potenziale für Energieeinsparung und neue Arbeitsplätze. Allein 4,5 Mio. Heizanlagen sind älter als 18 Jahre und müssen dringend ausgetauscht werden. In Kombination mit einer Solaranlage lässt sich der Energieverbrauch bis zu 50% reduzieren. Dieses stellt einen Markt von 90 Milliarden DM dar. Die notwendige Verbesserung des Wärmeschutzes im Altbau mit Investitionen von ca. 250 Milliarden DM reduziert den Wärmebedarf um 60% und schafft Zehntausende neuer Arbeitsplätze, vorwiegend im Handwerk.

Die Entwicklung von Energieeinsparteчnologien schafft auch riesige Chancen im Export, da Verknappung der Energieressourcen und Klimaschutz globale Herausforderungen sind. Mittelständische innovative Firmen aus Deutschland haben sich in vielen Bereichen moderner Energietechnologien eine führende Wettbewerbsposition erarbeitet.

Damit diese Chancen für zusätzliche Beschäftigung und Klimaschutz genutzt werden können, sind klare und verlässliche politische Rahmenbedingungen notwendig, die auch nicht durch kurzfristige Preisschwankungen an den Energiemärkten aufgegeben werden dürfen.

Selbstverständlich sollte die jetzige Ökosteuer verbessert werden und die Besteuerung von regenerativen Energien zukünftig entfallen. Es ist auch sinnvoll, besonders für die Gruppen, die nicht durch geringere Rentenbeiträge von der Ökosteuer profitieren, einen Ausgleich für die gestiegenen Energiepreise zu schaffen.

Die Forderung der CDU nach Abschaffung der Ökosteuer halten wir aber für grundsätzlich falsch. Neben dem inhaltlichen Aspekt macht uns auch der aktuelle politische Stil der Partei betroffen. Es ist uns unverständlich, dass die CDU heute massiv gegen die Ökosteuer auftritt, während ihre Parteivorsitzende, Frau Dr. Merkel, als Umweltministerin eine ökologische Steuerreform gefordert hat. Wie soll zukünftig Politik noch notwendige gesellschaftliche Veränderungen befördern, wenn grundsätzliche Positionen tagespolitischer Popularität geopfert werden?

Im Vertrauen auf eine umweltgerechte Energiepolitik planen wir die Erweiterung unseres Betriebes von heute 80 auf ca. 140 MitarbeiterInnen und Investitionen von ca. 15 Mio. DM in den nächsten 5 Jahren. Dieses ist nur mit erheblichem Engagement und persönlichem Risiko möglich.

Wir sehen unser Ziel, zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen, durch die Kampagne der CDU gegen die Ökosteuer gefährdet, und fordern die CDU auf, diese Kampagne zu beenden.●

Sonnige Grüße
Helmut Jäger, SOLVIS Energiesysteme GmbH & Co. KG

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 27.-29.10.2000 und 8.-10.12.2000

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Gelebte Utopie im gesellschaftlichen Kontext
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie
- Entscheidungsfindung im Konsens
- gemeinsame Verantwortung füreinander
- nachhaltige Wirtschaftsweise

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Bildungsurlaub
Termin: 16.-20.10.2000

Wieviel Arbeit braucht der Mensch?
Wie muss sich unsere Gesellschaft entwikkeln, damit für alle genügend Arbeit vorhanden ist und verantwortungsvoll mit unserer Lebensgrundlage umgegangen wird? Wir wollen uns mit vorhandenen Forderungen und Konzepten auseinandersetzen und die Rolle der Gewerkschaften zur ökologischen Wende diskutieren. Anhand der Kommune Niederkaufungen können wir ein praktizierendes Beispiel des »Anders leben, anders arbeiten« nachvollziehen.
Bildungsurlaub in Kooperation mit dem DGB-Jugendbildungsreferat Kassel
Termin: 5.-10.11.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://www.contraste.org/kommunen

NEUE ARBEIT

Krise der Arbeit – Ursachen, Folgen, Auswege
Die Automation ist immer ein Traum der Menschheit gewesen. Heute, wo sich dieser Traum verwirklicht, erweist er sich für immer mehr Menschen als Alptraum. Warum ist die Problematik der Massenarbeitslosigkeit nicht mit den herkömmlichen marktwirtschaftlichen Rezepten zu bewältigen? Welche gesellschaftlichen Folgen stehen uns bevor? Kann das Konzept der »Neuen Arbeit«, wo Erwerbsarbeit mit vernetzter Eigenarbeit verknüpft wird, Auswege aufzeigen? Was Projekte heute schon erreicht haben, wird anhand der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheims« und anderen vorgestellt und diskutiert.
Termin: 20.-24.11.2000, Köln
Bildungsurlaub
Information & Anmeldung:
Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98
E-Mail: ina@link-lev.de

NETZ

Projekte erfolgreich organisieren und steuern
Projektmanagement ist eine hilfreiche Methode, um aktuelle Herausforderungen und Aufgaben zu bewältigen. Mit dieser strukturierten Herangehensweise wird in einzelnen, teilweise vernetzten Schritten mit Budgets (Zeit, Geld, Ressourcen...) und Beteiligten bis zur Zielerreichung gearbeitet.
Termin: 24./25.10.2000, München

Selbstständig im Handwerk ohne Meisterbrief
Ein Seminar für Handwerker, die ohne Meisterbrief legal selbstständig sein wollen. Lernen Sie Möglichkeiten kennen, im Handwerk ohne Meisterbrief selbstständig tätig sein zu dürfen und verschaffen Sie sich Entscheidungsgrundlagen. Das Seminar informiert über die Möglichkeiten ohne Meisterbrief mit und ohne Eintrag in die Handwerksrolle und liefert zahlreiche Beispiele aus der Praxis. Es zeigt Ihnen, wie Sie am besten mit rechtlichen Unsicherheiten umgehen können. Ratschläge und Tips von Deutschlands erfahrensten Handwerksrechtlern runden das Seminar ab.
Termin: 27.10.2000, Köln

Überzeugen statt überreden – das 1x1 erfolgreicher Verhandlungstechnik
Verhandeln muss man (fast) immer – überall dort, wo zwei oder mehr Menschen verschiedene Interessen haben und zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen wollen oder müssen. In diesem Kurs lernen Sie anhand von Übungen mit und ohne Videofeedback, wie Sie ihre Interessen wirksam vertreten und tragfähige Übereinkünfte erzielen können.
Termin: 8.-10.11.2000, Bonn

Kurzfortbildung: Moderationstechniken
Termin: 1.-5.11.2000, Dortmund

Unternehmensplanung mit »Excel« in kleinen und mittleren Unternehmen
Termin: 16.-17.11.2000, Berlin
Information & Anmeldung:
Netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44
Fax: 794 90 46
E-Mail: netz@aries.de
www.aries.de/netz

STIFTUNG MITARBEIT

Erfolgreich verhandeln
Erfolgreiche Verhandlungsführung ist etwas, was nicht nur in der großen Politik und im Geschäftsleben, sondern auch im Projektalltag bewältigt werden muss. Im Rahmen eines Methodenseminars der Stiftung MITARBEIT soll anhand ausgewählter Fallbeispiele gezeigt und in Rollenspielen erprobt werden, was zu beachten ist, damit Verhandlungen konstruktiv verlaufen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können: Gesprächsatmosphäre, über den Austausch von Argumenten, das benennen von Verhandlungszielen und Erkennen von Verhandlungsspielräumen bis zur gemeinsamen Lösungsfindung.
Termin: 17.-19.11.2000, Würzburg
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 69 42 40, Fax 604 23 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

STIFTUNGEN

Projektförderung durch Stiftungen
Schwerpunkt Umwelt(-bildung) und Lokale Agenda 21
Termin: 2.11.2000, 9-17.30 Uhr, Bonn
Info:
Wissenschaftsladen Bonn, Buschstr. 85, D-53113 Bonn
☎(02 28) 20 16 10, Fax 26 52 87
E-Mail: WilaBonn@t-online.de
www.wilabonn.de

MEDIEN

Politische Online-Recherche
»Information at your fingertips« heißt das Schlagwort – wie sieht es wirklich aus mit der Informationsbeschaffung im Internet? Auf diesem Seminar suchen Sie nach politischen Informationen im Internet, erproben ausgewählte Suchmaschinen und lernen kostenlose Online-Datenbanken kennen.
Termin: 9.11.2000

Rechtsextremismus im Internet – Wie gehen wir damit um?
Die extreme Rechte hat für ihre Propaganda seit jeher modernste Agitationsmittel eingesetzt, so z.B. Hitler den Rundfunk. Gegenwärtig hat der braune Spuk das Internet als ein wichtiges Medium für seine menschenverachtende und gewalttätige Politik entdeckt. Führerbildchen, Skinhead-Rock, Bastelanleitungen für Bomben und unverhohlene Aufforderung zur Lynchjustiz gegen Linke finden sich mittlerweile auf mindestens 2.000 deutschsprachigen Websites. In diesem Seminar geht es uns zum einen darum, das Ausmaß und die Gefährlichkeit der rechtsradikalen Propaganda zu demonstrieren, als auch Strategien zu diskutieren, wie politisch gegen diese Ungeheuerlichkeiten vorgegangen werden kann.
Termin: 20.-22.10.2000
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
www.baysem.de

Mediabörse Forum für Kommunkiation und Nachhaltigkeit
Informations- und Reizüberflutung, neue Kommunikationsformen durch eine neue, immer schnellere Informationstechnologie sind aktuelle Tendenzen in der Kommunikation. Jede Information muss, will sie überhaupt wahrgenommen werden, in einer besonderen Form angeboten werden. Die gezielte und professionelle Kommunikation wird daher immer wichtiger. Die »Mediabörse 2000 – Forum für Kommunikation und Nachhaltigkeit« – präsentiert am 14. und 15.11. in der Stadthalle Wuppertal die Ideen der Öffentlichkeitsarbeit, die bereits erfolgreich in der Praxis umgesetzt worden sind. Es werden Ideen, Trends, Medien und Konzepte von Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung von PR-Agenturen, Kommunen und Institutionen auf 1.000qm Ausstellungsfläche dargestellt.
Info: Mediabörse, c/o Bundesverband Umweltberatung e.V., Bornstr. 12/13, D-28195 Bremen
☎(04 21) 347 88 75, Fax 347 87 14
E-Mail: umweltberatung@t-online.de
www.umweltberatung.org

ÖKODORF-INSTITUT

20.-22.10.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der ökol.-spirituellen Siedlung Lebensgarten bei Hannover.
17.-19.11.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in Hausen im Wiesental/Schwarzwald
27.12.2000-2.1.2001 Sylvester feiern in Gemeinschaft. Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in sozial engagierter spiritueller Gemeinschaft in kleinem Dorf bei Mainz.
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

RADIKAL REISEN

Chile – Santiago de Chile und südliches Chile
Zusammen mit linken studentischen Kollektiven verschiedener Universitäten in Santiago de Chile werden wir uns mit den Bedingungen linker Theorie und Praxis im heutigen Chile auseinandersetzen. Geprägt ist die chilenische Gesellschaft derzeit sowohl von politischem Desinteresse als auch von einer Aufbruchstimmung unter linksradikalen Jugendlichen in den Städten wie von indigenen Bewegungen besonders im Süden Chiles. Neben dem Aufenthalt in der Metropole Santiago de Chile werden wir uns mit eben diesen indigenen Bewegungen an einigen exemplarischen Konfliktorten treffen. Politisch und kulturell ein völlig anderer Einblick wird – ebenfalls im Süden – die Beschäftigung mit der deutschen Einwanderung in Chile sein, die bis heute durch ihre reaktionär-konservative Ausrichtung und ihr Leben wie im letzten Jahrhundert ins Auge fällt.
Termin: 25.12.2000 bis 12.1.2001
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

JUNGE LINKE

Medien-Macht-Politik Die Funktionsweise der Massenmedien
Ohne Fernsehen, Radio und Zeitung geht heute gar nichts mehr. Wer etwas zu sagen hat und öffentlich wahrgenommen werden will, muss sich einen Platz in den Massenmedien erkämpfen. Doch wie funktionieren die Medien eigentlich? Wie kann »Medienwirksamkeit« hergestellt werden? Welche Nachricht wird veröffentlicht, welche landet im Papierkorb? Können die Medien überhaupt ein getreues Spiegelbild der Realität zeichnen? Und schließlich: Gibt es nicht auch andere Mittel, um sinnvoll Inhalte zu vermitteln? Das Seminar soll uns die Beantwortung dieser Frage näher bringen. Wir werden uns dabei zunächst mit den wichtigsten Medientheorien auseinandersetzen und anschließend diskutieren, wie sich diese Erkenntnisse für die praktische Politik vor Ort nutzen lassen.
Termin: 27.-29. Oktober 2000

Rhetorik I
Ohne Rede- und Argumentationstechniken ist es kaum möglich, vor vielen Menschen zu reden oder seine politische Meinung zu vertreten. Schon um die Tricks anderer zu durchschauen, werden hier die grundlegenden Techniken vermittelt, Redeangst reduziert sowie das Handwerk für Diskussionsleitung und Vorträge erläutert. Die praktischen Übungen werden durch die Video-Aufzeichnungen unterstützt. Dadurch erhalten alle die Möglichkeit, das theoretisch Erlernte sofort einzuüben und sich selbst dabei zu beobachten.
Termin: 3.-5. November 2000

Antisemitismus
Jahrhunderte der Aufklärung haben es nicht vermocht, den Antisemitismus als systematisch organisierten Judenhass den Boden zu entziehen. Insbesondere die Verküpfung von moderner Sozialwissenschaft, Erkenntnisse der Medizin (Erblichkeitsideologie) und dem rassischen Antisemitismus am Ende des 19. Jahrhunderts haben den Grundstein für den Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden gelegt. Antisemitismus kommt nach deren fast vollständiger Vernichtung inzwischen auch ohne Juden aus und breitet sich mit den altbekannten Topoi im öffentlichen Leben weiter aus: ob bei der Debatte um das Holocaust-Mahnmal, der Diskussion über die Wehrmachtsausstellung oder der Debatte um die Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen. »Und immer haben die Juden schuld – Antisemitismus ist eine erklärte Gegenaufklärung«. Wir wollen in diesem Seminar der Geschichte und den Bestandteilen antisemitischer Ideologie nachspüren.
Termin: 10.-12. November 2000
Info: jungdemokratInnen-junge linke sachsen-anhalt, G.-Hauptmann-Str. 18, D-39108 Magdeburg
E-Mail: lsa@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt

»Wir müssen lernen, den Leuten auch mal weh zu tun«
Dass ein Staat wirtschaftspolitisch aktiv und erfolgreich zu sein hat, ist eine allgemein akzeptierte Auffassung. Warum aber macht ein bürgerlicher Staat Wirtschaftspolitik?
Termin: 27.-29.10.2000

Der Lohn der Arbeit: Armut
Zu den Risiken und Wirkungen des Arbeitsvertrages.
Termin: 17.-19.11.2000
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(09 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Eure Sicherheit macht uns Angst!
Zunehmende Überwachung privaten und öffentlichen Raums, Vertreibung der Armut aus den Innenstädten, Durchsetzung sozialstaatlichen Arbeitszwangs gegen EmpfängerInnen von Sozialhilfe, Einführung von Studiengebühren, Repression gegen antifaschistische und antimilitaristische Gruppierungen. Diese Entwicklung wird seit Jahren von links als Abbau von Grund- und Freiheitsrechten kritisiert. Dem steht aber noch eine andere Entwicklung gegenüber: die steigende Akzeptanz all dieser Maßnahmen durch den »kleinen Mann/die kleine Frau auf der Straße«.
Termin: 10.-12.11.2000, Köln

Dem Wahnsinn in die Augen sehen Wochenendseminar zur Kritik der Psychiatrie
Die Frage, wie »Wahnsinn«, »Psychische Krankheit« und »Behinderung« zu definieren sind, wurde in der über 200-jährigen Geschichte der psychiatrischen Anstalten nicht beantwortet. Das Bild des Wahnsinnigen unterliegt einem Wandel, der nicht durch einen Erkenntnisfortschritt der psychiatrischen Forschung zu erklären ist. Es ist vielmehr gesellschaftlich vermittelt: wer als Gefahr aus- und hinter Anstaltsmauern einzuschließen ist, wer als »psychisch defekt« und nicht anpassungsfähig gilt, markiert immer auch die Grenze zu normalen, gesunden oder vernünftigen Verhaltensmustern.
Termin: 10.-12.11.2000, Gelsenkirchen

Heute schon gleichberechtigt? Femitopia 2000
Im letzten Jahrhundert haben sich Frauen viele Rechte erkämpft und für ihre Nachfolgerinnen enorme Freiräume und Möglichkeiten geschaffen. Nun sind Stimmen zu hören, dass der Feminismus ausgedient habe, denn Frauen seien/fühlten sich jetzt ja gleichberechtigt. Wir denken da anders drüber und wollen den Alltag unter die feministische Lupe nehmen. Hierzu schauen wir uns einige theoretische und praktische Ansätze an.
Termin: 1.-3.12.2000, Castrop-Rauxel
Information & Anmeldung:
jungdemokratInnen/junge linke, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
www.jungdemokratinnen.de

CONTRASTE-PLENUM

Parallel zur Nürnberger »Linken Literatur-Messe« (LLM) findet das nächste bundesweite CONTRASTE-Plenum statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortschreibung des CONTRASTE-Projekts und die Themenplanung für das Jahr 2001. Interessierte LeserInnen können sich an der Diskussion beteiligen. Anmeldung unter
☎(0 62 21) 16 24 67 oder direkt am CONTRASTE-Stand auf der Messe.
Termin: 17. bis 19.11.2000

FILMFESTIVALS

ÖKOMEDIA 2000
17. Internationales Umweltfilmfestival
42 Filme aus 16 Ländern zum Thema Umwelt und Ökologie
Kinder- und Jugendprogramm u.v.m
Termin: 18.-22.10.2000, Freiburg
Programm: Ökomedia Institut
Nussmannstr. 14, D-79098 Freiburg
☎(07 61) 5 20 24, Fax 55 57 24
E-Mail: oekomedia@t-online.de
www.oekomedia-institut.de

49. Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg
Termin: 9. bis 18.11.2000
Programm:
Internationales Filmfestival
Collini-Center, Galerie
D-68161 Mannheim
☎(06 21) 10 29 43, Fax 29 15 64
E-Mail: ifmh@mannheim-filmfestival.com
www.mannheim-filmfestival.com

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.